

Richter, Arwed,

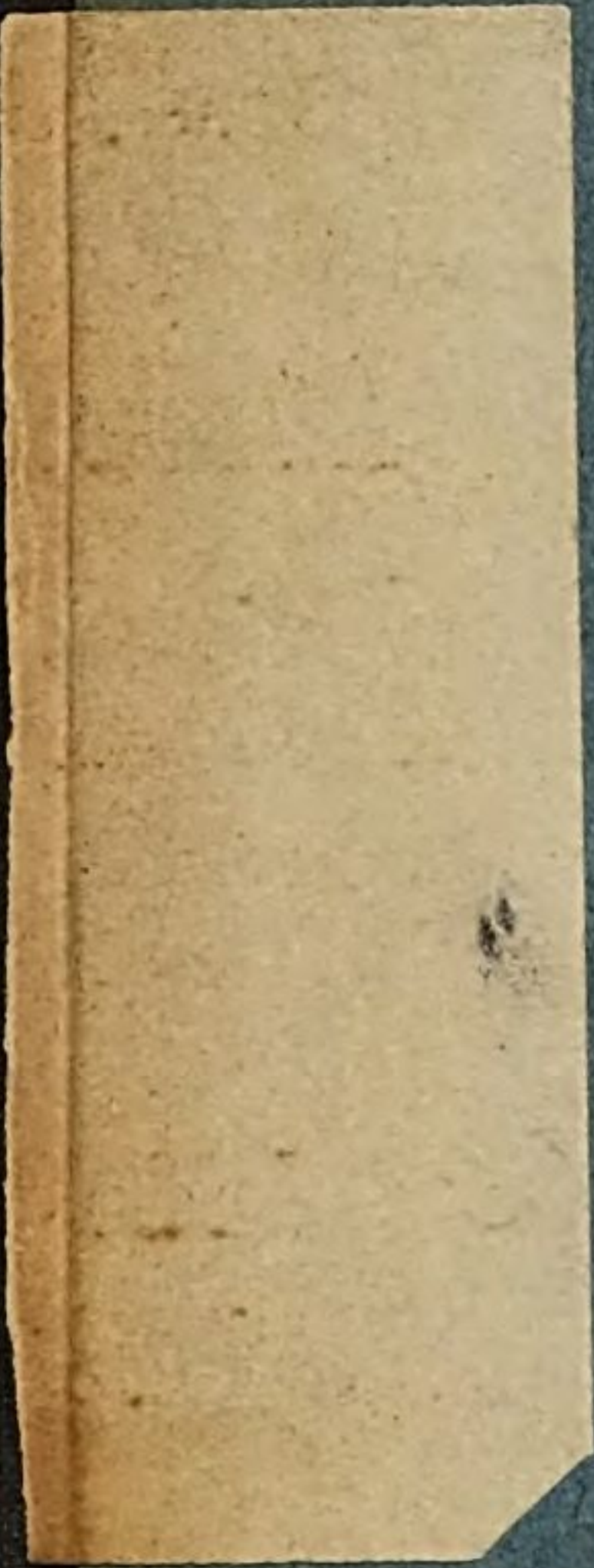
Der Reichstag zu Nürnberg 1524

Leipzig 1888

Germ.g. 400 fa

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11609103-6

Germ. g
400 Loc



Richter

Germ. g.

400 fa

<36638161830010

S

<36638161830010

Bayer. Staatsbibliothek

Verh. 400 f. *2. Ex*

Der
Reichstag zu Nürnberg
1524.

Inauguraldissertation *of*

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

philosophischen Facultät der Universität Leipzig

vorgelegt

von

Ernst Arwed Richter

aus

Niederoderwitz.

Leipzig,

Druck von Sturm & Koppe (A. Dennhardt).

1012 *A. 87*



Meinen lieben Eltern

gewidmet.

Inhalt.

1. Einleitung.	
2. Der Reichstag St. Margarethen 1523	18
3. Das Ausschreiben des Reichstags für Martini 1523	23
4. Das Zusammenkommen der Stände. Eröffnung des Reichstags	31
5. Die Städte und der Kaiser. Die Proposition Han- narts	40
6. Die Verhandlungen bis zum 20. Februar. Die Be- schwerdeschriften einzelner Stände	54
7. Die Verhandlungen über Regiment und Kammer- gericht	65
8. Die Legation Campeggis Verhandlungen über die „neue Lehre“ und die Türkenhilfe	90
A. Die Verhandlungen über die „neue Lehre“	98
B. Die Verhandlungen über die Türkenhilfe	112
9. Die übrigen Reichstagsverhandlungen	125
10. Schluss	129

Index

1	1911
2	1912
3	1913
4	1914
5	1915
6	1916
7	1917
8	1918
9	1919
10	1920
11	1921
12	1922
13	1923
14	1924
15	1925
16	1926
17	1927
18	1928
19	1929
20	1930
21	1931
22	1932
23	1933
24	1934
25	1935
26	1936
27	1937
28	1938
29	1939
30	1940
31	1941
32	1942
33	1943
34	1944
35	1945
36	1946
37	1947
38	1948
39	1949
40	1950
41	1951
42	1952
43	1953
44	1954
45	1955
46	1956
47	1957
48	1958
49	1959
50	1960
51	1961
52	1962
53	1963
54	1964
55	1965
56	1966
57	1967
58	1968
59	1969
60	1970
61	1971
62	1972
63	1973
64	1974
65	1975
66	1976
67	1977
68	1978
69	1979
70	1980
71	1981
72	1982
73	1983
74	1984
75	1985
76	1986
77	1987
78	1988
79	1989
80	1990
81	1991
82	1992
83	1993
84	1994
85	1995
86	1996
87	1997
88	1998
89	1999
90	2000
91	2001
92	2002
93	2003
94	2004
95	2005
96	2006
97	2007
98	2008
99	2009
100	2010



Das ganze 15. Jahrhundert war erfüllt von dem Ringen der ständischen Gewalten gegen die absolutistischen Bestrebungen der Könige und von den angestregten Versuchen einer Umänderung der Kirchenverfassung. Im 16. Jahrhundert trat in der kirchlichen Frage zu dem Gegensatz der Ansichten über die Verfassung noch der von diesem ausgehende und unterstützte Gegensatz in der Lehre.

Für Deutschland bezeichnete der Regierungsantritt Karls V. eine neue Phase in diesem zwiefachen Ringen. In der Wahlcapitulation willigte Karl V. in die Forderung einer ständischen Mitregierung, wie sie etwa vor 20 Jahren einmal kurze Zeit bestanden hatte, und fast gleichzeitig mit seiner Wahl machte Luther jenen Angriff auf die Fundamente der bestehenden Kirchenverfassung, wie ihn bisher noch Niemand gewagt hatte. Auf dem ersten Reichstage Karls V. kamen diese zwei Punkte zur Verhandlung: das Resultat war das Wormser Edict gegen Luther vom 26. und die Regimentsordnung vom 25. Mai 1521. Das sind die Beschlussformen, in denen das Reich damals Stellung zu den welthistorisch bedeutenden Fragen der Zeit nahm; um eben die beiden genannten Reichsgesetze bewegt sich in den nächstfolgenden Jahren, mindestens bis 1524, die Politik der deutschen Reichsstände fast ausschliesslich.

Das Reichsregiment vom Jahre 1521 ist nur eine Episode in der Entwicklung der deutschen Verfassung geblieben, während das Werk Luthers im Laufe der Zeiten über die Grenzen Deutschlands hinaus von Einfluss auf die gesammte Welt wurde. In den Jahren 1521—24 aber ist durch die Stellung des neugeschaffenen Verfassungsorganes, des Reichsregiments, die Politik der deutschen Reichsstände, wie sie sich namentlich auf

den Reichstagen der Zeit zeigte, viel mehr in Athem gehalten worden, als durch die specifisch lutherische Bewegung. Die anticurialistische Haltung der Mehrzahl der Reichsstände hatte sehr starke politische Gründe. Wie sie schon vor Luther vorhanden war, ist sie nicht aus der lutherischen Bewegung entstanden und darf mit ihr auch nicht zusammengegossen werden. Das Reich war in den spanisch-habsburgischen Ländercomplex eingetreten; es war in der Voraussicht, dass der Kaiser meistens ausserhalb des Reiches weilen würde, eine durchaus neue Regierung des Reiches gesetzlich angeordnet worden. Die Machtverhältnisse nicht nur der Fürsten dem Kaiser gegenüber, sondern auch der Fürsten unter einander konnten sich bei dieser Sachlage sehr verändern; das unmittelbare Interesse gebot jedem Fürsten schärfste Aufmerksamkeit auf die reichsrechtlichen Fragen — dem Lutherthum gegenüber, das, mochte Luthers Lehre auch die breiten Massen des Volkes mit neuen Ideen erfüllen, damals doch kaum die ersten Keime einer Organisation angesetzt hatte.

Das ergibt sich aus der allgemeinen Betrachtung; die specielle Erzählung wird zeigen, wie die lutherische Frage nur von aussen, von dem fernen Kaiser und dem Papste an den nur mit den Fragen über die Reichsregierung beschäftigten Reichstag von 1524 herangeführt wurde.

Das Reichsregiment¹⁾, welches seit dem Herbste 1521 in Nürnberg tagte ¹⁾, war aus einem Compromiss zwi-

¹⁾ Es hat in unserm Jahrhundert nur geringe Beachtung gefunden. Die Compendien der deutschen Verfassungsgeschichte sagen sehr wenig. Eichhorn, D. St. u. RG⁵ (1844) behandelt es als Verfassungsinstitut gar nicht; Walter, D. RG. (1853) § 314 p. 359 ist noch der Meinung, das Regiment von 1500 habe bis in die Zeiten Karls V. bestanden. Zöpfl, D. RG. (1872) II, 386 berichtet falsch über seine Zusammensetzung, und Schulte, Lehrb. d. D. Reichs- und Rechtsgesch. (1876) p. 317 weiss nur,

schen den Ständen und dem Kaiser entstanden. Gewiss schränkte es den Kaiser ein, der während seiner Abwe-

dass es „einmal“ weggefallen sei. — Die am meisten verbreitete Ansicht über das Regiment von 1521 dürfte die sein, welche Ranke in seiner deutschen Geschichte 1839 aufstellte und der er durch alle späteren Auflagen des Werkes treu geblieben ist; das Regiment sei im wesentlichen nach dem Entwurfe der Stände gebildet worden und weiche von dem Regiment von 1500 nur in Nebendingen ab. Dem Kaiser sei es nur gelungen, in den Formen seine Autorität zu wahren (I,⁵ 317. 318). Droysen hat weniger das Verhältniss zwischen Regiment und Kaiser behandelt, als vielmehr innerhalb des Regiments selbst das Vorwiegen des kurfürstlichen Einflusses nachgewiesen; doch sieht er, dass das Regiment von 1500 ein ständisches, das von 1521 ein kaiserliches war (G. d. pr. Pol. II,² 2, 94. 95. 1870). Gegen die Ranke'sche Ansicht wendet sich Brückner, zur Geschichte des Reichstags zu Worms 1521. Die Verhandlungen über das Regiment. Heidelb. Diss. 1860, der einen „himmelweiten Unterschied“ zwischen den beiden Reichsregimenten constatirt. Dagegen tritt Wyneken in einer das einzelne klar hervorhebenden Abhandlung: Die Regimentsordnung von 1521 in ihrem Zusammenhange mit dem Churverein. Forschungen z. d. Gesch. VIII. (1868) wieder auf die Seite Rankes. Baumgarten endlich, Gesch. Karls V. I (1885) p. 446—448. 474—481 findet, dass die Befugnisse des Regiments vom Kaiser ziemlich stark eingeschränkt wurden. — Es ist zu bemerken, dass Brückner und Baumgarten mit der Auffassung übereinstimmen, welche die Juristen der vergangenen Jahrhunderte über das Reichsregiment hatten. Hippolithus a Lapide, Diss. de rat. status in imperio nostro Romano-germanico II, cap. 5, sect 2 (1647 p. 387—382) legt in seiner schroffen Weise den Unterschied zwischen den beiden Regimenten dar. Und diese Ansicht wird in den Monographien über das Regiment von Rechenberg und Joachim durchaus aufgenommen; nur die daran geknüpften juristischen Erörterungen sind andern Inhalts. (Diss. de Regimento S. R. Imperii § 14 in: Dissertationum historico-politicarum varii et curiosi argumenti, in acad. Lips. moderante A. Rechenberg publice propositarum Vol. V. Lipsiae 1698 Pars I, 366—398 und Joh. Friedr. Joachim, Fortgesetzte Sammlung vermischter Anmerkungen etc. Halle 1756. (= 2. Bd. der Sammlung etc.) Abschnitt VIII: Von dem ehemaligen Reichsregiment. Der letz-

senheit Deutschland am liebsten durch einen von ihm ernannten Statthalter allein hätte regieren lassen mögen, aber ebenso gewiss ist es, dass das aufgerichtete Regiment nur sehr bedingt demjenigen entsprach, welches die Stände gewünscht und proponiert hatten. Schon der Titel des Regiments und seines Leiters, die Formel der Unterzeichnung von Decreten wurden nach dem kaiserlichen Entwurf festgestellt. Freilich sind das nur Formen, aber sie haben sicherlich ihre Bedeutung einem Kaiser gegenüber, der bei den Verhandlungen die unzweideutige Erklärung abgegeben hatte, es sei sein Gemüth nicht, dass Deutschland mehrere, sondern dass es einen Herrn habe. Ebenso wahrte die Formel des Treueides, den die Regimentsräthe zu leisten hatten, die kaiserliche Autorität. Das einzige, was in den Formen nach dem Entwurf der Stände gestaltet wurde, war die Mitunterzeichnung der Erlasse durch den anwesenden Kurfürsten. Was die Befugnisse des Regiments anlangt, so durfte es — nur wegen des Glaubens! — mit auswärtigen Mächten unterhandeln, aber dem Kaiser allein blieb es vorbehalten, Bündnisse abzuschliessen. Wenn

tere meint geradezu (§ 24), wenn Karl V. damals hätte eine Monarchie im Reiche aufrichten wollen, würde es in Ansehung des Reichsregiments, von anderem abgesehen, keine grossen Schwierigkeiten gegeben haben. Das ist freilich übertrieben, aber es wird von einem Manne, wie v. Harpprecht, der in seinem Staatsarchiv des kais. und des h. röm. Reichs Kammergerichts IV, 2 (1760) eine Monographie des Regimentes von 1521 bietet, einfach aufgenommen (p. 72).

Für uns sind heute die Arbeiten von Rechenberg und Joachim ohne besonderen Werth, dagegen behauptet v. Harpprecht, der aus dem Pfälzer, Mainzer und Nürnberger Archiven Material beibringt, noch immer grösste Bedeutung. Nicht minder werthvoll ist Müller, Von dem Ceremoniell und Curialienwesen bei dem durch Kaiser Karl V. aufgerichteten Reichsregiment in: Entdecktes Staatscabinet, Eröffnung I (1714) p. 172—268 durch seine Angaben aus dem Weimarer Archive.

dem Kaiser die Verfügung über die Fahnlehen blieb, so ist das eine Verringerung des Machtumfangs des neuen Regiments; das von 1500 hatte eben um diesen Punct einen heftigen Streit mit dem Kaiser geführt. Das Regiment hatte die executive Gewalt, es war oberste Aufsichtsbehörde, es leitete die geringere Lehnsertheilung, es war ihm die kaiserliche Advocatie der Kirche in Deutschland übertragen — aber der Kaiser war auch in dem Regiment nicht unbedeutend vertreten. Das Compromiss in der Frage der Besetzung des Regiments fiel zu Gunsten des Kaisers aus; die Stände wollten ihm drei Stimmen in einem Regiment von 21 Personen gewähren, es sollten aber zwei von den drei Vertretern des Kaisers von diesem gemeinschaftlich mit dem Reichstage gewählt werden. Er erreichte es aber, in ein Regiment von 23 Personen 5 Mitglieder nach eigener Wahl zu setzen. Beinahe der vierte Theil des vollständig besetzten Regiments hing also von ihm ab und bildete noch dazu einen festen Kern, während die Zusammensetzung eines grossen Theiles der übrigen Regimentsmitglieder vierteljährlich wechselte. Ausserdem war unter den 5 kaiserlichen Regimentsabgeordneten der Statthalter, in dessen Händen die ganze Leitung der Angelegenheiten lag, und schon 14 Abgeordnete sollten zur Beschlussfähigkeit genügen. In dem Hauptpuncte der ganzen Sache endlich siegte der Kaiser man kann sagen vollständig; das Regiment bestand mit den Befugnissen, die ihm übertragen waren, nur in der Abwesenheit des Kaisers; sowie er nach Deutschland kam, wurde es zu einer berathenden Ständecommission. Das Regiment war demnach weniger eine ständische Mitregierung — die allerdings in der Wahlcapitulation versprochen worden war, — als eine Vertretung des Kaisers. Diese war nicht zu umgehen, und sie fiel für den Kaiser günstig genug aus. Es tauchten Ansichten auf, welche das 5. Kapitel der goldenen Bulle dahin aus-

legten, dass Pfalz und Sachsen ein Vicariatsrecht nicht nur während der Thronvacanz, sondern auch während der Abwesenheit des Kaisers zustehe.¹⁾ Karl V. musste diese Interpretation anerkennen; er stellte beiden Kurfürsten Reverse aus, dass das Reichsregiment ihre Ansprüche nicht aufheben solle. Der etwaigen Aufrichtung der Vicariate mit ihren ausgedehnten Rechten gegenüber war es für Karl V. ein Vortheil, in ein Regiment willigen zu können, dessen Vorsitzenden nach eigener Wahl einzusetzen die Stände selbst ihm anboten. Als es schliesslich gelungen war, den Erzherzog Ferdinand zum Statthalter und Vorsitzenden des Regiments zu machen, konnte Karl V. um seine Macht in Deutschland unbesorgt sein; es mussten viele und sehr unglückliche Zwischenfälle zusammenkommen, wenn dieses Regiment ihm hätte gefährlich werden sollen.

Nachdem das Regiment so zu Stande gekommen war, arbeitete denn auch die kaiserliche Partei mit daran, dem Regiment dauernden Bestand zu sichern, d. h. vor allen Dingen dasselbe in Betreff der Unterhaltungskosten nicht von dem guten Willen der Stände abhängig bleiben zu lassen. Kasimir von Brandenburg-Ansbach, der erklärte Parteigänger Oestreichs, machte auf die Aufforderung des Statthalters Pfalzgraf Friedrich 1522 den Vorschlag, entweder aus einem Reichszoll — ein solcher war schon 1521 in Worms verhandelt worden — oder aus der Abschaffung der Annaten die Mittel zur dauernden Unterhaltung des Regiments

¹⁾ Nicht bloss die betheiligten Kurfürsten vertraten diese Ansicht. Vergl. die Instruction Otto's v. Pack, des Gesandten Georgs v. Sachsen auf dem Reichstage 1524: „Achten wir darfur, das alsdan Inhalts der gulden Bullen In abwesen keyserlicher maiestat eines yedern Churfürsten vicariat wiederumb sich anheben solde.“ Dresdener Archiv. Locat 10181 Bd.: Reichstag zu Nürnberg, worbey was wegen Dr. Martin Luthers fürgangen. fol. 105 ff

und des Kammergerichts zu gewinnen.¹⁾ Das erstere fand den besonderen Beifall des Regiments, welches den Ständen auf dem Reichstage 1522—23 in Nürnberg den Entwurf eines Reichszollgesetzes vorlegte.

Im Herbst 1522 bot sich dem Kaiser eine Gelegenheit dar, seinen Einfluss im Regimente zu heben. Es ist bezeichnend für die Schwerfälligkeit und die Lauheit der deutschen Stände gegen das Regiment, dass schon im Sommer 1522 Schwierigkeiten entstanden, die 14 mindestens zur Beschlussfassung nothwendigen Regimentsräthe zusammenzubringen. So gelangten aus Deutschland Wünsche und Vorschläge zur Hebung dieses Uebelstandes an den Kaiser, der daraufhin in einer Declaration vom 1. November 1522 unter andern bestimmte, dass von nun ab 10 Räthe das ganze Regiment repräsentieren könnten.²⁾ Es ist zweifellos, dass, wenn diese Declaration Gesetzeskraft erhielt, die kaiserliche Uebermacht im Regimente definitiv besiegelt wurde. Indessen protestierten nicht nur Pfalz, sondern auch Kursachsen gegen sie, als sie auf dem nächsten Reichstage in Nürnberg 1522—23 zur Verhandlung kam. Planitz meldet zwar die Annahme derselben durch die Stände,³⁾ aber in dem Abschiede erscheint kein Wort über sie. Die Sache blieb unbestimmt und verschärfte so die später ausbrechenden Zwistigkeiten nicht wenig.

Als die Stände in Nürnberg am 2. Februar 1523 den Reichsabschied unterzeichneten, waren lange und

¹⁾ Das Gutachten ist gedruckt: v. Höfler, Fränk. Studien. IV. Archiv f. K. oe. Gesch. Qu. VIII. p. 309 (1852). Vergl. Jörg, Deutschland in der Revolutionsperiode 1522—26 (1851) p. 11. Der Kaiser erklärte sich allerdings nicht unumwunden für den Reichszoll, als er die erste Nachricht davon erhalten hatte. Baumgarten, Geschichte Karls V. II, 1 (1886) p. 302.

²⁾ Die Declaration ist gedruckt bei Lünig, Reichsarchiv, Pars Gen. Cont. II (1720 = P. G. V.) p. 317 und Müller, Entd. Staatscab. I, 191.

³⁾ Müller, Entd. Staatscab. I, 198. 199.

schwierige Verhandlungen zu einem, wie es schien, fruchtbaren Abschlusse gebracht. In der kirchlichen Frage hatten die Stände dem päpstlichen Nuntius gegenüber eine ausgeprägt nationale Haltung eingenommen, und zu einer umfangreichen Gesetzgebung, wie sie für Deutschland von grösster Bedeutung hätte werden können, waren starke Schritte vorwärts gethan worden. Das Reichszollgesetz und ein Gesetz gegen die Auswüchse des Grosshandels waren so gut wie fertig gestellt; Gesetzentwürfe über die Reichsexecution gegen Aechter und über beharrliche Türkenhilfe sollten auf dem nächsten, gleich im Juli in Nürnberg zu haltenden Reichstage weiter erörtert werden; eine Halsgerichtsordnung und ein Luxusgesetz waren dem Regiment zur definitiven Ausarbeitung und Publication überwiesen, für die Berathung über ein Münzgesetz ein Tag von Sachverständigen anberaumt; endlich waren über Zusammenfassung der bestehenden Landfriedensverordnungen wenigstens Commissionsverhandlungen gepflogen worden.¹⁾ Alle diese Beschlüsse des Reichstags waren unter der thätigen Beihilfe, ja unter der Führung des Regimentes erfolgt; es hatte an der Antwort, die dem Nuntius gegeben wurde, grossen Antheil gehabt und es hielt den hier eingenommenen Standpunct fest, indem es unter dem 27. Juni 1523 die Gravamina der Deutschen an den Papst selbst übersendete.²⁾ Die grosse Gesetzgebung war aber das Werk des Regimentes fast ausschliesslich: von der Durchführung des Zollprojectes hing ja sein Bestehen ab; aber auch die andern Gesetzentwürfe

¹⁾ Abschied des Reichstags zu Nürnberg 1523 gedr. bei (v. Harpprecht) Staatsarchiv des kais. und des h. röm. Reichs Kammergerichts IV, 2 (1760) p. 170. Vgl. Redlich, der Reichstag von Nürnberg 1522—23. Leipzig 1887.

²⁾ Das Begleitschreiben gedruckt: Notizenblatt der histor. Kommission der Wiener Academie II (1852) p. 58.

stammten in der Form, wie sie vorlagen, von ihm.¹⁾ Der Wormser Reichsabschied hatte dem Regiment die Ausarbeitung derselben zugewiesen; es hatte sich dieser Aufgabe unterzogen, und zwei Gesetze waren nunmehr vollendet. Das Regiment schien 1522 und 1523 seine Lebensfähigkeit erwiesen zu haben.

Indessen der Glanz des Bildes, welches der Reichsabschied aufzeigt, verbleicht bei der näheren Betrachtung.²⁾ Die Städte erhoben sich gegen die wichtigsten Gesetzesvorlagen des Regiments, namentlich gegen das Zollgesetz; noch zu Nürnberg selbst thaten sie sich zu einem eigenen Abschiede zusammen, in dem sie sich eine Direction für ihr Vorhaben gaben. Kurfürst Ludwig von der Pfalz legte Protest gegen den ganzen Reichsabschied ein und zeigte sich im Bunde mit Trier und Hessen dem Regiment auch darin durchaus feindselig, dass er das ihm vom Regiment verliehene Executionsmandat nicht niederlegte, ja sogar noch Reichshilfe zur weiteren Verfolgung Sickingens und der Ritterschaft forderte. Der schwäbische Bund endlich erklärte offen, dass er „seine Einigung in Bewilligung des Kammergerichts und Regiments vorbehalte“.³⁾ Das hiess nichts anderes, als den Bund in Landfriedenssachen concur-

¹⁾ Die gesetzgeberische Thätigkeit des Regiments war eine in weiteren Kreisen tiefempfundene Nothwendigkeit. Die Forderung der Monopolen- und Münzgesetzgebung z. B. ist sowohl im 17. und 27. Artikel der Wahlcapitulation Karls V., als im 9. und 11. Hauptartikel der sogenannten Reformation Friedrichs III. enthalten. Im 10. Artikel der letzteren findet sich auch die Forderung der Mass- und Gewichtseinheit innerhalb Deutschlands, die das Regiment aus eigenem Antriebe anstrebte. Die Wahlcapitulation ist gedruckt: Lünig St. A. Pars Gen. II p. 333. Die Reformation Friedrichs III.: Leipziger Stadtbibliothek, Poelitziana 7808.

²⁾ Zu dem Folgenden ist im allgemeinen zu vergleichen Ulmann, Franz von Sickingen p. 340–60 (1872) und Jörg p. 69–72.

³⁾ v. Harpprecht IV, 2, p. 195.

rierend neben, ja über das Regiment setzen. — Diese dreifache Opposition gegen das Regiment — die Städte, der schwäbische Bund, die drei fürstlichen Gegner Sickingens — liess es dabei nicht bleiben. Der Speierer Städtetag Ende März und Anfang April erklärte mit dem Zollgesetz das Regiment selbst für unleidlich und wendete sich an den Kaiser, um es zu stürzen. Gleichzeitig mit diesem Städtetage beschloss eine allgemeine Bundesversammlung zu Ulm die Bestrafung der friedbrüchigen Ritter von Absberg mit ihren Helfern, ohne das Regiment auch nur zu befragen, ja sogar auf Massregeln gegen dasselbe bedacht, falls es sich einmischen würde.¹⁾ Es begannen auch die drei Faktoren der Opposition sich einander zu nähern. Kurpfalz meldete sich eben auf jener Ulmer Bundesversammlung zum Eintritt in den schwäbischen Bund, dem Hessen seit 1519 schon angehörte. Die Städte des Bundes, wie auch der Speierer Städtetag selbst suchten ebendamals den schwäbischen Bund gegen den Reichszoll zu stimmen, und sie blieben nicht ungehört. — Im Mai erfolgte der Schlag der drei „rheinischen Kriegsfürsten“ gegen Sickingen und die Ritter der Wetterau; vom 15. Juni bis 21. Juli dauerte der Krieg des Bundes gegen die Ritterschaft Ostfrankens. Beide Unternehmen waren im bewussten Gegensatz zu der Reichsregierung unternommen; das Regiment musste dem Treiben zusehen. —

Die mächtigste Stütze des Regiments unter den Ständen war Kurfürst Friedrich von Sachsen. Der Einfluss, den er durch seinen Abgeordneten Johann von Planitz am Regiment ausübte, war so bedeutend, dass

¹⁾ Auszüge aus den Abschieden der Speierer Städte- und der Ulmer Bundesversammlung giebt Klüpfel, Urkunden zur Geschichte des schwäb. Bundes II (1853. Publ. des Stuttg. Lit. Ver. No. 31) p. 243–263. Beide Abschiede sind damals gedruckt worden: Weller, Repertorium typographicum No. 2316 2317.

man sein Interesse mit dem des Regimentes gleichsetzen darf. Eben im Frühjahr 1523 kam es vor, dass sich das Regiment trotz Ferdinands an ihn wendete.¹⁾ Neben dem Kurfürsten stand sein Vetter Herzog Georg von Sachsen,²⁾ der im Herbst 1523, als es sich um Bestehen oder Nichtbestehen des Regiments handelte, für ersteres eintrat. Auch Kurfürst Joachim von Brandenburg stand auf dieser Seite; schon 1521 war er für den Reichszoll thätig gewesen, welcher jetzt eine Sache des Regiments wurde; erst nachdem Joachim sich mit Kursachsen verständigt hatte, ging er nach Nürnberg, um seine Session am Regiment vom Januar bis März 1523 einzunehmen. Sein Verhalten nach dem Reichstage von 1524 zeigt, dass er bei dieser Politik verharrte.³⁾ Casimir von Brandenburg begünstigte, wie wir oben gesehen haben, den Zoll ebenfalls; die Sympathien des von den drei rheinischen Fürsten um 25000 Gulden gebrandschatzten Kurfürsten-Kardinals von Mainz müssen dem Regiment gehört haben.⁴⁾ Ausser den Genannten arbeitete aber auch Erzherzog Ferdinand zu Gunsten des Regiments. Das Regiment war die einzige Quelle seines Einflusses auf Deutschland; fiel es weg, so hatte er in deutschen

¹⁾ Ferdinand an Karl V. 12. Mai 1523. Wiener Jahrbücher der Literatur Bd. 112 (1845) p. 23.

²⁾ Instruction für Otto v. Pack zum Reichstag 1524. Dresd. Archiv. Loc. 10181 Fol. 105 ff.: „Wenne aber yhe das Regiment auss mangel der vnderhaltung nicht bleyben kundt, welchs wir doch in allewege vors bequemste ansehen vnnd als vil an vnns, nicht gerne vrsache geben wolten das es zurgehen solt.“

³⁾ Droysen, Gesch. der preuss. Politik II,²2, p. 106—108.

⁴⁾ Ferdinand an Karl V. 27. Jan. 1523. Wiener Jahrb. Bd. 112, p. 13: „les susdits princes composèrent l'archevesque de mayence en la somme de 25000 fl. dor dont ledict archevesque et toute sa maison treuvent grandement greuez.“

Dingen weniger als einer der übrigen Fürsten zu sagen und zu bedeuten. Er versuchte, Januar 1523, im Bunde mit Regiment und Ständen, im Mai noch einmal mit dem Regiment die Einstellungen der Feindseligkeiten gegen Sickingen von den drei Fürsten zu erlangen. Noch später suchte er, auf eigene Hand, Mittelwege zu finden. Für Albrecht von Mainz bemühte er sich bei den drei Fürsten, am 2. Juni interveniert er bei ihnen für den Sohn Sickingens und sein Erbe.¹⁾

Es waren also in der Hauptsache die Häuser Brandenburg und Sachsen neben dem Erzherzog-Statthalter die Stützen des Regiments. Es war freilich eine sonderbare Allianz, die sich zur Aufrechthaltung der Regiments zusammengefunden hatte; der altgläubige, wie es auch sein mag, auf die Beherrschung Deutschlands hinarbeitende Ferdinand mit seiner fast ausschliesslich spanischen Umgebung²⁾ und die deutsch-ständisch gesinnten Fürsten, die unter einander wiederum in Glaubenssachen verschieden dachten. Es zeigt sich dabei so recht klar, dass massgebend für die Parteiung in Deutschland zu jener Zeit (1521—24) nicht die religiöse Frage war, sondern die politische Stellung zum Reichsregimente. Man darf nur nicht glauben, dass die in der Aufrechthaltung des Regiments einigen Fürsten durchaus diesel-

³⁾ Münch, Franz v. Sickingens Thaten, Plane, Freunde und Ausgang. II (1828) p. 257. 274. Bremer, Franz v. Sickingens Fehde gegen Trier und ein Gutachten Claudius Cantianculas über die Rechtsansprüche der sickingenschen Erben (1885) p. LXXII. — Weniger klar sieht man, wie sich Ferdinand in dem Streite des Bundes mit den ostfränkischen Rittern verhielt. So ganz in Einigkeit mit dem Bunde, wie er es seinem Bruder zu schildern bemüht ist, kann er nicht gewesen sein, denn jener misstraute „den Ferdinandischen.“ Jörg, p. 71 Anm. 14.

¹⁾ Gabriel Salamanca war der erste Minister Ferdinands. Ausserdem finden sich in jenen Jahren in Ferdinands Umgebung: Andrea de Burgo als kaiserlicher Gesandter, Pedro v. Corduba, Antonio Rincon de Medina del Campo.

ben Interessen dabei gehabt hätten; wie die Opposition ganz verschiedene Wurzeln hatte, fanden sich auch die Beschützer aus verschiedenen Gründen zusammen. Reibereien gab es unter ihnen auch. Joachim, nicht minder Georg von Sachsen klagten über die Unthätigkeit des Regiments gegen Luther ¹⁾; Planitz ist eifersüchtig auf die Concurrenz, welche die kaiserlichen Hofrätthe dem Regiment in Gerichtssachen machen ²⁾; Ferdinand ist über die ausgesprochen lutherische Haltung Planitzs aufgebracht ³⁾; aber das Regiment wurde trotzdem von ihnen allen gehalten. Der Reichszoll, den das Regiment so eifrig betrieb, versprach Ferdinand eine Steigerung der Reichseinkünfte und so eine Steigerung der Regierungsgewalt; er verhiess den Fürsten, indem er die Städte traf, Befreiung von den lästigen Matricularbeiträgen. Dass der Erzherzog, wollte er nicht einfacher Statthalter seines Bruders in dem Erzherzogthum Oestreich sein, das Regiment aufrecht halten musste, ist bereits oben gesagt worden. Ausser diesem gab es aber für ihn noch zwei andere Gründe, das bestehende Regiment zu begünstigen: sein Wunsch, die deutsche Königskrone zu erlangen und die Absicht, ein Gegengewicht gegen den schwäbischen Bund zu gewinnen. Bei Baiern, dem alten Gegner Habsburgs oder bei Pfalz, das bald genug mit dem Anspruch auf das Vicariat hervortrat, konnten Gedanken auf die deutsche Königswürde keine Unterstützung finden; so stand denn im

¹⁾ Droysen II, 2², p. 111. Georg führte Jahre lange Briefwechsel mit dem Regiment darüber.

²⁾ Bremer, p. XLVI. Planitz, 14. Mai 1523, gedenkt eines Mannes, der nach langem Process eine kaiserliche Absolution vorbringt. „Ist vermuthlich, weil das Regiment die Sach zu „sich erfordert und die Sach den Hofrätthen nicht gestatten „wollte, hierin zu handeln, dass sie die Absolution gefördert, „damit das Regiment auch nichts daran haben sollt.“

³⁾ Z. B. Ferdinand an Karl V. 12. Mai 1523. Wiener Jahrb. Bd 112, p. 23.

Jahre 1523 Ferdinand darüber in Unterhandlung mit Kursachsen. ¹⁾ So erklärt es sich, warum wir niemals von ernstesten Versuchen Ferdinands hören, der auffallenden Geneigtheit des Reichsregiments für Luther entgegenzutreten. Und was das andere Moment anlangt, so spricht es Ferdinand im December 1523 deutlich aus, man müsse zwischen dem schwäbischen Bund und dem Regiment, die einander unvereinbar entgegenstünden, temporisiren. Dass diese Politik eine wohlberechnete war, wird nicht bestritten werden können; der Bund war eine freie Einigung, aber verfügte über starke materielle Mittel; das Regiment hatte nur die ideelle Macht der officiellen Reichs- und Kaiservertretung. Beide leiteten ihre Macht vom Kaiser her; der Bund von ihm, als dem Protector, das Regiment als sein Vertreter. ²⁾ Beide Organe galt es neben einander zu benutzen. Das erkannte Ferdinand damals ebenso gut, als ein halbes Jahr später, nur war es damals seine Politik, das Regiment mehr zu begünstigen, um dadurch König zu werden. Um die Königskrone war es ihm aber damals Ernst. Sein Hausmarschall Emericourt arbeitete, eben mit diesem Auftrage hingeschickt, dafür am kaiserlichen Hofe. ³⁾

Ueber die deutschen Pläne des Kaisers in jener Zeit haben wir keine directe Nachricht; auch das damalige Deutschland war darüber vollkommen im Unge-

¹⁾ Ranke, D. G. im ZA. der Reformation II⁵ p. 91 (1873).

²⁾ In dem Protest des Bundes vom Reichstag 1523 heisst es: „dieweil aber ir Aynung von keyserlicher Majestat befohlen, auffgericht vnd bestatt“ (v. Harpprecht IV, 2, p. 195). Der Kaiser nennt sich: „leur chef souverain aucteur et protecteur. (Lanz, Correspondenz Kaiser Karls V. I (1844) p. 82.) Das Regiment bezeichnet sich in den Streitigkeiten mit den Ständen deutlich und oft sogar sehr stark als Vertreter des Kaisers. Z. B. Klüpfel II, 235.

³⁾ Instruction von. Nov. 1522 im Auszug bei Baumgarten, II, 1, p. 198–202.

wissen. Das Schreiben, mit welchem Karl V. dem Reichsregimente auf den ihm übersendeten Reichsabschied vom Februar 1523 antwortete, ¹⁾ lautet durchaus dilatorisch: er werde wegen der Wichtigkeit der gefassten Beschlüsse einen Gesandten nach Deutschland senden, der mündlich seinen Willen auseinandersetzen werde; man solle jedoch die Reichstagsverhandlungen beginnen, wenn derselbe zum Termin, dem 13. Juli, noch nicht angekommen sei. — Indessen ist es doch möglich, die Absichten des Kaisers mit einiger Sicherheit zu erschliessen. Als er 1521 in Deutschland war, hatte er mit grossem Nachdruck die Erneuerung des schwäbischen Bundes betrieben; er hatte noch im Juli 1521 einzelne Städte mit eventueller Achtserklärung bedroht, wenn sie dem Bunde nicht wieder beitreten wollten. ²⁾ Im Sommer 1522 wünschte er den Eintritt des Kurfürsten von der Pfalz in den schwäbischen Bund. ³⁾ Es war die Rücksicht auf die materiellen Mittel des Bundes, welche ihm diese auf Erweiterung desselben gerichtete Politik rieth. Denn wie er sich in den Verhandlungen mit der Städtebotschaft, August 1523, stark durch die Hoffnung, von den Städten Geld für seinen französischen Krieg zu bekommen, bestimmen liess, so versuchte er an der Jahreswende 1523—1524, von dem schwäbischen Bunde Geldmittel zu demselben Zwecke zu erlangen. ⁴⁾ Aus alledem wird klar, dass zu derselben Zeit, in welcher Ferdinand dem Regiment näher stand, der Kaiser selbst engeren Anschluss an den Bund suchte.

Eine Verschiedenheit zwischen der Politik des Kai-

¹⁾ Valladolid 3. Juni 1523. Im Auszuge bei Müller. Entd. Staatscab. I, p. 203.

²⁾ Klüpfel II, 202. 210.

³⁾ Damals machte der Kurfürst, von Ferdinand gedrängt, Ausflüchte. Ferdinand an Karl V. 2. Sept. 1522. Wiener Jahrb. Bd. 111, p. 195.

⁴⁾ Karl V. an Ferdinand. 16 Jan. 1524. Lanz I, 82.

sers und der seines Bruders und Statthalters war also vorhanden. Dies zeigt sich auch deutlich in den Briefen, welche Ferdinand während des Jahres 1523 an Karl V. richtete.¹⁾ Hier trägt er starke Farben bei der Schilderung der Verbreitung der lutherischen Lehre auf; von seinen Vermittelungsversuchen zwischen den drei Fürsten und Sickingen ist kein Wort gesagt; ja er will sogar die ersteren mit 200 Pferden und mehr unterstützt haben.²⁾ Auch mit dem schwäbischen Bunde habe er sich vor dessen fränkischem Zuge verständigt. Kurz, er stellt die Dinge so hin, als erblicke er in den Ritttern die ärgsten Feinde des kaiserlichen Ansehens und als theile er mit dem schwäbischen Bunde und den drei rheinischen Fürsten ein Verdienst, dieselben niedergeworfen zu haben.

Auch auf dem Gebiete der europäischen Politik bemerkt man, wenigstens an einer Stelle, Uneinigkeit zwischen den beiden habsburgischen Brüdern. Seit dem Anfang 1523 stand Karl V. in Unterhandlungen, um eine italische Defensivliga gegen Frankreich, für welche

¹⁾ Sie sind von Chmel in den bereits citierten Wiener Jahrb. als Nachtrag zu Lanz's Correspondenz Karls V., ediert worden. Die historische Benutzung dieser Briefe wird durch die Wahrnehmung, dass sie nicht den wahren Sinn Ferdinands enthalten, stark erschwert.

²⁾ Wiener Jahrb. Bd 112 p. 21. Ferdinand an Karl V., 12. Mai 1523: Wegen der Erneuerung des alten Bündnisses zwischen Pfalz und Oestreich, und weil die Sickingen'sche Sache „sestoit chose mal seante und detestable, je me suis „declaire en faveur dudict Conte Palatin et luy ay envoye „deux cents chevaulx et tenoie prest ung bon nombre de „pietons pour quant il les demanderoit.“ Dazu ist aber der Bericht Embhards zu vergleichen, der im Anfang Mai vor dem Nanstall in Ferdinands Auftrage zum Frieden unterhandelte (gedr. Ulmann, Sick. p. 408–410). Embhard musste den Erzherzog beim Kurfürst-Pfalzgraf entschuldigen; er hatte 100 Pferde wohl versprochen, aber nicht geleistet, wobei freilich die Schuld auf einen Lehnsman geschoben wurde.

namentlich der Papst und Venedig gewonnen werden mussten. Ferdinand ¹⁾ verzögerte durch Geldforderungen für sich den so dringend nothwendigen Abschluss mit Venedig um mehrere Monate. Schon weigerten sich die Venetianer weiter zu verhandeln. Endlich sendete er noch seine Vollmacht, und es konnte der Vertrag zu Stande kommen (29. Juli).

Solch selbständiges Auftreten Ferdinands konnte dem Kaiser nicht verborgen bleiben; der Kaiser war keineswegs damit zufrieden und hatte schon im Juli 1523 neben seinem Gesandten Andrea de Burgo noch einen gewissen Michael Gilles an den Hof Ferdinands geschickt, ²⁾ der diesen und seinen ersten Minister Gabriel Salamanca, die Seele der erzherzoglichen Politik, beobachten sollte.

¹⁾ Calendar of letters despatches and state papers relating to the negotiations between England and Spain Ed. Bergenroth. II. (1866) p. 534. 548—551. 554. 570. 573.

²⁾ Jörg, p. 75, Anm. — Jedenfalls war das Misstrauen Karls V. durch die Gesandtschaft Emericourts geweckt worden; entschlossen war Karl V. schon im Mai, auf die Wünsche seines Bruders betreffend die deutsche Königskrone nicht einzugehen. Contarini an den Rath 31. Mai 1523 in: Dittrich, Regesten und Briefe des Kardinals G. Contarini (1881) p. 16.

Der Reichstag zu Nürnberg. St. Margarethen (13. Juli).

Auf den 13. Juli 1523 war, wie wir gesehen, durch den Reichsabschied vom 2. Februar der neue Reichstag angesetzt worden. Die Ladung an die Stände erging durch ein gedrucktes Mandat des Regiments vom 6. März 1523, unterzeichnet vom Statthalter Pfalzgrafen Friedrich und Kurfürsten Joachim von Brandenburg.¹⁾ Es hielt sich genau an den Reichsabschied. Wie dieser fordert es von den Kurfürsten und Fürsten nur Beschickung des Reichstages durch endlich bevollmächtigte Gesandte, von den andern Ständen entweder persönliches Kommen oder ebenfalls Beschickung durch endgültig instruirte Gesandte. Auch die zur Verhandlung bestimmten Punkte sind dieselben: Achtsexecution, grosse gemeinsame Türkenhilfe, Halsgerichtsordnung und Reichszoll. Bemerkenswerth ist, dass von der Religionssache kein Wort darin enthalten ist. Gleichzeitig mit dem Ausschreiben übersendete das Regiment den Ständen die von dem Reichstage 1522–23 revidierten Entwürfe der Executionsordnung und der allgemeinen Türkenhilfe²⁾, damit dieselben vor dem Reichstage noch den Landständen vorgelegt werden könnten. Ueberhaupt war der ganze Reichstag nur angesetzt, um definitive Ratification der lange geplanten und durchberathenen Gesetze zu vollziehen; kein neuer Punct

¹⁾ Dresdner Archiv. Loc. 10181 fol. 80. Ungenauer Auszug bei Müller, Entd. Staatscab. I, 200. — Die Stelle des Reichsabschieds 1523, die die Ankündigung des neuen Reichstags enthält, steht v. Harpprecht IV, 2, p. 187.

²⁾ Dresdner Archiv. Loc. 10181 fol. 55. (Proposition Ferdinands vom 15. Jan. 1524. Die Executionsordnung war gedruckt: Weller No. 2469. .

war auf die Tagesordnung gesetzt; der Reichstag von St. Margarethen sollte nur den Abschluss des Reichstags vom Winter 1522—23 bilden. Um so jämmerlicher erscheint die Reichstagsprodie, welche sich im Juli 1523 in Nürnberg abspielte.

Verschiedene Umstände wirkten zusammen sehr ungünstig für den Reichstag. Die kaiserliche Bestätigung der letzten Reichstagsbeschlüsse war noch nicht eingetroffen; Erzherzog Ferdinand, in seinen Erblanden mit grossen Verfassungsänderungen beschäftigt, war nicht am Regimente; endlich tobte um Nürnberg der fränkische Krieg des schwäbischen Bundes. So waren denn zum Reichstage nur die Gesandten der sechs Kurfürsten anwesend; ¹⁾ von andern Ständen waren nur wenige vertreten; Georg von Sachsen ²⁾ war der einzige, der persönlich gekommen war, — es ist sehr fraglich, ob wegen des Reichstages. Die Haltung der Städte war sehr trotzig: auf dem Reichstage zu Esslingen, 21. Juni (Sonntag nach Vitus), beschlossen sie, ³⁾ weil ihnen die Sendung von Abgeordneten mit unbeschränkter Vollmacht unleidlich sei, und weil sie zu den Reichstagen nicht bei Geldstrafe, sondern bei der Pflicht ihrer Reichsverwandtschaft gefordert werden müssten — den Reichstag nur durch eine Commission von 4 Städten, Köln, Strassburg, Ulm und Ueberlingen und zwar mit einer Instruction zu besenden.

Die Bedeutungslosigkeit des in Rede stehenden Reichs-

¹⁾ So sagt das Ausschreiben des nächsten Reichstages.

²⁾ Nach Spalatins Annalen, Mencke, *Scriptores rer. Germ.* II (172c) p. 623 kam er am 7. Juli nach Nürnberg. Er hatte nach dem Wunsche des Regiments seine Landstände am 17. Juni in Leipzig versammelt und von ihnen ein der Türkenhilfe günstiges Votum erreicht. (Instruction für Pack).

³⁾ Jacob Fels, *Zweyter Beytrag zu der deutschen Reichstagsgeschichte* (1769) p. 30. — Dies Buch, das manches enthält, was manjetzt wie neu aus Archiven gräbt, scheint vollkommen verschollen zu sein.

tags hat es mit sich gebracht, dass über die einzelnen Verhandlungen keine Daten bekannt sind. Die Städte gaben ihre, seit 1489 unablässig wiederholte Supplication um die volle Reichsstandschaft auch hier ein und erklärten sich gegen den Reichszoll wie gegen die gemeine Türkenhilfe. Eine Kommission wurde zwar darüber eingesetzt; weit kam sie aber nicht. Die Antwort, welche den Städten gegeben wurde, ¹⁾ weist ihre Forderung der Reichsstandschaft im Princip und unter Hinweis auf die geringe Anzahl der am Reichstag Anwesenden ab, sucht den Zoll mit den alten Gründen zu rechtfertigen und spricht Verwunderung darüber aus, dass die Städte der Türkenhilfe entgegen seien. Einen andern Erfolg als diesen werden die Städte kaum erwartet haben. — Die drei rheinischen Fürsten traten mit einer Beschwerde vor die Stände. Der Ritter Frowin von Hutten hatte am Regiment gegen die drei Fürsten auf Restitution seines verwüsteten und eingezogenen Besitzes geklagt, und das Regiment hatte ihm zweimal Recht gegeben. Nun riefen die drei Fürsten, da der Kaiser nicht in Deutschland sei, den Schutz der Stände gegen das Urtheil des Regimentes an und protestierten gleichzeitig am Regiment selbst. Sie wurden aber von dem Reichstage abgewiesen: es seien nur Botschaften und dazu nur von wenigen Ständen anwesend. ²⁾ Ueber die vier im Ausschreiben bezeichneten Punkte, derentwegen der Reichstag überhaupt zusammengerufen war, scheinen regelmässige Verhandlungen gar nicht gehalten worden zu sein. Das nächste Reichstagsausschreiben sagt, die vier Punkte seien unerörtert gelassen worden.

¹⁾ Klüpfel II, 265 -- 269.

²⁾ Ulmann, Sick. p. 396. Fr. RTA (Frankfurter Reichstagsacten) Bd. 39. fol. 64. 79. 80. (Eingabe der drei Fürsten auf dem Reichstage 1524).

Ein Reichsabschied wurde gar nicht verfasst: am 18. August ging der sogenannte Reichstag auseinander.¹⁾

Die Resultatlosigkeit dieses Reichstags war für das Regiment ein schwerer Schlag. Ein verunglückter Reichstag an sich wäre nicht schlimm gewesen; nach der Lage der Dinge aber und nach den Entwürfen, die vorgelegen hatten, enthielt das Ende des Reichstags eine schwere Gefahr für die Fortdauer des Regiments. Eben dadurch gewinnt er für uns Interesse. Das Regiment war zwar durch den Wormser Reichstag bis zur Wiederkunft des Kaisers aufgerichtet, aber die Matricularbeiträge zu seiner und des Kammergerichts Unterhaltung waren durch den Beschluss des ersten Nürnberger Reichstags 1522 nur bis zum 30. September 1523 bewilligt.²⁾ Das Regiment war also, wenn gleich rechtlich noch existierend, thatsächlich abgethan, sobald als der Reichszoll nicht bewilligt wurde, von dessen Ergebnissen das Regiment weiterhin unterhalten werden sollte. Und eben dies war jetzt geschehen. Der That- sache gegenüber konnte das Regiment nichts anderes thun, als darauf hinarbeiten, dass so bald als möglich ein neuer Reichstag zusammenträte. Von dem abwesenden Ferdinand angewiesen, suchte das Regiment von den Gesandten der Stände die Einberufung eines solchen zu erlangen. Diese wiesen aber nicht nur die Forderung ab, das Ausschreiben selbst zu formulieren, sondern sie

¹⁾ Seckendorf, Commentarius hist. et apol. de Lutheranism. (1694) I, 261. — Bei Häberlin, die allgemeine Welthistorie X, (1772) p. 539 und v. Bucholtz, Gesch. der Regierung Ferdinands I. (1831) II, p. 37 liest man, dass die in der Neuen Sammlung der Reichsabschiede II (1747) p. 277 gedruckte Kammergerichtsordnung auf diesem Reichstage publiciert worden sei. Den Beweis dafür muss man noch von v. Harpprecht fordern, der die Behauptung aufstellt (IV, 2, p. 45). In den von ihm citierten Werken ist nichts davon gesagt.

²⁾ Abschied des Nürnberger Abschiedes 1522 gedruckt in: Neue Samml. der Reichsabschiede II (1747) p. 246.

weigerten sich auch, das Concept des Regiments gut zu heissen und wollten in dem Ausschreiben gar nicht erwähnt werden.¹⁾ So ging denn auch diese Hoffnung des Regimentes noch zu Grunde.

Die Aussichten des Regimentes waren nach dem Reichstage von St. Margarethen die denkbar schlechtesten. Die Symptome der ihm feindlichen Stimmung der Stände mehrten sich. Es war immerhin kein gutes Zeichen, dass die Ständegesandten die Beschwerde der drei rheinischen Fürsten nicht im Principe abgewiesen hatten. Noch ein anderer Fall konnte dem Regiment nur peinlich sein. In einer Competenzstreitigkeit zwischen dem Kammergericht und dem Münchner Landgerichte hatten sich die bairischen Herzöge zu Gunsten des letzteren an das Regiment gewendet und, als sie keinen Erfolg damit hatten, das Kammergericht recusiert und an den Kaiser selbst appelliert.²⁾

¹⁾ So Müller, Entd. Staatscab. I, 202 „nach einer vom Regiment anstatt eines Abschiedes gefertigten Registratur.“

²⁾ v. Harpprecht V p. 51 (1767). Fr. RTA 39, fol. 182. 183. Eingabe der Herzöge v. Baiern auf dem Reichstage 1524).

Das Ausschreiben des Reichstags für Martini 1523.

Die Stellung des Regimentes nach aussen war im Sommer 1523 zweifellos eine kritische; aber auch in seinem Innern sah es nicht eben tröstlich aus. Von einer geordneten, dem Gesetze gemässen Besetzung konnte seit langer Zeit keine Rede mehr sein. Eini-germassen diesem Uebelstande abzuhelfen, hatte die kai-serliche Declaration vom November 1522 gesucht; aber es war doch nur eine Behauptung des Regiments, dass sie Gesetzeskraft habe. Wenn das Regiment der De-claration zufolge mit 10 Personen besetzt, verhandelte, so mochten sich dies wohl die dem Regiment günstigen Stände gefallen lassen, die Opposition erkannte dies einfach nicht an. Das Regiment konnte sich, als auf dem Reichstag von 1524 Beschwerden gegen seine Amts-handlungen während des Jahres 1523 erhoben wurden, gegen den Vorwurf, nicht genügend besetzt gewesen zu sein, nur auf die Declaration berufen: ¹⁾ es gab damit zu, nicht nach der Regimentsordnung von 1521 besetzt gewesen zu sein. Kurfürst Joachim von Brandenburg war der letzte Kurfürst gewesen, der persönlich am Regiment gesessen. Dass Kurmainz, welches das zweite Vierteljahr 1523 persönlich am Regiment hätte anwe-send sein sollen, sich durch den Deutschmeister Al-brecht von Preussen vertreten liess, ²⁾ war auch nur nach der Declaration zu vertheidigen. ³⁾ Eine Unregelmässig-

¹⁾ Fr. RTA. 39 fol. 81—83. 86. 124. 141. 166. 167. (aus den auf dem Reichstag 1524 zwischen den klagenden Ständen und dem Regiment gewechselten Schriften.

²⁾ v. Bucholtz II, 118.

³⁾ Vergleiche den § 28 der Wormser Regimentsordnung (Neue Samml. d. RA. II, p. 175) mit dem dritten Puncte der Declaration.

keit war es auch, was die Beschwerde des Adels 1523 moniert, dass Pfalzgraf Friedrich am Regiment blieb und mitstimmte, trotzdem dass Ferdinand selbst anwesend war.¹⁾

So war es bis zum Sommer 1523 gegangen; es wurde in dem Vierteljahre Juli bis September 1523 nicht anders. Mögen etwa 10 bis 14 Personen am Regiment gewesen sein, es fehlten gerade die wichtigsten. Dem Wormser Reichsabschied 1521 gemäss traf die Pflicht der persönlichen Anwesenheit am Regiment damals den Kurfürsten von der Pfalz, den Herzog Georg von Sachsen und den Bischof von Bamberg. Nur Herzog Georg kam wirklich, aber gleich am Tage seiner Ankunft trug er dem Regimente vor,²⁾ dass er keineswegs gesonnen sei, seine Session einzunehmen, wenn die andern Fürsten nicht kämen. Wirklich trat er nicht in das Regiment ein und zog vor dem 17. Juli mit dem Statthalter Pfalzgrafen Friedrich von Nürnberg fort.³⁾ Sie waren die beiden einzigen Fürsten, und der Reichstag versammelte sich gerade! Georg kam später nach Nürnberg zurück, nahm seinen Platz im Regiment ein und

¹⁾ Burgermeister, Codex diplomaticus equestris I (1727) p. 1402 (unter dem 6. Punct, der die Beschwerden des Adels gegen das Regiment enthält.) — Meine Darstellung der Besetzung des Regiments ist allerdings nach gegnerischen Beschwerden gegeben. Aber die des Adels ist gegen das Regiment so mild, dass sie kaum übertreibt, und aus den Beschwerden der drei Fürsten habe ich nur das entnommen, was das Regiment selbst anerkennen musste. In diesen wird auch, uncontrollierbar für uns, behauptet, die Regimentsräthe seien z. Th. nicht den Ständen präsentiert worden, es seien weniger als 10 gewesen, es hätten einige unberechtigter Weise darin gesessen u. s. w.

²⁾ Müller, Entd. Staatscab. I, 208 nach einem Briefe Planitzs, den auch Spalatin Annal. (Mencke II, 628) benutzt.

³⁾ Jörg p. 17. — Ob der Einzug des Bundes in Nürnberg die Ursache der Entfernung beider Fürsten war?

blieb bis zum 16. September. ¹⁾ Zu derselben Zeit aber erklärte der Statthalter Pfalzgraf Friedrich, nicht länger als einen Monat nach Michaelis Statthalter und nicht einmal bis dahin persönlich am Regimente bleiben zu wollen. Die grossen Kosten, welche ihm seine Statthalterschaft machte und die ihm von kaiserlicher Seite höchst unvollkommen ersetzt wurden, mehr aber wohl die Zwistigkeiten zwischen seinem Bruder, dem Kurfürsten, und dem Regimente mochten ihn zu dem Schritte bestimmen, der für das Regiment eine neue Quelle von Unannehmlichkeiten eröffnete. Da er sich von seinem Vorsatze durch kein Bitten und Drängen abwendig machen liess, ²⁾ entstand im Regiment die Frage, wer die Leitung in der Abwesenheit Friedrichs übernehmen solle. Erzherzog Ferdinand war noch immer in seinen Erblanden beschäftigt. Graf Johann v. Hundsrück, auch ein Pfälzer, sollte Friedrichs Vertreter werden, aber er war nicht in Nürnberg. Bis er ankomme, sollte Georg von Sachsen den Statthalter vertreten; dieser aber lehnte ab, und so wurde Johann Freiherr von Schwarzenberg, als der Gesandte Bambergs, interimistischer Statthalter-Verweser. ³⁾ Man kann sich ausmalen, wie solche innere Zerfahrenheit die Thätigkeit des Regiments hindern musste.

¹⁾ Förstemann, Neues Urkundenbuch zur Gesch. der evangelischen Kirchenreformation. I (1842) p. 114.

²⁾ Ferdinand an Karl V. 18. Dec. 1523. Wiener Jahrb. Bd 112 p. 31: quant au conte Palatin je vous avise que nulle priere ny requeste de par vous, de par madite dame et tante ny de par moy na peu aider a le tenir a la Lieutenandise de Lempire.

³⁾ v. Seckendorf, Comm. I p. 261. Müller, Entd. Staatscab. I, 209. Die Statthalterschaft Schwarzenbergs muss etwa in den August fallen, da am 5. September Johann v. Hundrück am Regimente ist. Dem scheint allerdings ein Brief Planitz's, Förstemann p. 115, zu widersprechen.

Die nächste Aufgabe des Regiments war, wie wir bereits bemerkt haben, die, möglichst bald einen Reichstag oder wenigstens die den Ausschlag gebenden Fürsten zusammenzubringen. Zunächst fragte das Regiment bei dem Erzherzog an, wessen es sich vom nächsten Michaelis ab zu gewärtigen hätte.¹⁾ Ferdinand vertröstete es: er werde es zusammenbehalten, er werde die Mittel zur Unterhaltung stellen. So blieb das Regiment beisammen. — Nach § 12 der Wormser Regimentsordnung hatte es die Befugnis, in besonders drängenden Fällen, wenn der Zusammentritt eines Reichstages zu viel Zeit kosten würde, nur mit den sechs Kurfürsten und den zwölf zum abwechselnden persönlichen Sitzen am Regiment bestimmten Fürsten zu berathen. Einen solchen Fürstenrath berief das Regiment auf den 1. September 1523; es forderte persönliches Erscheinen und setzte Berathung über die Türkengefahr und über die Unterhaltung des Regiments und Kammergerichts als neue Punkte neben den vier auf dem letzten Reichstage unerledigt gebliebenen an. Aber kein einziger der geladenen Fürsten erschien. Es blieb dem Regiment nichts anderes übrig, als einen Reichstag aus eigener Initiative auszuschreiben.²⁾ Das Ausschreiben, vom 5. Sept. 1523 datiert, trägt am Kopfe Namen und Titel des Kaisers; als Einberufer des Reichstags sind aber Statthalter und Regiment genannt; unterschrieben ist es von Statthalter Pfalzgraf Friedrich und Pfalzgraf Johann von Hundsrück; letzterer ist damals Vertreter des Kurfürsten Ludwig bei Rhein. Es fordert persönliches Erscheinen in Nürnberg zum 11. November (Martini) 1523, nicht bei Strafe, sondern bei den Pflichten der Reichsangehörigkeit. Als Gegenstände des Reichs-

¹⁾ Fr. RTA 39 fol. 300 (Eingabe des Regts an Ferdinand vom 3. April 1524).

²⁾ Das Ausschreiben ist gedruckt: v. Harpprecht IV, 2, p. 196 = Dresd. Arch. Loc. 10181 fol. 93.

tages nennt es die für den Fürstentag in Aussicht genommenen Punkte, behält aber weiteres der Proposition vor.¹⁾ Wiederum ist in dem Ausschreiben die Religionsfrage mit keinem Worte erwähnt; wie aus einem Plantz'schen Briefe hervorgeht, geschah dies mit vollem Bedacht.²⁾

Mit dem Ausschreiben dieses Reichstags wich das Regiment von der Verfassung ab. Weder die Regimentsordnung noch der Abschied von 1521, noch die kaiserliche Declaration gab ihm die Befugnis, einen Reichstag zu berufen. Das war dem Regiment selbst am allerwenigsten verborgen. Es entstanden ernstliche Bedenken darüber;³⁾ man hielt es für nothwendig, Entschuldigungsbriefe den Ausschreiben an die Kur- und an einige andere Fürsten beizulegen.⁴⁾ Auch sind die Unterzeichnungen bedenklich unregelmässig. Der Statthalter Friedrich scheint gar nicht anwesend gewesen zu sein; seine eigenhändige Unterschrift wird durch einen Stempeldruck, der übrigens für voll gilt, vertreten. Pfalzgraf Johann hat zwar eigenhändig unterschrieben, aber dass Kurfürst Ludwig, der die Declaration nicht anerkannte, einen Vertreter seiner Person am Regiment gehabt haben sollte, was nur durch die Declaration gestattet war, ist höchst zweifelhaft.

Das Regiment, welches in Reichsangelegenheiten bisher mehr die ausführende Commission der Ständerversammlung selbst gewesen war, stellte sich mit diesem selbständigen Ausschreiben den Ständen entgegen und trat in den Dienst Ferdinands,⁵⁾ der um jeden

¹⁾ l. c. p. 198: „auch sunst in allen andern des Reichs ehehaften Obliegen vnd Nothdürften, so auf solchem Reichstag „ferrer angezeigt werden sollen.“

²⁾ Ranke II⁵ p. 69. Anm.

³⁾ Müller, Entd. Staatscab. I, 212.

⁴⁾ l. c. p. 211.

⁵⁾ l. c. p. 202. 212.

Preis den nächsten Reichstag in kurzer Zeit haben wollte; ohne Ferdinand würde das Regiment kaum so gehandelt haben.

Durch des Erzherzogs Eingreifen hat das Regiment die Krisis überstanden, aber niemand kann in dem Regimente, wie es vom October 1523 ab bestand, die alte Ständevertretung wiedererkennen. Es konnte zeitweise nicht einmal die zehn Rätthe, die von der Declaration gefordert wurden, aufbringen. Keiner von den drei Fürsten, welche persönlich anwesend sein sollten, ist je erschienen, — es waren Trier, Würzburg und Wilhelm von Baiern an der Reihe. Ein Bericht Planitz's vom 20. October ¹⁾ zählt den Personenbestand des Regiments auf. Die Grafen, Prälaten und Städte ²⁾ waren überhaupt nicht vertreten. Der Kanzler von Trier kam zwar, ging aber nach wenigen Tagen wieder fort. Ein gewisser Otto Hundt war auf 14 Tage beurlaubt, war aber am 24. November noch nicht wieder da. ³⁾ So waren denn damals am Regiment ausser Johann v. Hundsrück nur acht Personen: Planitz, Christoph von Taubenhain, der Gesandte Brandenburgs, Johann v. Schwarzenberg, ⁴⁾ Joachim Marschalk, der Propst

¹⁾ Förstemann p. 119. Vergl. auch Lanz I, 103 (Hannart an Karl V. 14. März 1524): „Les archevesque de Tresues, conte „palatin et Hessen ont desauant le saint michiel revoquie et „rappelle leurs gens quilz auoient audict regiment.“

²⁾ Im letzten Quartal hatte wenigstens noch Frankfurt einen Vertreter, Philipp v. Fürstenberg, am Regiment. Fr. RTA. 37, fol. 48.

³⁾ Ranke II⁵ p. 92.

⁴⁾ Er war Hofmeister von Bamberg. In welcher Eigenschaft er, Marschalk, Obersteiner und Krauss am Regiment sassen, kann ich nicht angeben. Schwarzenberg und Planitz hielten eng zusammen; s. Förstemann p. 119. Schwarzenberg war eifriger Lutheraner, s. de Wette, Dr. M. Luthers Briefe, Sendschreiben und Bedenken II (1826) p. 248. 581. — Der Propst von Wien und Wolfstein werden noch in dem genannten Schreiben Planitz's als erzherzogliche Rätthe bezeichnet.

von Wien, Dr. Paul Obersteiner, Albrecht von Wolfstein und Johann Krauss. Der Character dieses Fragmentes von Regiment lässt sich unschwer erkennen. Sechs von den anwesenden neun Personen gehörten nachweislich der Partei Brandenburg-Sachsen-Erzherzog an. Das Regiment trägt allerdings jetzt vollkommen den Character eines Organs dieser Partei und bot namentlich dem Erzherzog in dieser Gestalt günstige Aussichten. Freilich waren einige bedeutsame Mitglieder notorisch lutherisch gesinnt, aber Ferdinand konnte darüber hinwegsehen, denn gegen seinen Willen direct für die neue Lehre einzutreten, dazu fehlte dem Regimente jede Selbständigkeit. Die Existenz des Regimentes hing ja, man kann sagen von Monat zu Monat, von ihm ab. Aber auch sonst stand das Regiment seinen Forderungen günstig. Was Ferdinand von dem früheren Statthalter Pfalzgraf Friedrich auf die Dauer nicht hatte erreichen können,¹⁾ gab der neue, Pfalzgraf Johann, zu: er war der „Statthalter in der Abwesenheit Ferdinands“ und nannte sich officiell „Statthalteramtsverweser.“²⁾ Das Regiment war ferner durch seinen heruntergekommenen Zustand gezwungen, die Gültigkeit der kaiserlichen Declaration zu verfechten; nur ein Schritt von da war es, im Principe die Berechtigung des Kaisers, selbständig Verordnungen zu erlassen, vor den Ständen zu vertheidigen. Es ist bezeichnend, dass das Einschreiten Salamancas genügte, um einen von dem Regiment und Kammergericht gegen Regensburg wegen säumiger Zahlungen eröffneten Process niederzuschlagen.³⁾

¹⁾ Müller, Entd. Staatscab. I, 190. — Vom Juli bis September 1522 unterzeichnete auch Friedrich als locumtenens in absentia Ferdinandi (2 Erlasse: Fr. RTA. 36 fol. 30 und 38. fol. 87). Vorher und nachher als locumtenens Caes. Maj.

²⁾ Müller, Entd. Staatscab. I, 210. Fr. RTA. 37. fol. 40. Förstemann p. 128.

³⁾ December 1523 Jörg p. 17 – 19.

Noch gingen vereinzelte Zahlungen rückständiger Summen zur Unterhaltung des Regiments und Kammergerichts ein. Noch im Januar 1524 lagen in Frankfurt davon 1100 Gulden. Dass aber ein Stand über Michaelis hinaus gezahlt hätte, davon hört man nichts; höchstens dass Kurfürst Friedrich seinen Abgeordneten Planitz anwies, nicht laut auf die Zahlung rückständigen Soldes zu dringen. ¹⁾

Das Regiment vegetierte weiter. Was mochte die Opposition von ihm halten, wenn sein Gönner Friedrich von Sachsen Bedenken trug, sich von ihm einen Geleitsbrief ausstellen zu lassen, da es nur bis Michaelis 1523 von den Ständen bewilligt sei. ²⁾

¹⁾ Förstemann p. 126.

²⁾ l. c. p. 134.

Zusammenkommen der Stände. Eröffnung des Reichstags.

Die erste Gesandtschaft, welche in der Stadt des zukünftigen Reichstags einritt, war eine englische.¹⁾ Die kampflustigen Lutheraner im Regimente misstrauten: Edward Lee befand sich darunter, vielleicht war sie gekommen, um gegen Luther zu arbeiten. Schwarzenberg liess durch den Propst von Wien dem Lee einige Fragen vorlegen; antwortete er und brachte er Luther ins Spiel, so sollte Osiander, der Prediger an der Lorenzkirche, andere Artikel dem entgegenstellen. Aber Lee wies die angebotene Disputation ab. Wirklich war die Gesandtschaft an den Erzherzog persönlich beauftragt, um ihm den Hosenbandorden zu bringen.

Die englische Gesandtschaft legte sich den Erzherzog erwartend zu Nürnberg ins Quartier. Dann vergingen Wochen, es ging auch der für den Anfang des Reichstags festgesetzte 11. November vorbei, ohne dass jemand zum Reichstag gekommen wäre. Endlich am 16. November kam als erster ~~Johann~~⁰⁴⁰ v. Pack, der Gesandte Georgs von Sachsen.²⁾ Dieser hatte seine Reichs-

¹⁾ Am 19. October. Förstemann p. 121. 124. — Die im Folgenden gegebenen Nachrichten über das Eintreffen der einzelnen Fürsten sind theils aus einem Notizenzettel Packs, Dresdener Archiv. Loc 10182 Bd: Reichstag zu Nürnberg 1524. fol. 61–67, theils aus Spalatins Annalen (Mencke II, 632. Spalatin war in Begleitung des Kurfürsten mit in Nürnberg) theils aus v. Soden, Beiträge zur Gesch. der Reformation (1855) p. 167 entnommen.

²⁾ Seine Instruction, Dat. 5. Nov. 1523 im Dresdener Archiv Loc. 10181 f. 105. Ihr Hauptinhalt ist: Entschuldigung des Ausbleibens des Herzogs, dessen Anwesenheit auf Reichstagen seiner Sessionsansprüche wegen mehr schadet als nützt. Betr. Execution ist Georg mit dem letzten Reichsabschied zufried-

pflichten genau erfüllt: die grosse Türkenhilfe hatte er von seinen Landständen bewilligen lassen; er gab seinem Gesandten neben einer genau dem Ausschreiben folgenden Instruction auch einen Entwurf zur Verbesserung der Reichsexecution ¹⁾ mit und wollte, dass Pack pünktlich zum angesetzten Tage zur Stelle sei. Am 17. November präsentierte Pack seine Vollmacht am Regimente; dies nahm sie jedoch nicht an und wies Pack damit an den anwesenden Secretair des Kurerzkanzlers. Das Regiment war vorsichtig, es mischte sich nicht in die Reichstagsangelegenheiten; es nahm auch Bedenken, welche Pack ihm überreichen wollte, nicht an, sondern meinte, dieselben seien besser in den Ständeverhandlungen vorzubringen. Seine Bitte aber, wieder abreisen zu dürfen, schlug das Regiment ab. ²⁾ — Am 23. No-

den, d. h. er will Berathungen darüber. Die grosse Türkenhilfe ist von seinen Landständen bewilligt. Die Aufrichtung der neuen Halsgerichtsordnung lässt er sich gefallen, wenn er auch in seinem Lande keinen Mangel bemerkt habe. Der Zoll ist zur Aufrechthaltung des Regiments und Kammergerichts und damit des allgemeinen Landfriedens nothwendig; die Städte sollen entweder andere Mittel angeben, die berathen werden sollen oder gezwungen werden, in den Reichszoll zu willigen. Das Regiment aufrecht zu halten ist unter allen Umständen das beste; ist es nicht möglich, dies zu erlangen, so sollen die Vicariate in Kraft treten. Der Kaiser soll durch eine Gesandtschaft gebeten werden, nach Deutschland zu kommen, „domit „also dass schiff nicht ane eynen patron sey.“ Ständebeschlüsse wird Georg nicht anfechten; kämen die Stände aber nicht zur Einigkeit, so soll die Entscheidung unmittelbar dem Kaiser gegeben werden.

¹⁾ Dresdener Archiv. Loc. 10181 fol. 103.

²⁾ Dresdener Archiv. Loc. 10182 fol. 45. Pack an Georg. 24. Nov. 1523. Die Schilderung des Regiments, die Pack bei dieser Gelegenheit giebt, leidet an innerer Unwahrscheinlichkeit. Er meint, das Regiment wolle auf dem Reichstage von Luther handeln, nachdem „seine Partei“ zusammengekommen und der Erzherzog wieder fort sei; es habe die dem Plane feindlichen Rätthe schon „ausgebissen.“ Das Regiment sollte

vember kam sodann der Gesandte der bairischen Herzöge, Herr v. Lutter; am 28. November ritt der Kurfürst von Sachsen mit 50 Mann Gefolge ein; am 29. kam Erzherzog Ferdinand mit Philipp von Baiern und dem Bischof von Trient. Am 4. December folgte ihm Salamanca. Die kurbrandenburgische Gesandtschaft ist ebenfalls in den ersten Tagen des Decembers eingetroffen. Es war, als am 12. December der preussische Hochmeister Albrecht und Kasimir von Brandenburg angekommen waren, um die Mitte des Decembers im grossen und ganzen die dem Regimente günstige Partei zusammen. Dies hatte sich auch Ferdinand und das Regiment eifrig angelegen sein lassen; namentlich war Friedrich von Sachsen von beiden Seiten unablässig ermahnt und gebeten worden, doch ja persönlich zum Reichstage zu erscheinen.¹⁾ Solche Anstrengungen waren aber auch nöthig; von den Fürsten der Opposition war nicht zu erwarten, dass sie das Zustandekommen eines Reichstages fördern würden, der bestimmt war, dem Regiment wieder neue Mittel zuzuführen. Jetzt mussten sie kommen, schon aus Besorgnis, dass die Beschlüsse zu ungünstig ausfielen. Am 16. December kam der Bischof von Würzburg, am 21. December langte der frühere Statthalter Friedrich von der Pfalz an; am 8. Januar 1524 erschien Pfalzgraf Kurfürst Ludwig, am 16. Januar trafen die Herzöge Ludwig und Wilhelm von Baiern ein. Noch später kamen der Erzbischof von Trier und die Gesandten Kurkölns.

Nur unbedeutende Verhandlungen sind aus der Zeit zu verzeichnen, während welcher die Fürsten und die Gesandten die Eröffnung des Reichstages erwarteten. Im November entstand das Gerücht, der schwäbische

Mitglieder weggeschoben haben, wo es froh sein musste, wenn jemand das Risiko übernahm, schliesslich unbezahlt einem Institute ohne Ansehn seine Kraft zu widmen!?

¹⁾ Förstemann p. 117. 118. 121. 123. 128.

Bund wolle gegen Kursachsen ziehen, wo Thomas von Absberg Unterkunft gefunden habe. Es war eben ein Gerücht, welches das gespannte Verhältniß des Bundes zu der Regimentspartei characterisiert. Ernster war es schon, wenn Markgraf Kasimir seine Einigungsverwandten, so Georg von Sachsen, zur Hilfe gegen Uebergriffe Nürnbergs aufrief. Georg verhielt sich aber dem gewaltthätigen Plane gegenüber sehr reserviert, und so verzogen sich die Wolken ¹⁾ — Kurfürst Friedrich liess schon am 1. December durch seine Räthe am Regiment vortragen, er gedenke wieder aufzubrechen, da zu wenige Stände zusammengekommen seien. Das Regiment, Planitz war der Sprecher, bat, er möge bleiben; jedoch der Kurfürst beharrte zunächst auf seiner Anzeige. Erst nachdem am Vormittage des 2. Decembers eine besondere Gesandtschaft des Regimentes ihn nochmals gebeten hatte, willigte er ein: er würde „sich stellen,“ als wollte er den Reichstag erwarten; die Abmachung sollte aber geheim gehalten werden. ²⁾ Was der Kurfürst mit diesen Verhandlungen bezweckte, ist nicht völlig klar. Bezweifelte er ernstlich das Zustandekommen des Reichstages, oder wollte er nur dem Erzherzog die Wichtigkeit seiner Anwesenheit vor Augen stellen? — Die kurbrandenburgische Gesandtschaft lag mit der pommerischen in Streit um die Belehnung; beide Parteien suchten Herzog Georgs Unterstützung. ³⁾ Pack unterhandelte am erzherzoglichen Hofe um die Zahlung einer zu Weihnacht fälligen Rate der seinem Herrn vom Kaiser

¹⁾ Förstemann p. 127. 131 Aufforderungsschreiben Kasimirs an Georg 27. Nov. 1523: Dresd. Archiv. Loc. 10181 f. 123. 124. Ablehnende Antwort, durch Pack gegeben: l. c. fol. 132 (19. December).

²⁾ Förstemann p. 136—140. — Das p. 140 gedruckte Actenstück ist zeitlich vor das p. 139 befindliche zu setzen.

³⁾ Dresd. Arch. Loc. 10182 fol. 10. 61—67.

verliehenen Pensionen. Ferdinand kam dadurch in Bedrängnis; schliesslich schied man doch ohne Resultat.¹⁾ Daneben legte er im Auftrage seines Herrn dem Erzherzog luther'sche Bücher vor und drängte um Massregeln gegen die Lutheraner.²⁾ Dazwischen fiel die feierliche Einkleidung Ferdinands zum Ritter des Hosenbandordens, die am 8. December zu St. Sebald vollzogen wurde.³⁾

Allmählich wurde die brennende Frage, ob Reichszoll und Regiment, oder ob nicht, spruchreif. Die Städtegesandtschaft war aus Spanien wieder zurück; Scheurl, der Anwalt derselben, war am 12. December wieder in seiner Vaterstadt.⁴⁾ Auch ein kaiserlicher Bevollmächtigter, Jean Hannart Vicomte de Lombeke, war unterwegs auf der Reise nach Deutschland. Am 22. December war er in Mecheln, ohne noch den Ort der Reichversammlung zu kennen.⁵⁾

Die Anwesenheit des kaiserlichen Bevollmächtigten war dringend nothwendig zur Eröffnung des Reichstages: Ferdinand selbst kannte den Willen seines Bruders nicht. Auf der andern Seite drängten aber auch die Verhältnisse in Nürnberg zur Eröffnung der Versammlung. Ferdinand hatte hier, unter den Augen der Stände, die erst darüber beschliessen sollten, das Regiment beim Jahreswechsel wiederum auf eigene Faust forterhalten, und dabei war noch der Kurfürst von Sachsen in seinem unfruchtbaren Rechtssinn unter keinen Umständen zu

¹⁾ Dresd. Loc. 10181 fol. 129. Loc. 10182 fol. 23 ff. Die Verhandlungen dauerten vom 1. December bis zum 17. Januar.

²⁾ Dresd. Archiv. Loc. 10182 fol. 7.

³⁾ Letters and papers foreign and domestic of the reign of Henry VIII. arr. et catal. by J. S. Brewer III, 2 (1867) p. 1501. 1502.

⁴⁾ Dresdener Archiv. Loc. 10181 fol. 129.

⁵⁾ Brewer III, 2, p. 1516. Auf der Weiterreise wurde er noch durch Ueberschwemmungen aufgehalten. Lanz I, 98.

bewegen gewesen, die Quartalsession, die auf ihn traf, anzunehmen.¹⁾ Die Stände wurden schwierig; einzelne sassen schon wochenlang den Reichstag erwartend in Nürnberg; sie drohten mit Abreise. So entschloss sich denn Ferdinand, da Hannart noch immer nicht erschien, die Reichstagseröffnung ohne ihn vorzunehmen.

Am 14. Januar fand die erste Sitzung statt. Es wurden die Formalitäten der Eröffnung erledigt; die Gesandten der Fürsten präsentierten ihre Vollmachten und entschuldigten ihre Herren.²⁾ Dann ging man zur Messe, welche in der Sebalduskirche abgehalten wurde. Am 15. Januar begannen die eigentlichen Verhandlungen mit der Uebergabe der Proposition des Statthalters Ferdinand und des Regimentes an die Stände.³⁾ Statthalter und Regiment danken den Anwesenden für ihr Erscheinen und bedauern, dass nur so wenige gekommen seien. Als den ersten und Hauptpunct „dar-
„auf alle andere Ordnung, Vornehmen und Polizei als
„Fundament gesetzt werden muss“ wird die Aufrichtung einer festen Ordnung über das Bestehen des Regiments hingestellt. Darüber, wie Statthalter und Regiment sich dies denken, ob etwa dazu der Reichszoll verwendet werden soll u. s. w. ist nichts gesagt; es heisst nur, der Zoll sei auf dem letzten Reichstage von allen Ständen, mit Ausnahme der Städte, „bis auf kais. Maj. Ver-

¹⁾ Pack an Georg, ca 24. Jan. 1524. Dresdn. Archiv. Loc. 10182 fol. 57.

²⁾ Dresdener Archiv. Loc. 10181 fol. 356.

³⁾ Die Proposition ist in unvollständigem (Türkenhilfe und Münze fehlen) und an einigen Stellen unklarem Excerpt gedruckt bei v. Harpprecht IV, 2, p. 200. Das Excerpt bei v. Bucholtz II, 39—41 scheint nach einem Entwurf, jedenfalls nicht nach der übergebenen Proposition gemacht. Die Angaben bei May, der Kurfürst-Kardinal und Erzbischof Albrecht II. von Mainz und Magdeburg I (1865) p. 568 sind vollkommen falsch. Ich gebe die Proposition nach Dresdener Archiv. Loc. 10181 fol. 53 ff.

willigung beschlossen“ worden. Was die Reichsexecution und die Türkenhilfe anlangt, so werden die Entwürfe, welche im Frühjahr 1523 den Ständen mit dem Ausschreiben des Reichstages von St. Margarethen übersendet worden waren, vorgelegt, ebenso ein vom Regiment nach Berathungen des Wormser Reichstags überarbeitetes Luxusgesetz.¹⁾ Jene Taxe, welche das Regiment zufolge dem Reichsbeschluss im vorigen Jahre für den Verkauf von Specereien aufsetzen sollte, wird ebenfalls den Ständen übergeben; das Regiment hatte noch ein übriges gethan: es hatte die Wollenstoffe mit in die Bearbeitung der Taxe hineingezogen und ein allgemeines Mass- und Gewichtssystem für das ganze deutsche Reich ausgearbeitet. Ferner zeigte die Proposition den Ständen an, dass die Processe gegen die Monopolierer bereits vor dem Regiment anhängig gemacht, aber noch nicht verhandelt worden seien; ebenso seien einige Stände wegen zu geringer Münze vor das Regiment geladen. Berathungen über Aufbesserung der schlechten Münzverhältnisse, wie auch über eine neue Kammergerichtsordnung und die Zusammenfassung der vorhandenen Landfrieden in ein Gesetz werden von den Ständen gewünscht; endlich trägt die Proposition an, der Reichstag solle über diejenigen Stände beschliessen, die ihren Anschlag zu den Reichssteuern als zu gross bezeichneten.

Der ausdrücklichen Erwähnung werth ist der Umstand, dass in der Proposition des Statthalters und Regiments die religiöse Frage mit keinem

¹⁾ v. Bucholtz II, 41 Anm. sagt, dasselbe sei von einem Ausschusse während des Reichstags entworfen worden; es wurde aber mit der Proposition zugleich als Anlage B von Statthalter und Regiment den Ständen übergeben. Der „kleine Ausschuss“ der darin erwähnt wird, hatte auf dem Wormser Reichstage 1521 getagt. Die Kapitelüberschriften, die v. Bucholtz mittheilt, stimmen nicht mit denen des Exemplars im Dresdener Archiv.

Worte berührt, geschweige denn offen erwähnt wird. Aber auch sonst ist die Haltung der Proposition eine vorsichtige und unbestimmte; ¹⁾ einzig und allein in jenem Zusatze zu der Specereiverkaufstaxe zeigt sich Initiative. Die Stellung des Regimentes liess keine Prä-tensionen zu, und der Wille des Kaisers war nicht bekannt.

Eben deshalb und weil noch keineswegs auch nur die tonangebenden Stände alle zusammen waren, konnte der Reichstag keinem der Punkte in der Proposition näher treten. Aber selbst, wenn diese Bedingungen erfüllt gewesen wären, so hätten die ausbrechenden Rangstreitigkeiten Verhandlungen zur Unmöglichkeit gemacht. Gleich in der Messe am 14. Januar gerieth Pack mit dem Gesandten des Pfalzgrafen von Hunds-rück wegen des einzunehmenden Platzes in Streit. Dieser setzte sich in den nächsten Sitzungen fort, und da Pack trotz der Verwendung des Kurfürsten Friedrich sein beanspruchtes Recht nicht erhielt, nahm er an den Sitzungen nicht theil. Seinem Urlaubsgesuche beim Regiment wurde keine Antwort gegeben; er reichte deshalb am 23. Januar eine Beschwerde an die Stände ein und erklärte, dass er seiner Instruction gemäss abreisen werde. Auf den Wunsch der Stände hinterliess er ihnen seine Instruction und schied am 24. Januar aus Nürnberg. ²⁾ Damals war noch gar nichts aus der Proposition zur Verhandlung gekommen. ³⁾ — Zwischen dem

¹⁾ Auch in dem Hutten'schen Prozess zog es nicht die Consequenzen seiner früheren Poenalmandate gegen die drei Fürsten. Hutten klagte auf die Acht gegen sie (Dresd. Arch. Loc. 10182 fol. 25) ohne sein Ziel zu erreichen. Ein Vermittelungsversuch, den, wie es scheint, das Regiment gar nicht ungern zugab, scheiterte an dem Widerspruche Huttens. Förstemann pag. 120. Lanz I, 122.

²⁾ Dresd. Arch. Loc. 10181 fol. 356 ff. Loc. 10182 fol. 67.

³⁾ Dresd. Arch. Loc. 10182 fol. 57.

mainzischen Gesandten Caspar von Westhausen und dem Kurfürsten von Sachsen erhob sich ebenfalls in der ersten Sitzung der Streit um das Recht der Umfrage, der in Worms 1521 durch einen interimistischen Vergleich zum Schweigen gebracht worden war. Die Vermittlungsversuche, welche Ferdinand und Pfalzgraf Kurfürst Ludwig machten, scheiterten vornehmlich an der Hartnäckigkeit des mainzischen Gesandten.¹⁾ Der Streit zog sich lange hin; er dauerte noch über die Abreise des Kurfürsten (26. Februar) hinaus. Schliesslich ist er durch einen dem Wormser ähnlichen Interimsvergleich geschlichtet worden.

¹⁾ Nach der Darstellung dieser Händel, die ausführlich Häberlin X, p. 600—608 bietet. Ich glaube, er benutzt an dieser Stelle Archivalien; wenigstens kann ich keine Quelle finden, aus der er sonst seine detaillierten Angaben geschöpft haben könnte.

Die Städte und der Kaiser. Die Proposition Hannarts.

Die auf dem Speierer Städtetage beschlossene Gesandtschaft der Städte an den Kaiser, — sie war gebildet von Wormser aus Strassburg, Seitz aus Augsburg, Esch aus Metz, Volkamer und Christoph Scheurl aus Nürnberg ¹⁾ — langte am 6. August 1523 in Valladolid am kaiserlichen Hofe an.

Die Verhandlungen, welche vom 11. bis 21. August dauerten, ²⁾ sind in ihrer Bedeutung für die Politik des Kaisers dem Regiment gegenüber entschieden überschätzt worden. Die Gesandtschaft kam mit vielen Anliegen zugleich: sie wünschte die Reichsstandschaft der Städte und die Beseitigung des Reichszolls, machte Ausstellungen an der Belastung der Städte für die beharrliche Türkenhilfe, verlangte Aufbesserung des Landfriedens und Ablehnung des Monopolgesetzes ³⁾ vom letzten Reichs-

¹⁾ v. Soden, Beitr. p. 164.

²⁾ Wir haben drei Darstellungen derselben, die sämtlich auf dem im December 1523 in Nürnberg aufgesetzten Rechenschaftsbericht der Städtegesandten, Fr. RTA 39. fol. 40—56 beruhen: Ranke, D. G. II⁵, p. 86 ff. v. Höfler, Betrachtungen über das deutsche Städtewesen im 15. und 16. Jahrhundert. Arch. f. Kunde östr. Gesch.-Qu. XI, p. 214—219. Baumgarten II, 1, 308—313.

³⁾ Die Beschwerde gegen das Monopolgesetz war durch eine Fälschung des Augsburger Rehlinger in die Instruction der Städtegesandtschaften gekommen. Die Fälschung war im Interesse der 4—5, hauptsächlich oder nur Augsburger Firmen veranstaltet worden, die thatsächlich Waaren aufkauften. S. Kluckhohn, Zur Gesch. der Handelsgesellschaften und Monopole im ZA. der Ref. in: Historische Aufsätze, dem Angedenken an G. Waitz gewidmet (1886) p. 695. Siehe auch den Brief Jacob Fuggers an Karl V. vom April 1523 bei Kleinschmidt, Augsburg, Nürnberg und ihre Handelsfürsten im 15. und 16.

tage. So hatte die Gesandtschaft die einzelnen Beschwerdenpunkte normiert; erst im Verlaufe der Unterhandlungen sprach sie es offen aus, dass das Reichsregiment überflüssig sei.

Es ist vor allem zweierlei im Auge zu behalten: erstens, dass der Kaiser für die Abhilfe einiger, nicht aller, Beschwerden der Städte eine Geldleistung für sich forderte und zweitens, dass die Verhandlungen kein definitives Resultat hatten. In der kaiserlichen Antwort auf den ersten Vortrag der Beschwerden durch die Gesandtschaft war den Städten nur in der Monopoliensache Recht gegeben; was den Zoll anlangte, so war ein Vermittelungsvorschlag gemacht. In der Replik darauf griffen die Städteboten das Regiment schärfer an, worauf der Kaiser, ohne dass von jener eine Andeutung gemacht worden war, direct anfragen liess, was denn die Städte ihm zu leisten erbötig wären, falls er Regiment und Reichszoll abstelle. Die Gesandtschaft konnte darauf nur die Vermuthung äussern, die Städte würden sich in diesem Falle unterthänig und dankbar zeigen. Der Kaiser liess daraufhin versichern, dass er dem Regiment und Reichszoll abgeneigt sei und drängte

Jahrh. (1881) p. 83. — Ob aus der Thatsache, dass die Petition gegen das Monopolgesetz gefälscht ist, folgt, dass die Städte demselben unbedingt günstig gegenüber gestanden haben, steht sehr dahin. Der § 16 des Kölner Reichsabschieds vom J. 1512 (Neue Samml. II, 144) gestattete Gesellschaften, verbot aber das Aufkaufen von Waaren. Der neue Gesetzentwurf traf mit seinen Bestimmungen über Beschränkung des Anlagecapitals, der Niederlagen u. s. w. den in Gesellschaften formierten Grosshandel überhaupt, nicht nur diejenigen, welche Waaren aufkauften, wie ja auch die Berathung 1523 davon ausgegangen war, ob man nicht die Gesellschaften verbieten solle (Kluckh. p. 679) und wie der ganze Plan des Gesetzes doch wohl aus der Wahlcapitulation Karls V. stammt, in welcher gefordert wird, die Gesellschaften abzuthun. (Lünig, RA P. G. II (1713) p. 335. Gesellschaften aber, die Waaren nicht aufkauften, wird es auch gegeben haben.

weiter auf eine Geldbewilligung. Als darauf die Gesandtschaft wieder eine bestimmte Antwort nicht geben konnte, erfolgte am 19. August die Uebergabe des kaiserlichen Abschiedes an die Gesandtschaft. Dieses Schriftstück ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden; was aber darin enthalten gewesen ist, kann man aus einem Berichte Holzhausens sehen, den er von dem Städtetage Februar 1524 nach Hause schrieb: ¹⁾ es war alles auf den folgenden Reichstag und auf Verhandlungen Hannarts mit den Städten selbst verschoben. Auch zeigt der nach der Uebergabe des Abschiedes noch veranstaltete Meinungsaustausch, dass kein Abschluss erreicht worden ist: an vier Stellen tritt es darin hervor, dass die Städte mit Hannart in Deutschland in Verbindung treten sollen. Ja, die Gesandtschaft wagte eine Geldleistung der Städte nur zu versprechen, wenn der Kaiser alle ihm vorgetragenen Beschwerden hebe, während die kaiserlichen Unterhändler in der Hauptsache vom Reichszoll und den Monopolen, kaum von der Abschaffung des Regiments, gar nicht von der Gewährung der Reichsstandschaft an die Städte reden.

Das ist der Verlauf der Unterhandlung. Es gilt nunmehr, die Absichten des Kaisers klarzulegen, denn die Aeusserungen der kaiserlichen Rätthe, wie der Bericht der Gesandtschaft sie bietet, dürfen keinesfalls als Kundgebungen der wahren kaiserlichen Politik gelten. Das eine darf als sicher angenommen werden, dass Hannart, der zugleich mit der Städtegesandtschaft die Reise nach Deutschland antrat, dahin instruiert wurde, die Forterhaltung des Regiments zu betreiben. Wir besitzen die zwei Berichte Hannarts über den Reichstag vom Jahre 1524,

¹⁾ Fr. RTA. 40. fol. 4. Ein Auszug aus der schriftlichen Antwort des Kaisers ist es wahrscheinlich auch, was Fels, zweyter Beytrag p. 202 aus den Acten des Städtetags zu Nürnberg, Anfang 1524, mittheilt.

datiert vom 14. März und vom 26. April.¹⁾ Der erstere ist geschrieben, bevor Hannart eine neue Weisung aus Spanien erhalten hatte²⁾ und in ihm wird von der Erhaltung des Regiments als etwas selbstverständlichem gesprochen.³⁾ Hannart überschritt später seine Instruction, als er, um das Regiment zu halten, die Hälfte der Kosten für den Kaiser übernahm und bat in seinem zweiten Berichte mit langer Auseinandersetzung der gefährlichen Folgen des Gegentheils um Indemnität — aber eben nur dafür, dass er die Hälfte der Kosten übernommen habe. Daraus geht zur Genüge hervor, dass der Kaiser auch im August 1523 das Regiment zu unterstützen und weiterzuerhalten gedachte. Vielleicht war er bereit, eventuell gewisse Umgestaltungen dessel-

¹⁾ Lanz, Corr. I, p. 98—115. 118—134. Wie aus dem Anfang des zweiten Berichts erhellt, hat Hannart über den Reichstag nur diese zwei Berichte direct an den Kaiser geschickt.

²⁾ Lanz I, p. 109: Sire depuis que suis party Despaigne nay eu lecture de vostre mageste . . . fors Ditalie sont venues nouvelles . . .

³⁾ Lanz I, p. 99: le (den Erzbischof von Köln) requerant quil se vouldist trouuer a ceste journee jimperiale . . . comme il estoit necessaire pour lentretienement du regiment.

p. 101. Et quant oires jl viendra si bien que lesdicts estaz accordent la continuacion et lentretienement dudict regiment, jl fauldra renouueller les personnes.

p. 106 il seroit bon et duysable quil (der Pfalzgraf Friedrich) feusist fauorable a vosdicts affaires, car son frere lelecteur se gouuerne totalement par son opinion et est maintenant celuy qui mest les plus grand obstacle a lentretienement de ce regiment.

p. 119. Et par iceulx escriptz se trouuera que de la part de sa mageste a este tousjours contenu que lesdictz estats vouldissent entretenir et payer ledit regiment et camergericht. — Aehnlich l. c. p. 105. 110. 111. Die ersten drei hier mitgetheilten Stellen sind vor dem 8. Februar geschrieben; der erste Bericht besteht nämlich aus zwei Theilen; deren erster bis p. 111 reicht; Hannart wurde an der Fortsetzung durch ein Augenleiden unterbrochen.

ben zuzulassen, denn er wollte die Städte von seiner Seite nicht entfernen. Dieselben wurden während des Jahres 1523 eifrig von französischen Emissären bearbeitet; ¹⁾ die Reise der Gesandtschaft durch Frankreich war bezeichnend für die halbneutrale Stellung der Städte im Weltkriege. Es war für den Kaiser ein günstiger Fall, dass dieselben Städte ihn aufsuchten; er benutzte ihn, um sie enger mit seiner Person zu verknüpfen. Sein Drängen und Fordern zeigt, dass es ihm Ernst mit der Hoffnung war, von den Städten mit Geld unterstützt zu werden. ²⁾ Der Kaiser wollte eine Gegenleistung dafür, dass er das Reichszoll- und das Monopolgesetz verwerfe, was zu thun ihm vielleicht gar nicht so schwer ankam. Das Regiment war doch auch ohne Reichszoll zu halten! Freilich ist von den kaiserlichen Unterhändlern offen ausgesprochen worden, der Kaiser wolle das Regiment in seine Hand nehmen und nur ein Kammergericht verordnen — aber wenn hier die Städtegesandten nicht mehr gehört haben, als gesagt worden ist, so war dies doch immerhin noch keine bindende Versicherung; das Versprechen konnte noch vielfach verändert oder gar zurückgezogen werden.

Die deutschen Angelegenheiten zu regeln, war nicht

¹⁾ Ueber die französischen Umtriebe: Virck, Polit. Correspondenz der Stadt Strassburg im ZA. der Reformation I (1882) p. 84. 85. Förstemann p. 129. Die Städtegesandtschaft erlangte ohne weiteres freies Geleit und Audienz von Franz I. Auf ihrer Rückreise wurden ihr sogar Feste gegeben.

²⁾ Dass die Gesandtschaft den Kaiser durchaus nicht ganz gewann, zeigt namentlich die letzte Scene der Verhandlungen. Die Gesandtschaft wünschte „eyn unverpindlich wissen zu „machen, womit Ir die kay. Mat. diesse sachen zerinnern zu „lassen furhete vnd derhalb eyn vnderschiedene Notel zuent- „pfahen, im fall das gemainen stetten geliebt, solich Summa „zu bezalen, das doch durch (sic! dadurch) alle Inprachte „Beswernus dot ab vnd gefallen seyn sollte.“ Dies wurde aber abgelehnt.

die einzige Aufgabe Hannarts; er war auch beauftragt, unterwegs in England mit Wolsey über die dänischen Wirren nach der Vertreibung Christians II. Verabredungen zu treffen.¹⁾ Daher seine späte Ankunft in Deutschland. Erst am 23. Januar 1524²⁾ ritt er mit dem Erzbischof von Trier, in dessen Begleitung er die Reise von Coblenz ab gemacht hatte, in Nürnberg ein — ohne etwas versäumt zu haben; denn der Reichstag war noch nicht zur eigentlichen Thätigkeit gekommen.

Am 4. Februar erst erfolgte die Eröffnung der kaiserlichen Ansichten über die vorjährigen Beschlüsse und über den Gang der Geschäfte auf gegenwärtigem Reichstage. Durch Unwohlsein verhindert, liess Hannart ein von ihm ausgearbeitetes Schriftstück³⁾ durch Georg Truchsess vor den Ständen verlesen. Es unterschied sich seinem Inhalt nach wesentlich von der Proposition Ferdinands und des Regiments.

Diese letztere war zwar nicht mit dem Anspruche aufgetreten, den Willen des Kaisers darzustellen, aber sie war doch von dem kaiserlichen Regiment und dem Bruder des Kaisers gegeben worden. Es musste stark wirken, wenn jetzt neben diese eine zweite, unmittelbar vom Kaiser ausgehende trat, welche ihr in den wichtigsten Puncten widersprach. In den minder wichtigen Vorlagen z. B. betreffend Landfrieden, Halsgerichtsordnung, Luxusgesetz mochte die frühere bestehen bleiben;

¹⁾ Creditive und Instruction: Brewer III, 2, 1350. 1369.

²⁾ v. Soden, Beitr. p. 167. — Häberlin X, 601 giebt den 25. Januar an.

³⁾ Lanz I, p. 119: et apres il porte le double de ce que a este propose par ledit ambassadeur aux estaz de lempire . . . Daraus zu schliessen, dass Hannart in der Regimentssache freie Hand gehabt, wäre falsch. Die Form nur, mit welcher alles gewonnen und alles verloren werden konnte, sollte Hannart im Angesicht der Dinge finden. — Diese Proposition ist ziemlich vollständig wiedergegeben von Baumgarten II. 1, p. 325. Fr. RTA. 39. fol. 231—236.

in den Hauptsachen wurde sie durch die Hannart'sche vollkommen bei Seite geschoben. Den Reichszoll, welchen jene zur Berathung und Ratificierung empfohlen hatte, hob diese auf und erlaubte sogar durch die Betonung, dass es des Kaisers endlicher Entschluss sei, das Regiment „im esse und wesen“ zu erhalten, die Discussion über den Fortbestand des Regimentes. In der Türkensache legte die Proposition vom 15. Januar den Ständen die vom Regiment revidierten Entwürfe vor, damit in Anlehnung daran berathen und beschlossen werde; die vom 4. Februar erwähnt nichts von Entwürfen und fordert, dass ganz von neuem „am ersten von „einer ylenden hilf zu widerstandt des durcken vnd nach- „mals des beharrlichen durckenzugs halber“ berathen werde. Der lutherischen Sache hatte die erste Proposition mit keiner Silbe Erwähnung gethan; jetzt forderte der Kaiser rund und klar ausdrückliche Anerkennung des Wormser Mandates. Endlich wurden die Monopoliengesetze, für welche am 15. Januar nur noch die formelle Ratification gefordert wurde, thatsächlich aufgehoben, indem die Hannart'sche Proposition die Behandlung der Monopolangelegenheiten dem Erzherzog und dem Hannart selbst zuwies, die darin der Billigkeit und Nothdurft nach handeln würden.

Am Reichstage wurde man dieser Widersprüche in den Erklärungen der beiden Vertreter des Kaisers gewahr. Am 8. Februar gingen Kurfürsten und Fürsten den Gesandten an, er möge ihnen das Original der kaiserlichen Instruction vorzeigen. Er konnte ihnen nur eine Vollmacht mit des Kaisers Unterschrift aufweisen, und das war gewiss nicht im Stande, die Situation aufzuklären. ¹⁾ Holzhausen meint, indem er davon berichtet, der Reichstag werde wohl ohne Resultat zergehen.

In der Proposition Hannarts war an einigen Stellen

¹⁾ Bericht Holzhausens, 12. Febr. 1524. Fr. RTA. 40. fol. 10.

offen ausgesprochen, dass die Vorstellungen der Städte den Kaiser bewogen hätten, seine Entschlüsse zu fassen. Die Städte wurden damit stark in den Vordergrund bei den Verhandlungen gestellt; wenn irgend einmal, waren sie damals in der Lage, ihren Einfluss auf die Reichsgeschäfte geltend zu machen. Dass dieses eben nicht in hervorragender Weise geschah, wurde durch einen heftigen Zwist veranlasst, in welchen sie unter einander geriethen. Auf den 11. Januar war ein allgemeiner Städtetag nach Nürnberg ¹⁾ berufen, und es war für denselben die Entgegennahme des Berichts der spanischen Gesandtschaft und die Berathung über das Vorgehen auf dem gleichzeitigen Reichstage angesetzt. Hier entstand bei dem ersten Punkte ein arger Scandal. Es waren namentlich kleinere Städte — die oberschwäbischen und die in der Landvogtei Hagenau — gegen die Absendung der Gesandtschaft überhaupt gewesen ²⁾ aber dieser Gegensatz fiel hinweg, als am 19. Januar bekannt wurde, dass die Gesandtschaft auf das Betreiben der Augsburger für die Monopole und zwar mit Glück thätig gewesen war. Die Städte hatten sich, während die Gesandtschaft unterwegs war, auf den Städtetagen von Esslingen (Juni) und von Speier (6. November 1523) wiederum gegen die Monopolierer ausgesprochen: ihre Entrüstung gegen Rehlinger, der die Fälschungen vorgenommen und gegen den Bürgermeister Herbort von Augsburg war eine allgemeine. Sie musste sich noch

¹⁾ Dieser Städtetag war bis auf Kluckhohn p. 698 Anm. 699., der ihn nach Archivalien darstellt, vollkommen aus der modernen Literatur verschwunden, trotzdem dass Fels, 2. Beytr. p. 201—203 Auszüge aus den Verhandlungen bietet. Jetzt ist allerdings die Hauptquelle Holzhausen mit 2 Berichten vom 28. Januar und 12. Februar. Fr. RTA. 40. Fol. 4. 5. 10. 11. Wahrscheinlich gehört auch auf diesen Tag, was Klüpfel II, p. 271 mittheilt.

²⁾ Klüpfel II, p. 263. Fels, 2. Beytr. p. 201 (Acten des Tages von Speier, November 1523).

steigern, als die Augsburger ihre Errungenschaften festhielten und sogar bei Gelegenheit der Uebergabe von Städtebeschwerden an die Stände am 8. Februar in der Ständerversammlung erklärten, in der Monopolfrage seien sie anderen Sinnes, als die übrigen Städte. Mögen die Städte immerhin sonst in gemeinsamen Interessen zusammengehalten haben;¹⁾ der Riss war vorhanden und an die Oeffentlichkeit gekommen. Er ist nicht ohne Wirkungen geblieben.

Erzherzog Ferdinand befand sich in wenig beneidenswerther Lage. Er, der Beamte seines Bruders in in den Erblanden, wie im Reiche war durch die Sendung eines direct vom Kaiser instruierten Vertreters vollkommen in den Hintergrund gedrängt; waren doch die Eröffnungen des kaiserlichen Willens durch Hannart ihm ebenso neu, wie den Ständen. Im December 1523 war jener Emericourt, der die Ernennung Ferdinands zum Herrn der Erblande und zum deutschen Könige beim Kaiser betrieben hatte, zurückgekehrt. Er brachte nur Hoffnungen mit. Der Kaiser versprach, Ferdinand zum Herrn der Erblande zu machen — ob er auch die Königskrone in Aussicht stellte, ist nicht zu bestimmen

¹⁾ Hier in Nürnberg erst wurde beschlossen, an Hannart 500 und an die 3 andern kaiserlichen Unterhändler zusammen 600 Gulden zu zahlen. Fels, Zw. Beytr. p. 202. Fr. RTA 40 Fol. 11. Diese 1100 Gulden wurden hier nicht nur beschlossen, sondern auch ausgezahlt, wie aus Virck. I p. 89 hervorgeht; denn die Vertheilung der Beiträge zu den Kosten der Gesandtschaft erfolgte erst im Juli 1524 in Speier. Siehe Kluckhohn p. 701. Wenn man nun nicht auf die zwei Schlaguhren im Werthe von 72 Gulden 14 Sch. 4 H. besonders Gewicht legen will, welche dem Gattinara geschenkt wurden (v. Soden, p. 164) so wird man es aufgeben müssen, von den Wirkungen des städtischen Goldes auf die kaiserlichen Minister zu sprechen.

— und 200000 Gulden zu bezahlen, ¹⁾ jedoch eine Bestimmung darüber, wann beides geschehen würde, fehlte. Abweisend war die Antwort des Kaisers nicht; aber es waren eben nur Hoffnungen, welche darin gemacht wurden und die offenbar darauf zielten, dass Ferdinand sich das Eingreifen Hannarts ohne Weiterungen gefallen liesse. Etwas musste zu diesem Zwecke wohl geschehen. Mit Hannarts Proposition wurde Ferdinands Verhältnis zu Kursachsen erschüttert, und es wurde augenfällig, dass er das Vertrauen seines Bruders nicht besass. Und nicht nur in den Reichstagsgeschäften hatte Hannart dem Erzherzog entgegen zu handeln. Er brachte die Absage des Verlöbnisses mit, welches zwischen einer Schwester des Kaisers und dem jungen Herzog Johann Friedrich von Sachsen bestand. Die Infantin sollte nach Portugal verheirathet werden, während Ferdinand gerade wünschte, sie mit einem Reichsfürsten zu vermählen. ²⁾ Ferdinand vermochte Hannart wenigstens dazu, dass er dem Kurfürsten Friedrich die Absage nicht gleich auf dem Reichstage verkündete. ³⁾ Dazu kam noch,

¹⁾ Ferdinand an Karl V. 14. Januar 1524. Wiener Jahrb. Bd. 112 p. 42. Ferdinand setzte die Unterhandlungen über diese Gegenstände fort. Siehe die Instruction für Bredam. 13. Juni 1524, Arch. f. K. oe. Gesch.-Qu. Bd. I Heft 2 p. 135 (1848): Emericourt habe zu erreichen gesucht, dass der Erzherzog Erbfürst und selbstständig in Oestreich würde. *Majestas vero sua, quo nobis gratificaretur . . . illud votum nostrum se adimpleturum eidem de Emericurte, ut redieus explicuit, pollicitus est . . .* Dafür soll Bredam danken und darauf hinwirken, dass so bald wie möglich die Anweisungen an Ferdinand und die Landstände gelangen, damit ihm der Eid geleistet werden könne.

²⁾ Lanz I, 114. Instruction für Bredam, Arch. f. K. oe. Gesch.-Qu. I, 2, p. 115. Ferdinand an Karl V. 7. Sept. 1524 bei v. Bucholtz II, p. 76.

³⁾ Lanz I, 113. Hannart entledigte sich dieses Auftrages später in Colditz und Jena. v. Bucholtz II, 73–75. Das Datum ist nicht bestimmt anzugeben; jedenfalls fielen die Un-

dass Hannart den Auftrag hatte, den intimsten Rathgeber Ferdinands, Salamanca, wenn nicht ganz zu stürzen, so doch aus seiner Gunst bei Ferdinand zu verdrängen. ¹⁾

Unter solchen Umständen ist es nicht wunderbar, dass bei dem Erzherzog der Wunsch erwachte, die Uebermacht Hannarts einzudämmen. Der Kurfürst von Sachsen hatte, wie es scheint, ²⁾ sein Missfallen über die Proposition Hannarts nicht zurückgehalten; er forderte, dass die Proposition vom 15. Januar innegehalten werde. Namentlich unangenehm mochte es ihm sein, dass Hannart erneute Anerkennung des Wormser Mandates forderte und dass er die Möglichkeit der Veränderung des Regiments offen liess. ³⁾ Vielleicht hatte er auch den Wunsch gehabt, zum Beirath des kaiserlichen Bevollmächtigten ernannt zu werden. Jedenfalls tadelte Ferdinand später an der Gesandtschaft Hannarts, dass ihm kein deutscher Reichsfürst zum Beirath gesetzt gewesen sei. Damals suchte er von Hannart die Erklärung zu erlangen, dass er nichts ohne des Kurfürsten von Sachsen Rath, Wohlgefallen und Gutbedünken thun werde. Hannart gab endlich die Erklärung, nahm aber eben jene zwei Punkte: Wormser Mandat und Hebung der Uebelstände im Regiment aus und machte sie eben damit

terhandlungen nach Pfingsten. Spalatins Ann. bei Mencke II, p. 635.

¹⁾ Der Kaiser gedachte sich dazu auch des Kurfürsten von Sachsen zu bedienen; wenigstens schickte er ihm durch Hannart ein eigenhändig geschriebenes Creditiv dazu. Förstemann p. 144.

²⁾ Ganz klar kann man hier nicht sehen. Bericht des kursächs. Agenten Wolfsthal: Förstemann p. 149. „Dieweil „aber Hannart anbringen bey den Stenden nit nach euer kf. „gn. Rat vnd Gutbeduncken gescheen, darynnen ain grosser „Rewkauf vorhanden vnd sonderlich bey dem Erzhertzogen.“

³⁾ Diese sprach Hannart in der Werbung an den Kurfürsten von Sachsen offen aus: Förstemann p. 142.

werthlos. Es kam zu unliebsamen Scenen. Von Salamanca sagte Hannart geradezu, er verführe den Erzherzog; den Bischof von Trient nannte er seinen Feind, was wiederum den Erzherzog veranlasste, seinen Rath in Schutz zu nehmen. Der Plan, einen Schlag gegen Hannart zu führen, war fertig: Ferdinand wollte mit dem Bischof von Trient und Hannart den Kurfürsten Friedrich besuchen, und dort sollte dem Hannart „der Dorn in den Fuss gestossen werden.“ Es wird nicht so weit gekommen sein; aber man sieht aus dem Gedanken die Stimmung Ferdinands und seiner Umgebung.

Die Hannart'sche Proposition behauptete sich doch als Grundlage der Reichstagsverhandlungen. Dem Kurfürsten von Sachsen musste bald klar werden, dass die Verhandlungen durchaus nicht nach dem Plane des Regiments gehen würden. Am 15. Februar langte der päpstliche Kammerherr Hieronymus Rorarius ¹⁾ in Nürnberg an und verkündete die baldige Ankunft eines Nuntius. Kam dieser wirklich, so wurden die Luther'schen Händel sicherlich verhandelt — entgegen der ersten Proposition. Ebenso waren keine Aussichten mehr vorhanden, das Regiment unverändert zu erhalten, nachdem während des Februars von den verschiedensten Seiten scharfe Beschwerdeschriften gegen dasselbe eingereicht wurden und der kaiserliche Bevollmächtigte eine Umänderung desselben für gar nicht unmöglich erklärte. So verliess denn der alte Kurfürst, der nicht einmal einen Arzt mit nach Nürnberg genommen hatte, am 26. Februar ²⁾ „aus Gesundheitsrücksichten“ den

¹⁾ v. Soden, Beitr. p. 167. Die Breven des Papstes an die einzelnen Fürsten, dat. vom 24. December 1523 bei: Balar. Monumenta Reformationis Lutheranae (1884) p. 313—315.

²⁾ Holzhausens Bericht vom 26. Febr. Fr. RTA. 40. fol. 14. Von demselben Datum ist auch die Vollmacht des Kurfürsten für seinen Rath: Förstemann p. 150

Reichstag und hinterliess zur Führung seiner Geschäfte seinen Rath Philipp von Feilitzsch. Die Vertreter Kurbrandenburgs waren vom Reichstage schon früher abreist; sie hatten unmittelbar nach Hannarts Ankunft mit diesem in der pommerschen Belehnungsfrage zu verhandeln begonnen, eine definitive Antwort aber nicht erlangen können.¹⁾ Es fehlten, als die Regimentsfrage zur Verhandlung kam, abgesehen von dem Herzogthum Sachsen, gerade diejenigen beiden Stände, welche am nachdrücklichsten die unveränderte Erhaltung des Regiments zu vertheidigen gewillt waren. Ferdinand hatte kaum einen Trumpf gegen Hannart auszuspielen; er befand sich vollkommen in Abhängigkeit von dem Bevollmächtigten seines Bruders.

Fürwahr man begreift die Erbitterung Ferdinands gegen den Mann, durch dessen Auftreten er gezwungen wurde, seine auf die deutsche Königskrone zielenden Pläne, seine Verbindung mit Sachsen aufzugeben, um nicht überhaupt die Fühlung mit seinem kaiserlichen Bruder zu verlieren. In den nächsten Berichten, die er an diesen schreibt,²⁾ wird er nicht müde, die Unfähigkeit und den Stolz Hannarts — doch immer im allgemeinen — anzuklagen, ohne dass er doch schliesslich die erreichten Resultate tadeln kann. Eigenthümlich nehmen sich dagegen die Schilderungen Hannarts von der Tüchtigkeit und Fähigkeit, von der besonderen Einmüthigkeit zwischen ihm und dem Erzherzog aus.³⁾ Das war es: Ferdinand durfte, wollte er sich nicht selbst den grössten Schaden zufügen, nicht gegen Hannart auf-

¹⁾ Lanz I, p. 105.

²⁾ Ferdinand an Karl V. April 1524 (nicht 1523!). Wiener Jahrb. Bd. 112, p. 37—41. Instr. für Bredam. Arch. f. K. oe. Gesch.-Qu. I, 2, p. 139.

³⁾ Lanz I, p. 103. Aehnlich p. 101. 102. 104.

treten. Daher jene unbestimmten, allgemeinen Anklagen gegen ihn, daher aber auch sein Zusammenwirken mit ihm in den Reichsgeschäften. Sein nächster Rathgeber blieb doch Salamanca, den er am 10. März in Nürnberg selbst mit den Grafschaften Ortemburg und Cilli in Kärnthen belehnte.¹⁾

¹⁾ Köhler, Historische Münzbelustigungen XIX (1747) p. 313–320 giebt einen Auszug aus der Belehnungsurkunde.

Die Verhandlungen bis zum 20. Februar. Die Beschwerdeschriften einzelner Stände.

Obwohl seit dem 4. Februar, dem Tage der Proposition Hannarts, der Weg frei war, trat der Reichstag doch noch nicht an die Erledigung der ihm vorliegenden Arbeiten. Die Zeit bis zum 20. Februar wurde, sei es dass ein Ständebeschluss es so wollte, oder dass der Gang der Dinge es so brachte, darauf verwendet aus der Mitte der Stände kommende Beschwerden anzuhören und z. Th. zu behandeln.

Die meisten und wichtigsten dieser Beschwerden richteten sich gegen das Regiment. Den Reigen eröffnete der schwäbische Bund — nicht in der Reichsversammlung. Am 21. Januar legte er in einer Unterredung mit Erzherzog Ferdinand seine Wünsche dar.¹⁾ Der Bund, der vom Kaiser neu gegründet und gefördert worden sei, werde durch das bewilligte Regiment „vnd „sonderlich ytzzt ein zeyt her durch wennig personnen „so sich des Regiments verwaltung vnd gleich wol der „ordnung zu Wormbs ungemess sich underfangen haben“ in der Vollziehung seiner Einigung gestört und in seinen Rechten geschmälert. Der Bund habe davon abgesehen, sich dagegen „anderer gestalt“ zu wehren, verlange aber, dass seine Rechte unangetastet blieben, sonst werde er sich allein zu helfen wissen. Der Bund beanspruchte

¹⁾ Notizenblatt II, p. 81. Was der Erzherzog darauf antwortete, ist nicht bekannt; l. c. p. 82—84 eine Zurückweisung der Klagen und Ansprüche, vom Regiment, dem Ferdinand die Sache mitgetheilt hatte, an diesen übergeben. Am Schlusse ist gesagt: die Genehmigung der Forderungen würde der Reichsordnung widersprechen; wenn aber die Stände dem Regiment eine andere Verfassung gäben, so würde dieses gehorchen.

also, Friedbrüche allein, aus eigener Machtvollkommenheit zu bestrafen; er sprach sich gegen die kaiserliche Declaration, nicht aber gegen die Existenz des Regiments selbst aus; er forderte nicht Abschaffung des Regiments, aber er wollte sich in seiner Wirksamkeit von ihm nicht beeinflussen lassen.

Am 1. Febr. traten die drei verbündeten rheinischen Fürsten, Trier, Pfalz und Hessen, mit einer Beschwerde gegen das Verfahren und die Entscheidungen des Regiments in ihrem Process gegen Frowin von Hutten vor die Reichsversammlung. ¹⁾ Dr. Florenz von Venningen, der Kanzler von Kurpfalz, gab erst eine Geschichte des Processes, vertheidigte sodann die drei Fürsten gegen etwaige Einwürfe und überreichte eine ausführliche Beschwerdeschrift, welche zunächst in 37 Artikeln die Parteilichkeit des ersten, darauf in 27 Artikeln die Ungerechtigkeit und Nichtigkeit des zweiten Urtheils des Regiments auseinandersetzte. Es war darin z. B. gesagt, Pfalzgraf Friedrich, der zu jener Zeit am Regiment gewesen, habe einer der beiden Parteien zu nahe gestanden, als dass er hätte unparteiisch sein können; es war hervorgehoben, nur Hessen habe Hutten's Besitzungen erobert, die Verurtheilungen und Poenalmandate seien aber gegen alle drei Fürsten gerichtet worden; das Regiment habe schon früher seine Parteilichkeit zu erkennen gegeben, als es dem Kurfürsten von Trier in seiner Gefahr nicht genügend geholfen habe. Die zwei Hauptpunkte aber, die immer in Variationen wiederkehren, sind die folgenden: erstens habe das Regiment gar keine Jurisdiction, namentlich

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 57—100. Das Datum ist aus Fr. RTA. 40. fol. 7 zu ersehen. Sehr dürftig ist, was v. Harpprecht IV. 2, p. 51 mittheilt. Janssen, Gesch. des deutschen Volks etc. II (1879) p. 318 bietet nur einen Auszug aus der Vorrede Venningens. Das Regiment war nicht anwesend, als die Beschwerde vorgebracht wurde. Fr. RTA. 39. fol. 101.

nicht in bürgerlichen Sachen, wie der in Rede stehende Process eine sei; der Process habe vor das Reichskammergericht gehört; zweitens: das Regiment sei unvollkommen und nicht nach der Wormser Regimentsordnung besetzt gewesen und habe deshalb erst recht nicht den Process führen dürfen. Am Schlusse des Schriftstückes wird die Reichsversammlung ersucht, den Process selbst in die Hand zu nehmen, den Hutten zu einem bestimmten Tage vorzuladen und den Process zu entscheiden. Die ganze Eingabe war nichts mehr und nichts weniger, als eine Appellation vom Regiment an den Reichstag in der Sache dieses einen Processes.¹⁾

Der Reichstag gab auf die Bitte eine halbe Antwort: er werde die Sache neben den andern Geschäften mitbehandeln. Das Regiment verfasste aber eine Gegenschrift, welche am 17. Februar vor den Ständen verlesen wurde.²⁾ Als oberste Regierung im Reich, als Repräsentant des Kaisers sei das Regiment nicht gehalten, seine Urtheile zu verantworten. Es lehne deshalb ab, über die Nichtigkeit des Urtheils überhaupt zu sprechen und werde sich nur gegen die Anschuldigungen vertheidigen, namentlich gegen den Vorwurf der Parteilichkeit. Es werden sodann die ersten 37 Punkte der Beschwerdeschrift einer nach dem andern widerlegt. Gegen die Position, dass das Regiment keine Jurisdiction habe, zieht die Rechtfertigungsschrift einen Passus der Regimentsordnung³⁾ an, nach welchem ihm Gewalt

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 136. (Replik der drei Fürsten.)

²⁾ Fr. RTA. 39. fol. 101—134. Das Datum der Verlesung ergibt sich aus der Replik der drei Fürsten fol. 151. — Siehe v. Harpprecht IV, 2, p. 51. 52.

³⁾ Es wurde auch geltend gemacht, dass das frühere Regiment trotz des daneben bestehenden Kammergerichts Jurisdiction gehabt habe, dass Trier und Pfalz, als sie persönlich am Regiment gewesen, ebensolche Klagen angenommen und dass sie früher gegen ihre Feinde vom Regiment solche Poenalmandate verlangt hätten.

gegeben sei, in Friede- und Rechtssachen zu citieren, zu verhören und zu beschliessen. Es habe in diesem Process wie bei anderen Friedensbrüchen gehandelt, „nun mögen die fursten die sachen zu Irem gefallen „burgerlich oder wie sie es wollen nennen, aber die clag „vnd gerichts acten zaigen das anders an“ (fol. 117). Zu der Behauptung von der mangelhaften und ungesetzmässigen Besetzung des Regiments wird constatirt, dass die drei Fürsten die kaiserliche Declaration — diese war in der Beschwerdeschrift gar nicht genannt — anfechten, die doch auf dem letzten Reichstage ohne Widerspruch angenommen worden sei (fol. 124. 125). Die Behauptungen, dass bisweilen nicht einmal 10 Mitglieder anwesend gewesen seien und dass einige von ihnen der Ordnung entgegen darin gesessen hätten, konnte die Rechtfertigungsschrift nur rund läugnen. Am Schlusse richtete das Regiment die Bitte an die Stände, dieselben möchten es gegen solche Angriffe schützen.

Die bestimmte Sprache der Rechtfertigungsschrift musste zu einer Widerlegung reizen. Dieselbe wurde auch gleich am folgenden Tage, am 18. Februar, von Dr. Venningen in der Ständerversammlung gegeben.¹⁾ Der Erzherzog, Hannart und das Regiment selbst war anwesend. Neue Gründe werden nicht vorgebracht; es wird an der Behauptung festgehalten, dass das Regiment keine Jurisdiction habe; es wird nunmehr klar ausgesprochen, dass die Declaration nichts gelte; die drei Fürsten hätten gegen den gesammten letzten Reichsabschied protestirt. Aber damit liess es die Replik nicht genug sein. Die erste Beschwerde der drei Fürsten, sagt sie, habe gar nichts mit dem Regiment zu thun gehabt; sie habe nur von dem Regiment an die Ständerversammlung appellirt. Da nach der Appellation das untere Gericht nichts mehr mit der Rechts-

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 135—153.

sache zu thun habe, so sei die Rechtfertigung des Regiments nichts anderes, als eine Eingabe zu Gunsten Huttens, zum Schaden der drei Fürsten. Durch solche Einmischung mache sich das Regiment ihnen, den drei Fürsten, verantwortlich und müsse ihnen vor der Ständeversammlung zu Recht stehen. Durch diesen echten Advocatenkniff brachten es die drei Fürsten also dahin, dass das Regiment der Kritik der Stände unterstellt erschien. Diese sollten, so wünschten die Antragsteller, nicht allein den Process zwischen Hutten und ihnen entscheiden, sondern über das Regiment selbst an der Hand des Rechts und der Regimentsordnung richten. Grossmüthig stellten sie noch den Ständen frei, ob diese die beiden Fragen zusammen oder getrennt behandeln wollten. ¹⁾

Damit war eigentlich der Antrag auf Revision der Regimentsordnung gestellt; denn die Fragen, ob das Regiment Jurisdiction habe und wie es besetzt werden solle, mussten dabei im Princip discutirt und entschieden werden. Aber man scheint in der Reichsversammlung die Sache zunächst ihrer Entstehung nach unter die Beschwerden gerechnet zu haben; erst später und in anderem Zusammenhange taucht die Frage über die Jurisdiction des Regiments und über die Declaration wieder auf.

Der Vorstoss der drei Fürsten wurde nicht vereinzelt unternommen. Am 12. Februar war schon eine Eingabe von Kurpfalz im Reichstage verlesen worden, ²⁾

¹⁾ Gleich nach Verlesung der Replik bat das Regiment um eine Copie derselben, damit es antworten könne. Fr. RTA. Bd. 39. fol. 153. Aus Förstemann p. 151. 159. 161 (Berichte vom 3., 15. und 17. März) und Notizenblatt II, p. 84 sieht man, dass es sich immer bemühte, noch einmal zum Wort zu kommen, dass es aber Ferdinand verhinderte.

²⁾ Fr. RTA. 39. fol. 155–161. — Einen passablen, aber unvollständigen Auszug bietet Müller, Entd. Staatscab. I, p. 229.

welche die Feindseligkeit gegen das Regiment viel unverdeckter zeigte. In der kaiserlichen Werbung sei gesagt, dass der Beschluss des letzten Reichstages einhellig gewesen sei und dass auf jetzigem Reichstage die Stände mit dem Statthalter, Orator und dem Regiment verhandeln sollten. Das erstere sei unwahr, denn Kurpfalz habe protestiert, das zweite aber sei ihm unleidlich. Das Regiment entspreche durchaus nicht mehr dem, welches zu Worms aufgerichtet worden sei und welches auch dem Kaiser vor Augen schwebe; es habe die Wünsche der Stände wenig befriedigt und viele Unleidlichkeit verschuldet. So schlage denn Kurpfalz vor, zunächst das Regiment von den Verhandlungen auszuschliessen und sodann die Verhandlungen des ersten Punctes der kaiserlichen Proposition ¹⁾ mit einer Prüfung des Regiments zu beginnen; aus dieser würde das Material zur Beantwortung der Frage gewonnen werden, ob es nützlich sei, ein solches Regiment im Reiche bestehen zu lassen. Uebrigens beantrage Kurpfalz dies nicht, weil es so gierig auf sein Vicariat sei, sondern weil auf Kurpfalz schliesslich noch einmal ein Theil des Vorwurfs fallen würde, wenn durch das Regiment ein grosses Unglück geschehe. Auch wolle Kurpfalz damit nicht die übrigen Gegenstände der kaiserlichen Werbung verdrängen; nur sollen zuerst die Beschwerden — d. i. das Regiment — abgeschafft werden; dann werden auch Pfalz und Trier nach besten Kräften mitberathen. — Der Schlusspassus zeigt, dass Kurpfalz mit dieser offenen Kriegserklärung an das Regiment nicht allein stand. Die oben auszugsweise wiedergegebenen Schriftstücke, Beschwerde und Replik der drei verbündeten Fürsten liessen noch die Aussicht auf ein modi-

¹⁾ In den Verhandlungen wird er immer genannt „über Friede und Recht.“ Es war der Punct, der die Forterhaltung des Regiments und Kammergerichts durch andere Mittel, als den Reichszoll forderte.

ficiertes Regiment zu; hier wird unverkennbar auf gänzliche Abschaffung des Regiments hingearbeitet. Trotzdem wird man wohl einen einheitlichen ¹⁾ Feldzugsplan annehmen dürfen: es musste dem Angriffe auf das Regiment mehr Aussicht auf Erfolg bieten, wenn er von zwei verschiedenen Gesichtspuncten aus gemacht wurde.

Noch von andern Seiten kamen Beschwerden über Ungehörigkeiten in der Rechtssprechung, die sich das Regiment hatte zu Schulden kommen lassen: von der Stadt Augsburg und dem Bischof von Würzburg. ²⁾ Die Augsburger Supplication klagte, dass der Fiskal einige Augsburger Kaufleute im Juli vorigen Jahres wegen Uebertretung des Monopoliengesetzes und den Rath von Augsburg in einer Münzangelegenheit vor das Regiment citiert habe. Die Augsburger erboten sich in der Monopolsache vor dem Kaiser, vor den anwesenden drei Kurfürsten oder vor jedem beliebigen sich zu verantworten, nur nicht vor dem Regiment. Wir finden auch hier wieder jene zwei principiellen Beschwerden über das Regiment: es masse sich Jurisdiction an und sei nur nach der Declaration, nicht nach der Wormser

¹⁾ Dass auch Hessen die Erklärung vom 12. Februar unterstützte, ist wahrscheinlicher als das Gegentheil. Dass es nicht mitgenannt ist, wäre dann so zu erklären, dass der Antrag von Kurpfalz vorher dem Kurfürstencollegium vorgelegt worden war und den Ständen gewissermassen als von diesen kommend, bekannt wurde. Siehe l. c. fol. 156. — Die Stände haben entweder gar keinen Beschluss über den Antrag gefasst, oder die Entscheidung vertagt.

²⁾ Ihre Erwähnung fügt sich am besten hier ein. Die Augsburger Beschwerde ist vor dem 26. Februar übergeben, denn sie will von den drei Kurfürsten entschieden werden. Wenn die Würzburger eingekommen ist, wissen wir nicht; am 22. März war eine Antwort des Regiments darauf verlesen. Förstemann p. 168. Die Augsburger Supplication: Fr. RTA. 39 fol. 162—172; im unvollständigen Auszug bei v. Harpprecht IV, 2, 54. Die Eingabe des Bischofs von Würzburg gedr. bei Förstemann p. 144—148.

Ordnung besetzt. — Einfacher ist die Beschwerdeschrift des Bischofs von Würzburg. Sie begnügt sich, eine Reihe von Fällen aufzuzählen, in denen Entscheidungen der bischöflichen Gerichte mit solchen des Regiments in Widerspruch gestanden haben; dadurch seien erstere in ihrer Wirksamkeit geschädigt worden. Der Bischof bittet, diese Benachtheiligung der unteren Gerichte durch das Regiment nicht zu dulden. —

Am 19. Februar gaben die beiden Herzöge Wilhelm und Ludwig von Baiern eine Klagschrift gegen das Reichskammergericht ein,¹⁾ welches einen Process aus dem Landgericht Hirschberg mit Uebergehung des Münchener Hofgerichts angenommen und ausserdem die Anwälte der Herzöge beleidigt habe. Wenn gleich diese Beschwerde das Regiment sehr glimpflich behandelte, so lief doch der Vorwurf gegen dasselbe mit unter, dass es die Herzöge auf ihr Ansuchen nicht gegen das Reichskammergericht geschützt habe.

Besonders hartnäckig waren die Städte; sie allein von allen Ständen erreichten, dass an ihre Eingabe sofort Unterhandlungen angeknüpft wurden. Wir haben oben hervorgehoben, dass die Position der Städte auf dem Reichstage eine günstige war. Daraus erklärt es

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 181—186. Vertheidigungsschrift des Kammergerichts fol. 190—202. Replik der bairischen Fürsten fol. 206—230. Siehe v. Harpprecht IV, 1, 97. — Es sei gestattet, an dieser Stelle die andern Eingaben an die Ständeverammlung aufzuzählen, die nach und nach im Verlaufe des Reichstags einkamen:

1. Supplication Antons von Lothringen. Fr. RTA. 39. fol. 174—179, der keine Mandate und Ladungen vom Reiche mehr annehmen wollte und sich weigerte, seinen Anschlag zur Türkenhilfe zu bezahlen. Trotzdem behauptete er, sich nicht vom Reiche lostrennen zu wollen.

2. Supplication Ulrichs von Württemberg an die Stände. Januar 1524. Weller No. 3199 (Berliner Kgl. Bibl. Flugschr. 1524, 4). Siehe auch Förstemann p. 172.

sich, dass die Städte, als sie am 8. Februar ihre sämtlichen Beschwerden den Ständen unterbreiteten und dabei namentlich unter dem ersten Puncte ihren Anspruch auf Sitz und Stimme im Reichstage wieder erhoben, nicht wie auf früheren Reichstagen eine einfache Abweisung erfuhren, sondern aufgefordert wurden, diesen ersten Punct noch einmal des Näheren auszuführen. Die Städte begründeten daraufhin ihren Anspruch noch einmal in einer neuen Eingabe; sie wiesen auf die Praxis, unter Friedrich III. hin, behaupteten aber weiterhin auch wenn kein historisches Recht für sie spräche, so sei es eine Forderung der Gerechtigkeit, dass ihre Reichsstandschaft anerkannt werde; sie nähmen an den Arbeiten der Reichstage, sogar in Ausschüssen, Theil; sie würden zu den Reichslasten herangezogen; da sei es widersinnig, dass ihre Stimme nur gelten solle, wenn sie in den Beschluss der andern Stände einwilligten.¹⁾

3. Gustav Erikson an die Stände. 29. December 1523. Weller No. 3074. (Berlin l. c. Flugschr. 1523, 7).

4. Hartmut von Kronberg an die Stände. 2. Jan. 1524. Weller No 2843. Münch, Sick. II, 271. Bitte gegen die drei rheinischen Fürsten.

5. Christian von Dänemark an die Stände. Förstemann p. 155. Die Gemahlin Christians kam am 22. März nach Nürnberg. Spiegel an Georg von Sachsen 26. März 1524: Seidemann, Thomas Münzer p. 138.

6. Friedrich von Dänemark an die Stände. 6. Jan. 1524. Förstemann p. 154.

7. Eingabe der Grafen; nur aus dem Reichsabschied bekannt (§ 23). Oder ist es die Beschwerdeschrift des Adels, die schon 1523 einmal abgegeben worden war?

¹⁾ Die am 8. Februar (Fr. RTA. 40. fol. 10) abgegebene Beschwerdeschrift ist in den Acten noch nicht gefunden worden. Dass darin namentlich der erste Punct betr. Sitz und Stimme im Reichsrath hervorgehoben war, ergiebt sich aus den nächsten Verhandlungen über die Beschwerde, welche bis zum 19. Februar dauerten und Fr. RTA. 39. fol. 240—260 zusammengestellt sind. Die Darstellung im Text beruht darauf; v. Höfler, Betrachtungen über das deutsche Städtewesen etc.

Ferdinand und Hannart im Verein mit den Ständen antworteten darauf, man habe beschlossen, in die Berathung der vorliegenden Reichssachen einzutreten und werde die Beschwerde der Städte mit denen der andern Stände zusammen später behandeln; die Städte möchten sich daran betheiligen. Da erklärten diese aber geradezu: ihre Instruction fordere einen klaren Bescheid über ihre Reichsstandschaft; ohne diesen wüssten sie nicht, für welche der Vorlagen sie stimmen könnten. Es wurde ihnen nunmehr zugesagt, dass sie den gewünschten Bescheid bei der ersten Gelegenheit erhalten sollten; zunächst sollten sie nur mit in die Berathung der kaiserlichen Proposition eintreten. Die Städte antworteten darauf in zwei Schreiben, einem an die Stände, einem andern an Ferdinand und Hannart. In dem ersteren wird nur, fast höhnisch, gesagt, wenn die Städte mit

im Arch. f. K. oe. Gesch.-Qu. XI, p. 220 führt zwei Beschwerden der Städte an, eine an den Statthalter, die andere an die Stände; beide seien gedruckt worden. Wülcker, Verhandlungen über Errichtung eines Grenzzolls auf den Reichstagen 1523 und 1524 in „Gegenwart,“ Jahrgang 1879 Bd XVI, p. 5. 6. reproduciert eine vor der Ankunft Hannarts von den Städten eingereichte Auseinandersetzung über den Zoll. Ich glaube nicht, dass dieselbe auf diesen Reichstag gehört; die Städte wussten, ehe Hannart gesprochen, dass der Kaiser den Zoll missbilligte. Die Supplication wäre auf diesem Reichstage die Eröffnung eines Kampfes gegen Windmühlen gewesen; von nicht einer Seite erhebt sich der Wunsch nach dem Zoll auf diesem Reichstage. Das Zollproject ist geradezu unter den Tisch gefallen. – Die Anklagen der Städte gegen das Regiment, seien sie nun in der grossen allgemeinen oder in einer besonderen Schrift vorgetragen, richteten sich, wie aus der Entgegnung des Regiments, Fr. RTA. 39. fol. 332–337 hervorgeht, gegen einen Befehl desselben an den Fiskal, gegen säumige Romzugs- und Türkengeldzahlungen einzuschreiten, sowie auch gegen Eingriffe des Regiments in ihre Privilegien und Freiheiten. Nach Holzhausen, Fr. RTA. 40. fol. 16 war das Regiment darin als „beschwerlich, verderblich und unfürreglich“ bezeichnet.

über das Regiment berathen sollten, so müssten sie doch eben dazu als Reichsstand qualificiert sein. Das andere Schreiben ist inhaltreicher und weist deutlich auf Verhandlungen über die wechselseitige Bewilligung von Reichsstandschaft und Geld zwischen Hannart und den Städten. Zunächst wird darin dasselbe gesagt, wie in dem Schreiben an die Stände; dann heisst es aber weiter: die Städte hätten sich immer „mit vilfaltigen hilff-
 „fen vnd darstreckungen ihrer vermogen“ früheren Kaisern geneigt bewiesen. Durch diese Erklärung würde Klarheit über ihre Absichten gebracht werden. Um aber auch sonst ihre Geneigtheit zu zeigen, wollten sie sich an der Verhandlung über die kaiserliche Proposition betheiligen, jedoch nur als vollberechtigte Reichsstände. Ausserdem forderten sie noch einen endlichen Beschluss über ihre Reichsstandschaft vor dem Ende des Reichstages. Am 19. Februar kam die Sache endlich zum vorläufigen Ende. Die Stände hatten den Beschluss gefasst, den Hauptartikel des Reichstags vorzunehmen und daneben die Städtebeschwerde zu behandeln. Eine Stellungnahme zu der von den Städten gewünschten vorläufigen Anerkennung ihrer Reichsstandschaft war allerdings darin übergangen. An dem genannten Tage trug Cyriacus von Polheim, ein Rath Ferdinands, in allgemeiner Ständerversammlung diesen Beschluss, der die Billigung Ferdinands und Hannarts gefunden hatte, den Antragstellern vor. Als diese darauf schwiegen, verkündete der Erbmarschall, dass am nächsten Tage die Verhandlungen über den ersten Punct der kaiserlichen Proposition beginnen würden.

Die Verhandlungen über das Regiment und Kammergericht. (Erster Punct der Proposition Hannarts.)

Die Stände behandelten unter der Formel „über Erhaltung von Friede und Recht“ die beiden Fragen über Erhaltung des Kammergerichts und des Regiments als eine Sache, wie es auch in der kaiserlichen Proposition geschehen war. Was das Kammergericht betraf, so herrschte im wesentlichen Einmüthigkeit unter den Ständen, wie zwischen Ständen und Regierung.¹⁾ Umsomehr Gegensätze kamen in der Regimentssache an den Tag. Wir fanden in den Beschwerden gewisse gemeinsame Klagen, nicht aber gleiche Forderungen. Der Bischof von Würzburg forderte nur Schutz seiner Gerichte, der schwäbische Bund wollte nur seine Gerechtsame in der Bestrafung von Friedbrechern dem Regiment gegenüber wahren; die drei rheinischen Fürsten dagegen zielten auf vollkommene Abschaffung des Regiments, ebenso die Städte. Waren denn aber diese zwei Factoren einig darin, was geschehen sollte, wenn die Abschaffung durchgesetzt wäre? Kurpfalz strebte nach dem Reichsvicariat; die Städte hätten wohl lieber eine Königswahl gesehen; wenigstens deutete die Städtegesandtschaft in Spanien an: wenn ein König gewählt würde, brauche man kein Regiment mehr. Gerüchte über eine bevorstehende Königswahl liefen genug um; bestimmte Pläne finden wir unter den Ständen nirgends als bei Kurpfalz, das mit vollem Ernste die Vicariate einrichten wollte und das während des Reichstages einen

¹⁾ Man gestatte mir, der Einfachheit wegen dieses Wort anstatt des weitschweifigen „der Erzherzog und Hannart“ zu gebrauchen.

Hausvertrag mit der bairischen Linie seines Hauses zur Verhinderung der Königswahl Ferdinands schloss.¹⁾ Uebereinstimmung war unter den Ständen nicht vorhanden. Man muss dies, namentlich aber die That- sache festhalten, dass die von Kurpfalz so radical betriebene Opposition gegen das Regiment mit ihren Hintergedanken kaum bei den andern klagenden Ständen, geschweige denn bei der Reichsversammlung selbst unbedingte Zustimmung gefunden hat.

Die systematischen Bestrebungen der drei Fürsten freilich, die Personen des Regiments zu discreditieren, hatten allerdings ihre Wirkung gehabt. Der erste Beschluss der Stände, am 20. Februar,²⁾ wünschte die weitere Unterhaltung des Kammergerichts, dessen Unregelmässigkeiten beseitigt werden sollten; über die Unterhaltung des Regimentes aber wurde kein Beschluss gefasst; ehe diese Frage überhaupt discutierbar sei, sollte über die jetzt am Regiment befindlichen Personen „ein nothdürftiges Einsehen geschehen.“ Als Grund hierfür wurden die Beschwerden genannt, die gegen dasselbe erhoben seien und die noch kommen würden. Die Versammlung erhob also den Antrag von Kurpfalz vom 12. Februar zum Beschlusse. Der einzige, der dagegen auftrat, war der Kurfürst von Sachsen. Im Kurfürstenrathe sowohl, als in der Ständeverammlung erklärten seine Rätthe: da das Regiment nach des Kaisers Willen weiter bestehen solle, so wisse er von diesem Artikel keinen Menschen auszunehmen; hätte einer oder der andere von den Regimentsrätthen unrecht gehandelt, so könne dies nur rechtlich durch einen Process entschieden werden. Nur Einzelverfahren gegen Mitglieder des Regiments sei möglich, eine Kritik des

¹⁾ Hubertus Thomas Leodius, Ann. de vita Friderici II. (1624) p. 89. 90.

²⁾ v. Harpprecht IV, 2, p. 205.

gesamten Regiments unstatthaft. Aber die Stimme Kursachsens verhallte, und die Ständeversammlung übermittelte ihren Entschluss dem Statthalter und dem kaiserlichen Bevollmächtigten.

Hannart hatte sich bald, wahrscheinlich aus den Gesprächen mit dem Kurfürsten von Trier, mit dem er gemeinsam den Weg nach Nürnberg gemacht und vor dessen diplomatischer Gewiegttheit er eine grosse Meinung hatte, die Ansicht gebildet, wenn man das Regiment überhaupt halten wolle, müsse man eine Veränderung der Personen den Ständen zugestehen.¹⁾ Aber er war weit entfernt, dies sofort zuzugeben; die Antwort, welche er und Ferdinand den Ständen gaben, ging noch über die Forderung des Kurfürsten von Sachsen hinaus. Georg Truchsess übergab sie am 22. Februar²⁾: der Beschluss über das Kammergericht wird angenommen, sonst aber die Forderung gemacht, ungesäumt über „Besetzung und Unterhaltung“ des Regiments zu verhandeln. Wenn gegen die jetzigen Regimentsmitglieder begründete Beschwerden vorlägen, so solle man mit den Ständen, welche sie gestellt hätten, in Verhandlung über ihre Abberufung treten. Mit der etwaigen Abberufung aber müsse sofortige Neubesetzung der Stelle verbunden sein; ein Aufschub dürfe nicht entstehen. Der Kaiser werde auch seinen Verpflichtungen gegen das Regiment nachkommen und in kürzester Zeit die Beiträge für Burgund und Oestreich zahlen. — Für die darauf zu gebende Antwort holten die Stände die Zustimmung der Städte ein; durch diese unterstützt

¹⁾ Lanz I, p. 101. Die Stelle, in der er dies ausspricht, ist Anfang Februar geschrieben. Dass er die Erneuerung des Personenbestandes des Regiments nicht betrieb, zeigt Lanz I, p. 122 (zweiter Bericht): *il a este de necessite donner congie et licence aux personnes questoient audit regiment.*

²⁾ v. Harpprecht IV, 2, p. 206 = Fr. RTA. 39. fol. 263, woher auch das Datum.

gelangte sie an die Regierung am 23. Februar.¹⁾ Die Stände beharrten auf ihrer Forderung und fügten nur die mildernde Bemerkung hinzu, die Abberufung der Regimentsmitglieder solle deren Ehre nicht angreifen. Am nächsten Tage (24. Februar) gab Truchsess den Ständen die Antwort der Regierung,²⁾ die ebenfalls auf ihrer Forderung bestehen blieb und zur Bekräftigung eine Copie der Hannart'schen Proposition zufügte. Die Stände nahmen Bedenkzeit bis zum 26. Februar.

Also kaum begonnen, stockten die Unterhandlungen bei einer Vorfrage — denn die kaiserliche Proposition forderte ja Berathung über die Art und Weise der künftigen Unterhaltung des Regiments. Aber die Regierung wie das bedrohte Regiment arbeiteten unbeirrt weiter — offenbar im Einverständniss mit einander und dieses von jener geleitet. Wir haben oben die Abneigung kleinerer Städte gegen die Städtegesandtschaft nach Spanien eingesehen; eben um diese Zeit verweigerte wiederum eine Anzahl oberschwäbischer Städte auf dem Tage von Ravensburg, 29. Februar, die Theilhaberschaft an den Kosten der Gesandtschaft.³⁾ Das mächtige Augsburg stand in offenem Zwist mit den anderen Städten, wenigstens in der Monopolfrage. An diesem Puncte setzten Ferdinand und Hannart den Hebel ein. Immer zwei bis drei Städte wurden an verschiedene Orte beschieden und für die Erhaltung des Regiments durch Versprechungen und den Hinweis auf den Willen des Kaisers günstig zu stimmen versucht.⁴⁾ Die

¹⁾ Verhandlung mit den Städten, die wahrscheinlich am Beschluss vom 20. Februar nicht theilgenommen hatten, Fr. RTA. 39. fol. 265. Die Eingabe an die Regierung: v. Harpprecht IV, 2, p. 207 = Dresdner Archiv, Locat 10182. fol. 112.

²⁾ v. Harpprecht IV, 2, p. 208 = Fr. RTA. 39. fol. 266, woher auch das Datum.

³⁾ Klüpfel II, p. 275.

⁴⁾ Ueber diese Sonderverhandlungen und ihre Ergebnisse: Fr. RTA. 39. fol. 270. 271. Holzhausens Berichte vom 26. Fe-

Unterhändler des Erzherzogs wünschten es nicht, dass von diesen gesonderten Unterhandlungen Kenntniss an die Gesammtheit der Städte gelange; es sollten eben solche Sonderunterhandlungen werden, wie sie die kaiserliche Politik so oft angewendet hat. Und allerdings, sie blieben nicht erfolglos. Einige der grössten Städte gerade wurden vollkommen gewonnen. Der Gesandte Frankfurts, der sich nicht umstimmen liess, meldet mit Indignation seinem Rathe, dass Nürnberg behaupte, niemals bindende Erklärungen gegen das Regiment abgegeben zu haben. Ein Jeder suche eben seinen Nutzen, setzt er bitter hinzu: wahrscheinlich war die Stadt vom Erzherzog durch Vorstellungen der Ehre und des Nutzens, den sie durch das Regiment genösse, gewonnen worden. Auch Ulm zeigte sich widerspänstig in den Städteverhandlungen. Ebenso wurde Augsburg für Weitererhaltung des Regimentes gewonnen. So war eine nicht zu unterschätzende Bresche in die Einmüthigkeit der Städte gelegt. — Das Regiment liess sich damals ganz in dem Sinne der Sonderverhandlungen vernehmen. Am 26. Februar richtete es an die Städte geradezu die Anfrage, ¹⁾ ob denn alle Städte in die Beschwerden gegen das Regiment gewilligt hätten, und welche von ihnen sie noch aufrecht erhielten. Als die Städte darauf antworteten, allerdings sei das Vorgetragene die Meinung ihrer Gesammtheit, gab das Regiment eine Zurückweisung der ihm gemachten Vorwürfe, ²⁾ doch mit dem Zusatze, die-

bruar und 5. März. Fr. RTA. 40. fol. 14. 17. Ueber Augsburg Hannart in seinem zweiten Berichte, Lanz I, p. 128: die Städteboten seien die schwierigsten in betr. der Unterhaltung des Regiments; toutesfoiz la ville Dausbourg en cestuy endroit sest demonstre la plus volontaire. Wir erinnern uns daran, dass die Regelung der Monopolangelegenheit in die Hände Ferdinands und Hannarts gelegt worden war (kais. Proposition). Augsburg musste deshalb ihnen entgegenkommen.

¹⁾ Anfrage und Antwort. Fr. RTA. 39. fol. 269.

²⁾ Fr. RTA. 39. fol. 332—337.

selbe sei gar nicht nothwendig, denn das Regiment wisse, dass die Beschwerden nicht von allen Städten ausgingen, und dass einige Städte sich sogar bei ihm und dem Erzherzog entschuldigt hätten. — Am 26. Februar richtete auch das Regiment eine Beschwerde ¹⁾ an die unparteiischen Stände im Reichstage: das Regiment und der kaiserliche Bevollmächtigte seien gegen das Reichsrecht von der Ständeverammlung ausgeschlossen, während die Feinde des Regiments darin sässen und in der eigenen Sache mit Beschlüsse fassten. Es erbie- tet sich, zu Recht zu stehen; wolle man es aber unge- hört verwerfen, so protestiere es an den Kaiser, den Erzherzog, alle unparteiischen Stände und jeden Men- schen, er sei hoch oder niedrig. — Die Sprache des Re- giments war recht kräftig geworden.

In der Bedenkzeit änderten die Stände ihren Sinn nicht. Am 26. Februar präsentierten sie der Regierung ein neues Schreiben, ²⁾ das den alten Standpunct zäh- vertrat. Aus der letzten Antwort der Regierung gehe hervor, dass dieselbe gar nicht im Princip gegen eine Veränderung der Regimentsmitglieder sei, dass sie nur an dem von den Ständen gewünschten Modus der Ver- abschiedung Anstoss nehme. Es sei dieser aber der beste; denn der von der Regierung vorgeschlagene würde zu lange Zeit erfordern, von dem Regiment aber gar nicht beachtet werden, da dieses das Abberufungs- recht allein dem Kaiser zuschreibe. Gegen die Worm- ser Ordnung verstosse ihr Vorschlag auch nicht; des- halb wiederholen sie ihn: die Regimentsräthe sollen darauf hingewiesen werden, dass das Regiment nur auf zwei Jahre bewilligt worden sei; man danke ihnen für ihre Mühe und zähle auf sie, falls ein neues Regiment errichtet werde. Am Schlusse der Eingabe steht kurz

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 272. 273.

²⁾ l. c. fol. 274. 275. = Dresdener Archiv. Loc. 10182. fol. 113. 114.

und klar, die Stände seien entschlossen, das Regiment mit seinen jetzigen Mitgliedern auf keinen Fall zu dulden. — Diese Erklärung der Stände blieb vollständig in dem Umfange der frühern und bot nicht einmal die Möglichkeit, zu sehen, ob die Stände ein Regiment überhaupt weiter bewilligen wollten. Es war unmöglich, so vorwärts zu kommen; die Regierung musste einen Schritt entgegengehen. ¹⁾ Sie machte den Ständen die Concession, sich den Regimentsmitgliedern gegenüber so verhalten zu wollen, dass es den Ständen recht sein würde, erklärte aber zugleich, vorher müsse ein endlicher Beschluss über Besetzung und Unterhaltung des Regiments gefasst worden sein (27. Februar). Das war immerhin ein Schritt zur Verständigung. Vorher standen Forderung der Stände und Abweisung derselben durch die Regierung einander gegenüber; jetzt war die Sache zu einer Geschäftsordnungsfrage geworden, in welcher allerdings keine Partei der anderen traute, sie möchte, nachdem ihre Forderung zuerst bewilligt wäre, die Verhandlungen abbrechen. Die Antwort der Stände ²⁾ ist gewissermassen das Gegenbild zu der Erklärung der Regierung: es sei durchaus nicht die Absicht der Stände, der Ordnung von Worms entgegen das Regiment überhaupt abzuschaffen; zunächst aber sei es nothwendig, dass die Regimentsmitglieder entlassen würden. Diese Antwort der Stände ist die erste, welche klar zeigt, dass die Ständeversammlung nicht die extremen, auf Abschaffung des Regiments zielenden Anträge Kurpfalz's vertrat. Für den Fortgang der Verhandlungen ist sie unerheblich gewesen, da die Regierung nicht wissen konnte, ob damit die wahre Meinung der Ständeversammlung zum Ausdruck kam.

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 276. 277.

²⁾ Vom 29. Februar. Fr. RTA. 39. fol. 277. 278. = Dresdener Archiv. Loc. 10182. fol. 114. Zu diesem Bescheid war auch die Einwilligung der Städte eingeholt worden.

Es trat zunächst eine jener mehrtägigen Pausen ein, über welche Feilitzsch einmal klagt. Am 4. März endlich trat ein Ausschuss ¹⁾ zusammen, um über die Regelung der Irrungen zwischen den sich beschwerenden Ständen und dem Regiment „unvorgreiflich“ zu berathen. Den Vorschlag hatte die Regierung gemacht, wahrscheinlich um zu sehen, in wie weit die Gesamtheit der Stände die Beschwerden der einzelnen vertrete und inwieweit ihre letzte Anzeige, sie seien nicht gegen ein Regiment überhaupt, den wirklichen Gesinnungen entspreche. Der Ausschuss bestand aus 8 Personen; vier von den Ständen: Dr. Forster, Dr. Eck, Dr. Affenstein und C. von Westhausen, und vier von der Regierung: Georg Truchsess, von Gondelfingen, Fabry und noch einer, dessen Namen uns Feilitzsch nicht melden kann. Am 8. März hatten sie ihre Arbeiten vollendet und legten sie die Ergebnisse derselben den Ständen vor. ²⁾ Sie hatten ihren Auftrag weit überschritten. Anstatt Mittel anzugeben, wie der Streit zwischen Klagenden und dem Regiment gehoben werden könne, reichten sie ein Gutachten über Verfassung, Befugnisse und Art und Weise eines etwaigen neuen Regimentes ein. Das Gutachten schliesst sich zunächst eng an die Beschwerden gegen das Regiment an; die Befugnisssphäre des neuen Regimentes wird genau nach dem abgegrenzt, was die einzelnen Klagen gewünscht hatten: die kaiserliche Declaration soll abgeschafft werden, das Regiment fortan aus 22 Mitgliedern bestehen; das Regiment soll alle Stände bei ihren Freiheiten und Regalien lassen; die Jurisdiction wird dem Regimente genommen und dem Kammergericht übertragen; das Regiment soll

¹⁾ Bericht Feilitzschs. 11. März. Förstemann p. 155. 156. Ihm folge ich hier in den Daten, die er sehr genau angiebt, gegen Fr. RTA. 39. fol. 279.

²⁾ v. Harpprecht IV, 2, p. 209—213. = Fr. RTA. 39. fol. 280—283, wo als Datum der 10. März angegeben ist.

keine Criminalverbrecher und Leute, die gegen ihre eigenen Landesherren klagen nur unter bestimmten Bedingungen geleiten; das Regiment wird beschränkt auf die Executive in Glaubens- und Türkenangelegenheiten; bei Landfriedensbrüchen soll es die Acht nur verkünden, über Urtheilsexecutionen nur berathschlagen, offenbare oder drohende Kriege und Fehden unter Reichsständen gütlich beizulegen suchen. Alles was hier als Gesetz für das künftige Regiment aufgestellt wird, lässt sich, soweit es negativ und einschränkend ist, in den Beschwerdeschriften des Bundes, der drei Fürsten, Würzburgs und der Städte wiederfinden. Aber es werden in dem Gutachten auch ganz neue Punkte aufgestellt: damit die Fürsten am Rhein und im Niederland sich nicht beschwert fühlen können, solle das Regiment nach Speier oder Frankfurt verlegt werden; ¹⁾ ein Kurfürst, der nicht persönlich am Regiment anwesend sein könne, dürfe sich durch einen Rath vertreten lassen; der Erzherzog-Statthalter dürfe zwei Rätthe ins Regiment mitbringen; ²⁾ in der Besetzung ihrer Stellen säumige Stände dürfen bis um 1000 Gulden bestraft werden; endlich sollen die Stände das Kammergericht ganz und das Regiment zur Hälfte bezahlen, und zwar von nächsten Pfingsten ab. ³⁾

Von jetzt ab ist in den Ständebeschlüssen keine Andeutung von völliger Abschaffung des Regiments mehr zu finden. Dem Antrage Kurpfalz wurde von der Ständerversammlung selbst die Spitze abgebrochen. Aenderung des Regiments, und zwar Aenderung in der Richtung

¹⁾ Aus der Motivierung und den folgenden Verhandlungen ist zu ersehen, dass dies ein Antrag der Stände war.

²⁾ Sicher von den Verordneten der Regierung beantragt. Archiv für K. oe. Gesch.-Qu. I, 2, p. 101. (Instr. für Bredam) klagt Ferdinand dem Kaiser, dass ihm dies die Stände propter locumtenentiam nicht gestatteten.

³⁾ Aus den folgenden Verhandlungen zu schliessen, war dies ein Compromiss innerhalb der Commission.

dass seine Befugnisse stark eingeschränkt würden, das war die Losung, welche die Stände zusammenhielt. Was aus einem pfälzischen Reichsvicariat, was aus einer Königswahl sich entwickeln konnte, war nicht klar zu sehen; die Aussicht auf möglichst ausgedehnte Selbständigkeit bot sich den Ständen dann, wenn das Regiment zwar bestehen blieb, sein Wirkungskreis aber geschmälert wurde.

Als die Stände am 8. März das Gutachten des Ausschusses in Empfang genommen hatten, vertagten sie ihre Entscheidung bis zum 10ten. Welchen Bescheid sie an diesem Tage dem Statthalter und dem Bevollmächtigten übergaben, wissen wir nicht. Sicherlich war er in der Hauptsache zustimmend. Ferdinand und Hannart aber verwarfen das Gutachten in einer Antwort vom 11. März, ¹⁾ weil es über den Auftrag der Commissare hinausgreife, weil es der Wormser Ordnung widerstreite, endlich weil die beiden Parteien in der Commission nicht einig geworden wären. Trotzdem war der Ausschuss für sie nicht ohne Nutzen gewesen: sie wussten nunmehr die Forderungen der Ständerversammlung, und thatsächlich wurde von nun ab über Unterhaltung und Besetzung des zukünftigen Regiments neben der Frage der Beurlaubung des jetzigen unterhandelt.

Die nächste Antwort der Stände auf die Zurückweisung des Ausschusses durch die Regierung war freilich ganz in dem alten Tone gehalten und recht schroff. ²⁾ Nur unter der Bedingung, dass die Regimentsmitglieder sofort entlassen würden, wollen sie ein neues Regiment, von nächsten Pfingsten ab, in Speier oder Frankfurt besetzen. Gehe der Statthalter darauf nicht ein, so seien sie gezwungen, zu einem Abschied zu greifen. Zugleich kamen sie mit neuen Forderungen, die noch

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 283. 284.

²⁾ Sie wurde am 12. März gegeben. v. Harpprecht IV, 2, p. 213. = Fr. RTA. 39. fol. 284. 285, woher auch das Datum.

über das Ausschussgutachten hinausgingen: Prüfung der gegen das Regiment und Kammergericht erhobenen Klagen, Inquisition des Kammergerichts im allgemeinen, Abnahme einer Rechenschaft über die vom Regimente verwaltete Türkenhilfe und andere Beiträge der Stände.

Ohne Gefahr für die Weitererhaltung des Regiments konnten Ferdinand und Hannart in die sofortige Entlassung der Mitglieder noch immer nicht willigen und doch waren von den Ständen die weiteren Verhandlungen davon abhängig gemacht worden. So erschienen denn die beiden Vertreter des Kaisers am 15. März persönlich in der Ständeverammlung und baten um eine sofortige Unterredung mit einem Ausschuss der Stände. Der Reichstag ging darauf ein; es wurden der Kurfürst von Trier, Pfalzgraf Friedrich, Herzog Wilhelm von Baiern, der Bischof von Würzburg, der Hochmeister Albrecht, der Kanzler von Kurmainz, Dr. Ribeyssen (Gesandter des Bischofs von Worms) und Vehus (Gesandter von Baden) abgeordnet. Diese zogen sich auch sofort mit Ferdinand und Hannart zu gesonderter Berathung zurück. Am folgenden Tage, 16. März, wurde den Ständen über die Disputation referiert. Leider sind die 6 Artikel, welche aufgestellt worden waren, nicht erhalten; aus einer eben an diesem Tage gefassten Resolution der Stände ¹⁾ sieht man aber, dass einer der Artikel die Frage betraf, von wem und auf welche Weise die Kosten des Kammergerichts und des Regiments aufgebracht werden sollten. Ferdinand und Hannart griffen hierin auf den Beschluss der Achtercommission zurück und hatten sich erboten — Hannart übertrat dabei seine Instruction — die Hälfte der Kosten des Regiments für den Kaiser zu übernehmen; doch sollten die Beiträge für Oestreich und Burgund in dieser Hälfte inbe-

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 286.

griffen sein. Die Stände, die ja auch in der letzten Zuschrift an die Regierung nur von einer Besetzung, nicht von Beiträgen zur Unterhaltung des Regimentes gesprochen hatten, erklärten in der Resolution: ein Kammergericht zu haben, sei allen recht; zum Regiment könnten sie trotz des Vorschlages der Regierung weder etwas bewilligen, noch wüssten sie, nachdem der Reichszoll vom Kaiser abgelehnt worden sei, Mittel zur Unterhaltung desselben anzugeben. Die Städte, welche an demselben Tage noch um ihre Meinung befragt wurden, waren mit der Resolution einverstanden, baten aber, zu etwaigen Specialverhandlungen hinzugezogen zu werden.¹⁾ Am 18. März berieth man darauf in der Ständerversammlung über die der Regierung zu ertheilende Antwort.²⁾ Die einzige Concession, die darin der Regierung gemacht wird — wohl ein Erfolg der persönlichen Unterredung — ist kaum nennenswerth; in der Commission, die vom Regiment Rechenschaft über die Verwaltung der Gelder nehmen würde, sollte auch der Erzherzog mit einer Person vertreten sein. Sonst werden die Forderungen der Eingabe vom 12. März festgehalten; die Kosten des Kammergerichts werden von den Ständen übernommen, aber ein Regiment in Speier wollen sie nur besetzen, wenn der Kaiser allein die Unterhaltung desselben bestreite. Ja noch eine neue Forderung wird angebracht: das Gutachten des Achterausschusses soll, verbessert und verändert, zu einer neuen Regimentsordnung gefasst werden. Am Schlusse befindet sich noch die Drohung, die Verhandlungen abubrechen.

Die Regimentsfrage war im Verlauf der Verhandlungen recht complicirt geworden; der Forderungen der Stände wurden immer mehr. Da die Verhältnisse zum

¹⁾ v. Harpprecht IV, 2, p. 214. = Fr. RTA. 39. fol. 287, woher das Datum.

²⁾ v. Harpprecht IV, 2, p. 218.

Abschluss drängten, da die andern Punkte der Proposition kaum berührt worden waren, entschloss sich die Regierung nachzugeben, wenn nur das Organ der kaiserlichen Gewalt in Deutschland, das Regiment, allerdings verändert, bestehen blieb. Der Rückzug tritt uns um so unvermittelter entgegen, als wir die Unterredung vom 15. März nicht genauer kennen, in welcher er zweifelsohne vorbereitet worden war. Am 21. antworteten Ferdinand und Hannart auf die Eingabe vom 18. März.¹⁾ Bedingungslos wurden zugegeben die Vakanz des Kammergerichts bis Pfingsten und die „Reformation und Inquisition“ desselben durch eine von Statthalter und Ständen zu bildende Commission; ferner die Behandlung der Beschwerden gegen Kammergericht und Regiment durch eine gemischte Commission, endlich: die Rechenschaftsablegung des Regiments. Die Verlegung des letzteren nach einem andern Orte wurde unter der Bedingung angenommen, dass die Stände die Hälfte der Kosten trügen. Allerdings wurden daneben auch Augsburg, Ulm und Esslingen für die Verlegung vorgeschlagen, da der Erzherzog im nächsten Jahre viel gegen die Türken und Italien zu thun habe. Nichts aber wurde von einer Beurlaubung der jetzigen Regimentsmitglieder gesagt, sodass dem Erzherzog nach diesem Vorschlag freigestanden hätte, dieselben bis nächste Pfingsten, von welchem Termin ab das Regiment wieder unterhalten werden sollte, im Amt zu behalten.²⁾ Verschoben auf weitere Unterhandlungen wurde endlich die Frage, ob das Gutachten der Achtercommission zur Grundlage einer neuen Regimentsordnung gemacht werden solle.

Die Stände antworteten auf diese Erklärung der

¹⁾ v. Harpprecht IV, 2, p. 215. = Fr. RTA. 39. fol. 92—294.

²⁾ Ebendamals, als der Quartalwechsel wieder vor der Thür stand, versicherte er noch einer Gesandtschaft des Regiments, welche anfragte, wie es sich verhalten solle, er werde das Regiment weiter erhalten und besolden. Fr. RTA. 39. fol. 301.

Regierung in ausserordentlich befriedigtem Tone am 22. März.¹⁾ Ueber die noch ausstehenden Punkte würde man sich mit Leichtigkeit einigen können, nachdem man in so vielen schon einig geworden sei. Statthalter und Orator möchten nur ihre offene Meinung über das Gutachten der Achtercommission zu erkennen geben; wenn die Stände darin ihrer Nothdurft nach bedacht würden, so würden sie auch die Hälfte zu den Kosten des Kammergerichts und des Regimentes beitragen. Das klang sehr friedlich; zugleich zeigten die Stände freilich den Städten an, dass sie nicht eher über die Unterhaltung des Regiments zu verhandeln gedächten, als bis ein endlicher Beschluss über das Gutachten der Achtercommission herbeigeführt worden sei. Die Städte, soweit sie bei ihrer dem Regiment feindlichen Gesinnung geblieben waren, scheinen über die Bereitwilligkeit der Stände, die Hälfte der Kosten beider Institute, des Kammergerichts und des Regiments, tragen zu wollen, ziemlich bestürzt gewesen zu sein. Holzhausen jammert in einem Berichte vom 29. März²⁾ beweglich darüber und meint, es sei keine Treue und kein Glaube mehr auf der Welt. Höchst interessant sind die Antworten,³⁾ welche die Gesammtheit der Städteboten den Ständen gab, nachdem nunmehr die Majorität dieser für Forterhaltung und theilweise Bezahlung des Regiments sich entschieden hatte. Die erste vom 22. März besagt, sie wollten über die Unterhaltung des Regiments jetzt ganz und gar keine Antwort geben, dieselbe weder bewilligt, noch abgeschlagen haben. In der zweiten Antwort vom 23. März tritt ihre Uneinigkeit noch deutlicher zu Tage. Die Antwort theilt die gesammten Städte in drei Klassen: diejenigen Abgeordneten, welche in eine Unterhal-

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 294.

²⁾ Fr. RTA. 40. fol. 30.

³⁾ l. c. fol. 30 steht die zweite; beide: Fr. RTA. 39. fol. 295. 296.

tung des Regiments zu willigen die Macht hätten, würden einstimmen; diejenigen, welche solche Macht nicht hätten, würden sich gebühlich erweisen, wenn ihre Beschwerden gegen die letzte Veranschlagung berücksichtigt würden; diejenigen endlich, welche bereits weggeritten seien, würden sich jedenfalls auch der Gebühr nach halten. Mit dieser Antwort sollte jedoch der Entscheidung der an zweiter und dritter Stelle Genannten nicht vorgegriffen werden. — Die Antwort ist offenbar von einer dem Regiment günstigen Majorität verfasst. Soweit war es mit den Städten gekommen; wenn Hannart von ihnen auch ebenso wenig wie von dem schwäbischen Bunde Unterstützung für die europäischen Angelegenheiten des Kaisers erlangen konnte, so war es doch ein bedeutender Vortheil für die kaiserliche Politik, dass der Feind des Regiments, der es sich hatte am meisten kosten lassen, unschädlich gemacht war. Ein Protest der Städte gegen den Reichsabschied nach dieser Seite hin war sicherlich nicht zu befürchten. — Es sei gleich in diesem Zusammenhange erwähnt, dass von der Regierung später noch der Versuch gemacht wurde, die Städte aus ihrer halben Stellung zu ganzen Freunden des Regiments und des Kaisers zu machen. Es ist ein vom 2. April datierter Vorschlag ¹⁾ des Erzherzogs und Hannarts betreffs der Reichsstandschaft der Städte vorhanden: die Städte sollen zwei Abgeordnete mit einer Stimme zum Reichsrathe entsenden dürfen; ihre Session sei hinter der der Grafen und Herren; die Städteabgeordneten müssen ohne Hintersichbringen mit den Ständen beschliessen, jedoch austreten, wenn etwas über die Stadt verhandelt würde, von welcher sie gerade verordnet sind. Diese Anordnungen sollen nur provisorisch bis zur Ankunft des Kaisers in das

¹⁾ Vorschlag der Regierung und Antwort der Städte Fr. RTA. 39. fol. 297—299.

Reich gelten. Ob nun die Stände diesen Antrag unverändert angenommen haben, wissen wir nicht. Ein Bescheid wurde, der früheren Zusage gemäss, den Städten in Betreff ihrer Reichsstandschaft gegeben — aber die Städte antworteten: ¹⁾ die Sache sei zu wichtig; sie nähmen den Bescheid nur auf Hintersichbringen an; auf einem künftigen Reichstage würden sie antworten.

Der Beschluss der Stände vom 22. März, die darin gebotene Aussicht auf spätere Genehmigung der halben Kosten beider Institute, war eine Concession von nur zweifelhaftem Werthe, nachdem sie früher sich bereit erklärt hatten, das Kammergericht ganz erhalten zu wollen. Die Frage um das Regiment war noch keineswegs entschieden; vereinfacht war sie allerdings worden. Im Wesentlichen war sie nunmehr zugespitzt in die wechselseitigen Forderungen: höherer Beitrag zur Erhaltung des Regiments und Kammergerichts — und: Beurlaubung der Regimentsmitglieder, Zusätze zur Wormser Regimentsordnung. Der zweite Bericht Hannarts stellt nur die Kosten- und die Beurlaubungsfrage einander gegenüber. Er und Ferdinand hätten zur Deckung der Kosten des Regiments den Ständen nach und nach Anschläge, einen gemeinen Pfennig, Romzugsgelder vorgeschlagen; sogar der Reichszoll vom vorigen Jahre sei, nachdem die Städte sich nicht willig gezeigt hätten, wieder hervorgeholt worden; endlich sei die Entlassung der Regimentsräthe der Preis gewesen, um welchen die starren Stände die halben Kosten des Kammergerichts und des Regiments zu tragen eingewilligt hätten. ¹⁾

Also nicht einmal den Beschluss der Achtercommission, nach welchem das Kammergericht ganz und das Regiment zur Hälfte von den Ständen bezahlt werden sollte, und der doch sicher schon ein Compromiss war, vermochte die Regierung durchzusetzen.

¹⁾ Lanz I, p. 119. 122.

Der 23. März war Mittwoch vor Ostern. Von da ab ruhten die Reichstagsgeschäfte bis nach dem Feste; der Erzherzog zog sich in ein benachbartes Kloster zurück. Am 31. März wurde den Ständen die Entscheidung der Regierung übergeben, und zwar in der Form eines Reichsabschiedes.¹⁾ Dieselbe entspricht nicht nur im Inhalte, sondern bis aufs Wort den ersten zwanzig Paragraphen des endgültigen Reichsabschiedes vom 18. April. Die Regierung gab darin alles, was verlangt worden war: die zweijährige Unterhaltung des Kammergerichts und des Regiments wird von den Ständen und dem Kaiser gemeinsam übernommen, doch sind in die Hälfte des letzteren die Beiträge für Oestreich und Burgund eingeschlossen. Eine Umänderung der Wormser Ordnung wird in 6 Artikeln gegeben: 1) Abschaffung der kaiserlichen Declaration, 2) die 18 Kurfürsten und Fürsten, welche abwechselnd persönlich am Regiment sein sollen, dürfen sich durch Rätthe vertreten lassen — hierbei wird zugleich der Turnus, nach welchem sie abwechseln sollen, festgesetzt — doch dürfen sie sich auch 3) unter einander vertreten; 5) der persönlich am Regiment anwesende Fürst oder Kurfürst darf seine Rätthe mit in die Sitzungen nehmen; ebenso sind dem Erzherzog deren zwei gestattet; 5) nicht von den Ständen besetzte Stellen besetzt das Regiment selbst nach der Wormser Ordnung und 6) dem Regiment wird alle Jurisdiction entzogen. Im übrigen sollte die Wormser Ordnung in Kraft bleiben. Die Verlegung des Regiments und Kammergerichts — nach Esslingen —, auch

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 349—357. Feilitzsch an den Kurfürsten von Sachsen, Förstemann p. 176, hat bei der Verlesung die Zweideutigkeit in der Beurlaubung des Regiments wohl gemerkt. — Der offizielle Reichsabschied, vom 18. April datiert, ist am besten gedruckt: Neue Sammlung der Reichsabschiede II, 252—269. Der Druck bei Lünig ist durch Lesefehler an vielen Stellen bis zur Sinnlosigkeit entstellt.

die Vakanz beider Institute bis Pfingsten wird verfügt, und zwar soll während derselben der Statthalter allein die Reichsgeschäfte besorgen, als wenn das Regiment ihm zur Seite stünde. Nur, aber auch nur in dem Punkte der Beurlaubung der Regimentsmitglieder werden in dem Entwurfe noch Winkelzüge gemacht. An der einen Stelle heisst es, es werde den Räthen „an-
„haim zu ziehen erlaubt mit angehengter beger, Wo sie
„widerumb erfordert, sich gutwillig erzeigen vnd finden
„zu lassen,“ an einer andern: Die Stände sollen zu Pfingsten ihre Regimentsräthe in Esslingen haben „aus-
„serhalb der itzo auf diesem Reichstag beclagten regi-
„mentspersonen“. —

Es ist, kurz gesagt, zweierlei, was die Veränderung der Regimentsordnung charakterisiert. Eine wichtige Befugnis wurde dem Regiment genommen, andererseits aber die Durchführung der ihm gebliebenen Obliegenheiten zweifellos erleichtert. Nur von diesem letzten Gesichtspunkte aus konnte die Regierung damit zufrieden sein. Was sie dagegen von ihren anfänglichen Forderungen aufrechterhielt, was sie in dem Entwurf neu für den Statthalter in Anspruch nahm, war verzweifelt wenig. Sie musste sich damit trösten, das Regiment überhaupt behalten zu haben.

Ganz zufriedengestellt waren die Stände immer noch nicht. Sie merzten zunächst die zu günstig klingende Formel der Verabschiedung der Regimentsräthe aus, wodurch freilich die Unklarheit der Worte keineswegs gehoben wurde; in dem offiziellen Reichsabschied ist die zweite der oben angeführten Stellen getilgt, an der ersten nur gesagt: „gnediglich anheim zu ziehen erlaubt“. Wie aus einem in den ersten Tagen des April gegebenen Schreiben der Regierung an die Stände ¹⁾ hervorgeht, hatten diese noch andere Wünsche vorgebracht. Sie

¹⁾ Fr. RTA. 39. fol. 359–361.

hatten den Entwurf eines Mandats ¹⁾ vorgelegt, nach welchem kein Stand gehalten sein sollte, seinen Beitrag zur vorjährig beschlossenen Türkenhilfe und zu der eben beschlossenen Regimentsunterhaltung eher zu geben, als bis seine etwaigen Reclamationen sorgfältig geprüft worden seien. Ausserdem hatten sie gewollt, dass dem Regiment auch die widerrechtlichen Geleitsgewährungen, über welche geklagt worden war, untersagt würden. Sie hatten endlich auf die Einsetzung der schon früher von der Regierung genehmigten Commissionen gedrängt. Allen diesen Forderungen kam die Regierung nach; das Mandat wurde gebilligt, dem Regiment in einem Befehl des Statthalters und Orators ²⁾ geboten, Criminalverbrecher überhaupt nicht und Leute, die gegen ihre Obrigkeit klagten, nur dann zu geleiten, wenn die betreffende Obrigkeit auf Befragen ungenügende Antwort gegeben habe. Die Commissionen wurden gebildet. Offenbar geschah es auch auf den Wunsch der Stände, dass der Beschluss über die Anschlagsreclamationen und die Bildung des Ausschusses über die gegen das Regiment schwebenden Klagen an den Entwurf vom 31. März angefügt und als Paragraph 21—23 in den officiellen Reichsabschied nachträglich aufgenommen wurden.

Die Commissionen begannen ihre Thätigkeit. Von der wichtigsten, d. h. derjenigen, welche die Irrungen zwischen dem Regiment und den klagenden Ständen zu untersuchen hatte und in welcher als unparteiische Stände Kurköln durch Enckhorn, Worms durch Ribeyssen und Cleve durch Dockheim vertreten waren, ³⁾ hö-

¹⁾ Fr. RTA. 39 fol. 358.

²⁾ l. c. fol. 361.

³⁾ Der Erzherzog hatte erst für dieselbe Georg Truchsess, Ulrich von Schollenberg, Rodt und Scheurl bestimmt, die noch in einem Abschiedsentwurfe vom 12. April erwähnt werden (Fr. RTA. 39. fol. 376—384). Nach dem officiellen Reichsab-

ren wir nichts mehr. Die Commission wird zu keinem Resultate gelangt sein und wird, wie dies im Reichsabschiede vorgesehen war, die Sache in die Hände des Statthalters und des neuen Regimentes gelegt haben. Dagegen gelang es, eine neue Matrikel ¹⁾ zur Unterhaltung des Regiments zu entwerfen, gegen welche nun jeder Reichsstand für seinen Theil innerhalb zweier Monate Einsprache erheben durfte. Die Commission für die Rechenschaftsablegung hat ihre Arbeiten fertig gestellt; die Stände scheinen sich gleichzeitig mit dem ersten Anbringen der Forderung einer Rechenschaft (12. März) an die Städte gewendet zu haben, welche die Geldeinnahme besorgten. Schon am 23. März ²⁾ schickte Frankfurt zwar nicht die Originalpapiere, aber eine Zusammenstellung der auf das Regiment bezüglichen Geldgeschäfte. Am 18. April konnten die Stände dem Rathe von Frankfurt detaillirte Verhaltensmassregeln geben. ³⁾ Am resolutesten ging die Commission für „Inquisition und Reformation“ des Kammergerichts vor. Eine Eingabe des Kammergerichts vom Jahre 1526 sagt, ⁴⁾ bei dieser Inquisition habe man „sich die Gemüther so erhitzt, dass man sich gegenseitig erwürgt haben würde, hätte Gott es nicht anders gefügt.“ Es wurden drei Räte entsetzt: Dr. Coldernitz (Oestreich), Dr. Ulrich vom westphälischen und Dr. Kreutner vom

schiede waren von erzherzoglicher Seite verordnet: Rudolf v. Ehingen, Vogt, Henniger.

¹⁾ Dieselbe ist vollständig gedruckt: v. Harpprecht IV, 2, p. 220.

²⁾ Allerdings widerwillig und mit dem unwürdigen Wunsche für die Mühe belohnt zu werden: Fr. RTA. 40. fol. 39. Die Kommission bat Holzhausen einigemale um Vorlegung der Originalien. l. c. fol. 33.

³⁾ l. c. fol. 41.

⁴⁾ v. Harpprecht IV, 2, p. 65.

fränkischen Kreise.¹⁾ Planitz meint, die Inquisition sei nach dem Gesichtspunkte des Glaubens und danach veranstaltet worden, ob die Richter ihre Vota für oder gegen den Adel und die Monopolien abgegeben hätten; er behauptet, Kreutner sei entsetzt worden, weil er in den Fasten Eier gegessen habe. Man wird in der Aufnahme dieser Meinung sehr vorsichtig sein müssen: mit keinem Worte ist in den gegen das Kammergericht erhobenen Beschwerden die Religionsfrage berührt worden, und der evangelisch-festgläubige Planitz sah in jener Zeit überall Ränke gegen die Luthersche Lehre, wo nur einmal ein Lutheraner etwas zu leiden hatte.

Obwohl die Regierung am 31. März in die Beurlaubung des Regiments gewilligt hatte, zeigte sie doch diesem zunächst nichts davon an. Vollkommen im Ungewissen über seine Zukunft, wendete es sich mit einer Eingabe am 4. April²⁾ an den Erzherzog, worin es ihn an seine langen Dienste und an das noch vor 8 Tagen gegebene Versprechen der Weitererhaltung mahnte. Aber der Erzherzog konnte keine Rücksicht mehr darauf nehmen; am 8. April wurde das Regiment verabschiedet. Das Decret³⁾ nennt Statthalter und Orator als Entlassende; was sie beide anlange, wird darin betont, seien die einzigen Gründe der Entlassung die Verlegung des Regiments und das Fehlen der Mittel zur Unterhaltung bis Pfingsten. Noch an demselben Tage reichte das Regiment zwei Proteste an die Reichsversammlung ein.⁴⁾ Der eine bezieht sich auf die Reichsverhandlungen überhaupt: wenn aus den Beschlüssen der hier versammelten

¹⁾ Planitz an den Kurfürsten von Sachsen. 17. April. Förstemann p. 189.

²⁾ Fr. RTA. 39. fol. 300—302. Planitz an den Kurfürsten. 4. April. Förstemann p. 180.

³⁾ Müller, Entd. Staatscab. I, p. 223. 224.

⁴⁾ Müller, l. c. I, p. 225 ff. = Fr. RTA. 39. fol. 338. 339, woher auch das Datum.

Stände, die doch nur ein geringer Theil der gesamten seien, etwas entspringen sollte, was der Wormser Ordnung und der kaiserlichen Declaration entgegen wäre, so protestiere das Regiment öffentlich und mache bekannt, dass es nicht an den Verhandlungen theilgenommen habe. In dem zweiten Proteste wird den Ständen das Recht abgesprochen, gegen das Regiment zugleich Kläger und Richter zu sein. Nur dem Kaiser seien die Regimentsräthe verwandt. Die letzten Lebensäuserungen des gefallenen Regiments standen somit durchaus in Harmonie mit der Regierung, die es so lange als möglich zu halten gesucht hatte.

Damit war die lärmende Frage um das Regiment erledigt. Aus der Mitte der Reichsversammlung protestierte Feilitzsch ¹⁾ im Namen Kursachsens gegen die Beurlaubung. Kurpfalz liess sich die Neuordnung der Dinge gegen erneute Verbriefung seines Vicariatsrechts gefallen. ²⁾

War es ein neues oder blieb es das alte Regiment, welches am Pfingstdienstag in Esslingen zusammentreten sollte? Was die Zusätze zur Regimentsordnung betrifft, so dürfte der Jurist wohl dafür stimmen, dass das alte Regiment fortbestanden habe. Auch der Reichstag sah in den Zusätzen mehr eine richtige Interpretation der Wormser Ordnung, als ein neues Gesetz. Was die Beurlaubung der bisherigen Regimentsräthe betrifft, so war Reichsabschied wie Entlassungsdecret gleich unbestimmt. Sie wurden entlassen. Dass damit eine Entlassung für immer gemeint war, ist nach den Verhandlungen klar; ausgesprochen wurde es nicht. Den Sinn

¹⁾ Am 11. April; er protestierte nur gegen den fertigen Beschluss in der Regimentssache, sonst nur gegen etwa dem Kurfürsten unleidliche Beschlüsse, die noch gefasst werden könnten. Förstemann p. 183. Gedruckt ist die Protestation bei Walch XV (1745) p. 2696.

²⁾ Förstemann p. 183.

des Ständebeschlusses zu treffen, war gewissermassen dem Esslinger Regimente als erste Aufgabe zugemessen. Als Planitz und Taubenhain den Erzherzog um eine offene Erklärung darüber baten, ob ihre Entlassung eine dauernde oder eine zeitweise sei, wurde ihnen dieselbe verweigert.¹⁾

Worüber das Reichsregiment stürzte, ist klar: es hatte sich einer grossen Anzahl von Ständen unliebsam gemacht; es war eben eine Centralgewalt, welche die politische Actionsfähigkeit der einzelnen Stände hie und da beschränkte. Man hat jedoch bisher fast allgemein angenommen, dass die dem Lutherthum nicht abgeneigte Gesinnung des Regiments ein Moment gewesen sei, das diesen Sturz mit herbeigeführt habe. Diese Annahme ist unrichtig. Sie hängt wohl mit der Idee zusammen, dass Hannart und der Erzherzog dem Regiment entgegen gewesen wären. Ist es nun aber buchstäblich wahr, was ersterer an den Kaiser berichtet, dass sie alles mögliche gethan haben, um das Regiment zu halten, so würde es wirklich Wunder nehmen, wenn die Stände, die doch alles zusammensuchten, woraus dem Regiment ein Vorwurf gemacht werden konnte, die Religionssache wohl in Betracht gezogen, aber unerwähnt gelassen haben sollten; die Majorität der Stände war ja antilutherisch. Die einzige Beschwerde, welche an die religiöse Frage streifte, war die des Bischofs von Würzburg: sie wird auch in diesem Sinne von v. Harpprecht und Jansen angezogen. Der erste Artikel dieser Beschwerde zeigt nämlich an, dass der Bischof zwei Domherren, Apel und Fischer, habe gefangen setzen lassen, weil sie sich verheirathet hätten; das Regiment habe ihre Freilassung verfügt, worauf er sie vor sein geistliches Gericht gestellt und des Landes verwiesen habe. Es ist richtig, die Verheirathung der beiden und ihr Process er-

¹⁾ Planitz an den Kurfürsten, 17. April. Förstemann p. 189. Entdecktes Staatscab. I. p. 228.

regten grosses Aufsehen, ¹⁾ aber mit keinem Worte sagt der klagende Bischof selbst, dass ihm das Regiment als lutherisch verdächtig erschienen sei; er stellt das Verfahren als einen Eingriff in seine Rechte als Landesherr dar, wie es auch die Stände so aufnahmen und durch den Antrag auf Entziehung der Gerichtsbarkeit und der Geleite ahndeten. Ueber die religiöse Haltung des Regiments haben sich die Stände nicht beunruhigt, und als der Gesandte des Bischofs von Speier einmal in der Reichsversammlung die Rede darauf brachte, dass einige Regimentsräthe das Abendmahl unter beiderlei Gestalt genommen hätten, hatte er damit kein Glück. ²⁾ Es ist dies übrigens, soweit unsere Kenntniss reicht, der einzige Versuch, welcher in dieser Richtung gemacht worden ist. Nicht einmal Herzog Georg von Sachsen, dem das Regiment niemals rührig genug gegen Luther war, wendete sich mit einer diesbezüglichen Klage an den Reichstag. ³⁾ — Man hat auch in der Verlegung des Regiments den Versuch des Erzherzogs gesehen, dasselbe von den lutherischen Einflüssen fern zu halten, die in Nürnberg auf dasselbe einwirken mussten. ⁴⁾ Allein die Initiative des Verlegungsplanes ist, wie man aus

¹⁾ Apelli defensio mit einer Vorrede von Luther, Dresdener Bibliothek E, 234, 6. Ein anderer Druck bei Weller No. 2450 verzeichnet. Apels Bruder, ein Tuchmacher in Nürnberg, schrieb auch eine Schrift über den Vorfall, s. Roth, Einführung der Reformation in Nürnberg (1885) p. 123.

²⁾ Planitz an den Kurfürsten. 28. März. Förstemann p. 172.

³⁾ Siehe die Instruction Packs.

⁴⁾ Namentlich behaupten es die Autoren des 18. Jahrhunderts, die über den Reichstag schrieben, mit irreführender Sicherheit: Entd. Staatscab. I, p. 221. v. Harpprecht IV, 2, 57. Häberlin X, p. 579. Letzterer citiert dafür (v. Wölckern) Historia diplomatica Norimberg (1738), worin aber ebenfalls nichts Begründendes zu finden ist. Joachim, Fortges. Samml. VIII, p. 309 meint: die Lutheraner hätten das Regiment mit untergraben, weil es die Altgläubigen begünstigt habe.

den Verhandlungen ersieht, von den Ständen ausgegangen und hatte zum Grunde den Wunsch der drei rheinischen Fürsten, das Regiment in ihrer Nähe und Gewalt zu haben. Dass aber mit dem Gegenvorschlag der Regierung vorzugsweise altgläubige Städte berücksichtigt worden wären, dass dieser den Zweck verfolgt hätte, dem Regimente lutherische Sympathien unmöglich zu machen oder zu erschweren, wird man kaum annehmen können, wenn man bedenkt, dass die Städte geschlossen gegen das Wormser Mandat stimmten, und dass unter den von der Regierung vorgeschlagenen Städten Augsburg war, wo der Durchzug des Legaten am 9. März die ärgsten Pöbelscenen und antirömischen Kundgebungen veranlasst hatte. ¹⁾ Selbst Planitz sieht in der Verlegung nach Esslingen nicht Intriguen gegen den Lutheranismus; er klagt nur, dass es in Esslingen nicht mehr möglich sein würde, frei zu reden. ²⁾ Die Gründe des Gegenvorschlags der Regierung aber liegen fast auf der Hand: eine Verlegung gab man zu, um nur überhaupt zum Ziele zu kommen; von den drei vorgeschlagenen Städten waren Ulm und Augsburg für das Regiment — vielleicht eben durch Erregung von Hoffnungen — gewonnen worden, so dass man ihnen gern gefällig sein mochte und Esslingen empfahl sich durch seine Lage inmitten der erzherzoglich-württembergischen Länder.

¹⁾ Balan, Monumenta Reformationis Lutheranae (1884) p. 329.

²⁾ Jordan, Aus Berichten eines Leipziger Reichstagsmitgliedes (!) vor vierthalbhundert Jahren (1869). Planitz an den Kurfürsten. 8. April.

Die Legation Campeggis. Die Verhandlungen über die „neue Lehre“ und die Türkenhilfe.

Während der Reichstag noch mit der Entgegennahme der aus den Ständen kommenden Beschwerden beschäftigt war, traf am 15. Februar der päpstliche Kammerherr Hieronymus Rorario in Nürnberg ein. Das Ereigniss wurde nicht eben beachtet; von der Reichsversammlung scheint er gar nicht vorgelassen worden zu sein. Er kam auch nur als Vorbote eines anderen. Das Creditiv an die deutschen Fürsten, ¹⁾ welches er mitbrachte, besagte: da der Papst gehört habe, dass in Nürnberg sich ein Reichstag versammele, habe er sich entschlossen, einen apostolischen Nuntius dahin zu senden, „qui, si quis quod ad apostolicam pertineat sedem „eiusque auctoritatem desideret, praesto sit ac vobiscum „in commune de totius christianitatis commodis aut potius de malorum remediis consultet.“

Auch die Empfehlungsbreven, welche Rorario den einzelnen Fürsten überreichte — ihr Datum ist der 24. December 1523 — stellten die Ankunft eines Nuntius in Aussicht. Indessen blieb es dabei nicht. Sei es, dass keiner der Cardinäle sich als Nuntius gebrauchen lassen wollte, sei es dass man den Plan der Sendung überhaupt erweiterte, am 8. Januar 1524 war es bestimmt, dass der Cardinal Lorenzo Campeggi als legatus a latere in der Lutherischen Angelegenheit nach Deutschland gehen würde. So berichten die venezianischen

¹⁾ Das Creditiv an den Reichstag. Fr. RTA. 39. fol. 318. Fünf Schemata von Breven an einzelne Fürsten druckt Balan, Monum. Ref. Luth. p. 312—316 ab.

Diplomaten aus Rom; ¹⁾ sie erwähnen nicht, dass mit der deutschen eine ungarische Legation verbunden, oder dass auch Hilfe gegen die Türken am Reichstage zu betreiben beschlossen worden sei. Nichtsdestoweniger ist es wahrscheinlich, dass diese Punkte bereits damals mit in den Umfang der Legation aufgenommen worden sind, denn Campeggi gehörte einer im December 1523 aus Cardinälen gebildeten Commission zur Berathung der Türkengefahr an. ²⁾

Leider ist uns die Kenntniss der Instruction des Legaten für den Reichstag versagt; man kann in dieser Richtung nur Schlüsse aus Gutachten und dem Auftreten des Legaten selbst ziehen. Es muss uns vor der Hand genügen, die Punkte aufzustellen, in denen er überhaupt wirken sollte. Diese waren eben die deutsche Religionsspaltung und die Türkengefahr.

Der letzteren nahm sich Clemens VII. eifrig an: er war schon als Cardinal „protector Hungariae“ gewesen, jetzt kämpfte der Bischof von Scardona in seinem Auftrage gegen die Türken im kleinen Krieg; ³⁾ eine Commission in der Türkensache war gegründet. Das Hauptinteresse der Curie bei der Legation Campeggis beruhte aber doch in den deutschen Religionswirren. Es galt, Stellung zu den bedrohlichen Beschlüssen des letzten Reichstags zu Nürnberg, zu der Concilsforderung und der Wiederholung der Gravamina zu nehmen. Eine Commission, bestehend aus Soderini, Accolti und Corner, war für die deutsche Religionsangelegenheit gebildet

¹⁾ Thomas, Martin Luther und die Reformationsbewegung in Deutschland vom Jahre 1520—1532 in Auszügen aus Marino Sanutos Diarien (1883) No. 58. 59. 60. Foscari, Lipomano und da Pozzo stimmen überein.

²⁾ Thomas No. 56.

³⁾ Monumenta Vaticana Hungariae. II. Series. Relationes oratorum Pontif. I (1885). Prolegomena p. XXIX. XXX.

worden, ¹⁾ aber auch von anderen Cardinälen wurden Gutachten verlangt. Das von Aleander eingereichte ist uns bekannt. ²⁾ Und um diesen Arbeiten auf dem Reichstage wirklich Erfolg zu schaffen, suchte man auf allen Seiten um Unterstützung nach. Am 14. Januar forderte der Papst den Rath von Venedig auf, zwei Canonisten zu dem Nürnberger Reichstage zu schicken. ³⁾ Die unterm 15. Januar an Baiern ertheilte Genehmigung der Besteuerung des Clerus zum Zwecke eines Türkenkrieges ⁴⁾ dürfte nicht zum mindesten in der Absicht ertheilt worden sein, gute Freunde der Curie in Deutschland zu werben. Vom 17. Januar ist das Schreiben datiert, ⁵⁾ welches die Reichsfürsten um Geleit für Campeggi bittet, von demselben Tage ein Breve an den Kaiser ⁶⁾ zu demselben Zwecke und voll Ermahnungen, er möge das Wormser Edict aufrecht erhalten. Ja auch durch jene englische Ordensgesandtschaft an Ferdinand hoffte man unterstützt zu werden; ein Breve an Heinrich VIII., ⁷⁾ ebenfalls vom 17. Januar, bittet, dieselbe daraufhin zu instruieren. Bei so umfassenden und so umständlichen Vorbereitungen, die noch dazu erst spät begonnen hatten, kann es nicht Wunder nehmen, dass der

¹⁾ Thomas No. 56.

²⁾ Döllinger, Beiträge zur politischen, kirchlichen und Culturgeschichte der letzten 6 Jahrhunderte III (1882) p. 243 bis 267. Das Gutachten betrifft nur die deutsche Legation. Was sonst in Sachen der Glaubensspaltung zu thun sei, setzt Aleander in einem zweiten Gutachten l. c. p. 268–284 auseinander. Ausserdem schrieb er damals noch eine Abhandlung über Entstehung und Verbreitung des Lutheranismus und eine andere über die Stellung der deutschen Reichsfürsten zur neuen Lehre (l. c. p. 269).

³⁾ Thomas No. 61.

⁴⁾ Balan, Monumenta Saeculi XVI. historiam illustrantia (1885) p. 268.

⁵⁾ Balan, MRL. p. 321.

⁶⁾ Raynaldus, Annal. Eccles. XX, 1524 § 2. 3.

⁷⁾ Brewer IV, 1 (1870) No. 35.

Legat erst am 1. Februar von Rom abzog, ¹⁾ um erst nach anderthalbmonatlicher Reise an seinem Bestimmungsorte einzutreffen.

Wenn man bemerkt, wie in dem Reichstagsauschreiben die Religionssache gar nicht berührt und wie dieselbe erst durch den Kaiser und den Papst gewissermassen von aussen her an den Reichstag herangeführt wird, möchte man ein festes Bündniss zwischen beiden annehmen. Doch würde man damit nicht das Richtige treffen. Allerdings fertigte um den 23. August 1523, also in derselben Zeit, als Hannart Spanien verliess, der Kaiser neue Instructionen für seinen römischen Gesandten aus, welche auch weitere Massregeln gegen den Lutheranismus zu berathen Auftrag geben, ²⁾ aber seit jener Zeit war in der römischen Correspon-

¹⁾ Cochlaeus, de actis et scriptis M. Lutheri (Paris 1565) f. 82. — Campeggi kam, wie das Aleandersche Gutachten räth, (Döllinger III, p. 246) wohl vorbereitet für theologische Unterhandlungen. Noch unterwegs, in Tirol, war es die Meinung seiner Umgebung, dass Luther auf dem Reichstage sein würde: G. Kirchmairs Tagebuch in Fontes rerum Austr. I, 1, p. 465. (1855). Der Legat brachte zwei Minoriten aus Venedig mit, „per parlar contra M. Luther“ (Thomas No. 85. 90), ebenso aus Rom Cochlaeus (siehe die oben citierte Stelle in Kirchmairs Tagebuch), der auch in Nürnberg in seinen Diensten arbeitete (s. Gess, Joh. Cochlaeus der Gegner Luthers. Leipz. Diss. 1886. p. 26) und geradezu in seinem Solde stand: Mon. Vat. Hung. II, I. p. 27: ho mandato al Cocleo altri cento fiorini perche con li primi cento potea far poco havendone a vivere et a fare stampare. Diese Stelle fehlt in dem Abdruck des Briefes bei Balan, MRL. p. 364. Wahrscheinlich wird der Legat auch den Johann Haner, der sich dem Papste angeboten hatte (Balan, MRL. p. 316) verwendet haben. Dies sei zu Maurenbrecher, Gesch. der kath. Reformation I (1880) p. 238. 239. 304 nachgetragen.

²⁾ Bergenroth II (1866) p. 578—580. — Auf den 22. August, nicht den 22. December ist der Brief zu datieren, welcher Lanz I, p. 80 abgedruckt ist. Siehe Heine, Briefe an K. Karl V. geschrieben von seinem Beichtvater in den Jahren 1530—1532 (1848) p. 276.

denz des Kaisers keine Rede mehr davon. In dem oben genannten Breve an den Kaiser vom 17. Januar wurden nicht frühere Wünsche des Kaisers, sondern Anforderungen Ferdinands als Grund dafür angegeben, dass der Papst die Legation Campeggis beschlossen habe. Eine Verabredung zwischen Kaiser und Papst über ihr Verhalten gegenüber der Religionsfrage liegt also nicht vor; die Intervention in Deutschland scheint überhaupt von dem neuen Papste auf eigene Faust unternommen worden zu sein. Es ist doch recht befremdlich, dass der Papst an einem und demselben Tage (17. Januar 1524) an die deutschen Fürsten und an Ferdinand schreibt, der Legat komme mit Bewilligung des Kaisers, und an den Kaiser, der Legat werde auf Bitten Ferdinands nach Deutschland gesendet. Dazu ist noch zu bedenken, dass Pedro de Cordova,¹⁾ der als Gesandter Ferdinands am 8. Januar 1524 in Rom eintraf, durchaus nichts den gleichzeitigen Reichstag Betreffendes zu betreiben hatte und dass trotzdem der Papst in dem Schreiben an den Kaiser sich auf diese Gesandtschaft beruft. In den Breven endlich, welche Rorario an die deutschen Fürsten, auch an Ferdinand, zu überbringen hatte, war die Initiative vollkommen für den Papst in Anspruch genommen; es hiess darin: der Papst habe gehört, dass sich ein Reichstag versammele und schicke deshalb seinen Gesandten. Die Annahme, dass der Legat auf Ferdinands Wunsch geschickt worden sei, möchte recht geringe oder keine Stütze finden. Die Annahme dagegen, dass die Legation beim Bekanntwerden der neuen Reichsversammlung von dem Papste selbständig geplant und abgesendet wurde, wird ge-

¹⁾ Thomas No. 60. Seine Instruction gedr.: Balan, Mon. Saec. XVI. p. 264 = Balan, MRL. p. 311. Ein Schreiben Ferdinands, das sein Kommen ankündigt (vom 4. December 1523): Balan, Mon. Saec. XVI. p. 263.

rade genügend begründet durch den Hinweis auf den Fall von Rhodus und auf die drohenden Reichstagsbeschlüsse des letzten Jahres, die doch vielleicht auch durch die Milde Hadrians mit veranlasst waren.

Der Reichstag beschäftigte sich mit dem päpstlichen Legaten zum ersten male am 5. März.¹⁾ An diesem Tage zeigte Ferdinand den Ständen an, dass der Legat und der Papst für ihn um Geleit gebeten habe, worauf die Ständerversammlung bewilligte, dass die betreffenden Fürsten das Geleit gäben. Am 11. März verhandelte man über den Empfang des Legaten: es wurde beschlossen, dem Statthalter und dem kaiserlichen Gesandten anheimzustellen, ob sie ihn in eigener Person oder durch eine Begrüssungsgesandtschaft einholen lassen wollten. Da bei dem Einzuge des Legaten in Augsburg Skandale vorgekommen waren, was Herzog Wilhelm von Baiern in der Sitzung erwähnte, sollte demselben der Rath ertheilt werden, er möge ohne Ceremonien und ohne Segenspenden in die Stadt einziehen. Der für den Legaten wenig ehrenvolle Beschluss über seine Einholung wurde noch in letzter Stunde (14. März) umgestossen und an seine Stelle der neue gesetzt, dass alle anwesenden Stände mit dem Erzherzog ihm entgegenreiten sollten. So geschah es auch, als am Nachmittag desselben Tages der Legat zwischen 4 und 5 Uhr einzog;²⁾ die kirchlichen Solennitäten aber unterblieben.

Der Legat erlangte sofort Gehör bei den Ständen; seinetwegen wurden die Verhandlungen über das Regiment unterbrochen. Als am 17. März früh Städtegesandte den Ständen einen Bescheid zu übergeben kamen, wurden sie nicht gehört. Campeggi trug in all-

¹⁾ Die Verhandlungen über Geleitung und Einholung des Kardinals am 5., 11. und 14. März nach den Berichten Feilitzsch's bei Förstemann p. 153. 154. 157.

²⁾ Förstemann p. 158. 160. Der einzige Fürst, der dem Legaten nicht mit entgegenritt, war Pfalzgraf Kurt. Ludwig.

gemeiner Ständeversammlung, im Beisein auch des Regiments, sein Anliegen vor. Zunächst hielt Johann Franz Titularbischof von Scara eine allgemein einleitende Rede; ¹⁾ darauf trat der Legat selbst vor. ²⁾ Er, ein besonderer Freund der Deutschen, sei gekommen, um zum Wohle der deutschen Nation mitzuhelfen. Es sei wunderbar, wie die Fürsten die Religion ihrer Vorfahren aufgeben könnten, um eine neue anzunehmen, die nur Aufruhr entflammen würde. Deshalb komme er vornehmlich; doch wolle und solle er nichts fordern, sondern allein zum Guten mithelfen. Ein zweiter Grund seiner Anwesenheit sei die Türkengefahr, die schon dem deutschen Reiche sich nähere. Dass früher in Rom Türkengelder zu anderen Zwecken, als den bestimmten verwendet worden seien, könne er nicht läugnen: auch in Rom seien die Menschen Sünder; man möge dies bedenken und den Papst in seinem ernstesten Streben gegen die Türkengefahr unterstützen. — Namens der Stände antwortete der Kanzler von Mainz. Caspar v. Westhausen; er dankte dem Legaten, theilte ihm mit, dass die Stände einen Ausschuss zur Unterhandlung mit ihm verordnen wollten und bat ihn, er möge seine Instruction vorbringen. Zugleich gab er zu verstehen, dass die Stände auch ohne ihn, den Legaten, sich der Gefahren der neuen Lehre wohl bewusst seien und erinnerte an die voriges Jahr dem Nuntius überreichten Beschwerden. Was die Türkenbekriegung anlange, so sei das eine

¹⁾ Cochlaeus, de actis etc. f. 82. 83. Dieser Bischof, auch ein Minorit, war noch 1526 in Diensten der Curie. Balan, Mon. Saec. XVI. I, p. 356.

²⁾ Anrede des Legaten, Antwort und Replik im deutschen Auszuge bei Förstemann p. 160—163. Planitz in seinem Bericht von der Sitzung, Förstemann p. 163, sagt nichts von einer Replik des Legaten. Vielleicht ist sie nicht mündlich gleich in der Sitzung gegeben worden. Es kommt wenig darauf an.

Sache der ganzen Christenheit, nicht Deutschlands allein. — Die Antwort des Legaten lautet um vieles bestimmter, als seine erste Rede: von Ständebeschlüssen gegen die neuen Lehren, welche Ketzereien enthielten, sei ihm nichts bekannt; ebendarum aber sei er hergeschickt und erwarte von den Ständen, die mit den Einzelheiten besser bekannt seien, Vorschläge. Doch sei ihm bekannt, dass ein Mandat zu Worms erlassen und nicht genügend befolgt worden sei: dies müsse zur Vollziehung gebracht werden — doch komme er nicht Gewalt zu predigen, sondern im Verein mit den Ständen gütliche Mittel zu finden. Die Gravamina seien dem Papst und den Cardinälen officiell nicht bekannt geworden, und so sei er daraufhin nicht instruiert. Allerdings könne er darüber unterhandeln, da er vollkommene Gewalt habe, aber auf die dem römischen Stuhle feindlichen Artikel werde und könne er nicht eingehen. Die Publication der Beschwerden durch den Druck habe nichts als Unfrieden geschaffen; wenn die Stände ihre gerechten Forderungen erreichen wollten, so thäten sie besser, Gesandte nach Rom zu senden. Das hätten die Spanier gethan und seien ihrer Beschwerden ledig geworden. Dann ging die Rede über auf die Türkensache. Der Papst bemühe sich auf das eifrigste um den Frieden zwischen den kämpfenden christlichen Mächten, damit den Türken kräftigerer Widerstand geleistet werden könne. Die Stände selbst sollten auf Mittel denken, wie der Friede innerhalb der Christenheit zu erreichen sei.

Mit dieser Rede des Legaten muss die Sitzung geschlossen haben. Von nun ab wurden die beiden Gegenstände der päpstlichen Gesandtschaft getrennt verhandelt.



A. Die Verhandlungen über die „neue Lehre“.

Wir erinnern uns noch einmal daran, dass die Beschlüsse des Reichstages vom Jahre 1523 für die Curie geradezu gefährlich waren. Das Wormser Mandat gegen Luther war durch das neue, in welchem die Predigt des Evangeliums erlaubt wurde, für die Praxis aufgehoben worden; die Concilsforderung und die Ueberreichung der Gravamina waren Beweise intensiver Romfeindschaft innerhalb der deutschen Stände. Wir erinnern uns ferner daran, dass der Kaiser, Concilsforderung und Gravamina bei Seite lassend, allein auf Restitution des Wormser Mandates drang, und dass nach dem ursprünglichen Plane des Regiments und Ferdinands der jetzt tagende neue Reichstag die Religionsfrage überhaupt nicht berühren sollte. — Versicherungen des Legaten, seine Sendung sei eine friedliche, waren deshalb im allgemeinen, wie auch nach den Vorgängen in Augsburg und bei den Ausfällen Osianders, der ¹⁾ am 15. März vom Antichrist in Rom predigte, recht wohl am Platze. Campeggi musste leise auftreten; so nannte er z. B. vor der Reichsversammlung Luthern nicht mit Namen. Doch litt unter dem versöhnlichen Tone seiner ersten Rede die Bestimmtheit der zweiten nicht ²⁾ In ihr werden Mandate gegen die Ketzler ziemlich unumwunden gewünscht, die Execution des Wormser Manda-

¹⁾ Nicht Schleupner, wie Förstemann p. 164 anmerkt. Siehe Wilken, Andreas Osianders Leben, Lehre und Schriften I (1844) p. 49. Anm. 46.

²⁾ Die Acten gebrauchen, die sämtlichen religiösen und kirchlichen Fragen zusammenfassend, den Ausdruck „neue Lehre.“ Man hatte sich auf diese Bezeichnung geeinigt: s. den Anfang der Städteingabe, Förstemann p. 150.

tes gefordert, die Prärogative und Würde des Papates auf das nachdrücklichste betont, ohne dass die Berücksichtigung der deutschen Gravamina irgendwie angedeutet worden wäre; der Concilsforderung wurde gar nicht gedacht.

Es fragte sich nunmehr, wie der Reichstag diese Meinungsäusserung des Legaten, die ja den letzten Ständebeschlüssen gerade entgegenstand, aufnehmen würde. Die Majorität der anwesenden Stände war altgläubig. Ausser dem Erzbischof von Trier und dem Hochmeister waren nicht weniger als 18 geistliche Fürsten sei es persönlich anwesend, sei es durch Botschafter vertreten.¹⁾ Was die weltlichen Fürsten anlangt, so nahmen zwar zwei heftige Gegner Luthers, Joachim von Brandenburg und Georg von Sachsen damals überhaupt nicht am Reichstage Theil; wohl aber waren die Herzöge von Baiern und Ferdinand anwesend; der Kurfürst Pfalzgraf Ludwig und der Herzog von Baden waren höchstens indifferent, jedenfalls nicht Gönner der neuen Lehre; von der Stellung Feiges, des Gesandten Philipps von Hessen, ist nichts bekannt.²⁾ Feilitzsch, der Gesandte Kursachsens, zählt einmal diejenigen auf,³⁾ die sich auf seiner und Luthers Seite befänden; es sind der Hochmeister Albrecht von Preussen, die Botschaft der Grafen von Henneberg, die Grafen überhaupt und die Städte. Diese letzteren traten mit Festigkeit für Luther ein; Kursachsen hielt sich ganz zurück.⁴⁾ Am 14. März bat Feilitzsch seinen Herrn um neue Instruc-

¹⁾ Nach den Unterzeichnungen unter dem Reichsabschiede.

²⁾ Dass Feige auf dem Reichstage viel dazu beigetragen habe, dass „ein der Reformation so günstiger Beschluss“ (!) gefasst wurde, ist eine unbegründete Behauptung Hartmanns, *Histor. Hassiaca* I, p. 274 (1741) woher sie zu Schröck, Rommel und Hassencamp gedrunken ist.

³⁾ Förstemann p. 182.

⁴⁾ l. c. p. 157. 165.

tionen, wie er sich in der Sache des Legaten zu verhalten habe. Der Kurfürst antwortete ihm ausweichend: der Reichstag sei nicht dieser Sachen wegen einberufen; darauf sich stützend solle Feilitzsch nichts mitbehandeln, was irgend wie Unleidliches von dem Legaten angetragen werden könne; seine Einwilligung solle er überhaupt zu keinem Beschluss in der Religionsangelegenheit geben. Dies System passiven Widerstandes bei dem mächtigsten Gönner Luthers gab der grossen Majorität seiner Gegner ein noch stärkeres Uebergewicht im Reichstage. Die Führerschaft dieser altgläubigen Partei unter den Ständen lag, wie es scheint, bei dem Erzbischof von Trier, der schon am 5. März besonderen Eifer für die Geleitung des Cardinals innerhalb der Stadt Nürnberg gezeigt hatte, ¹⁾ und den sein Rang dem Legaten am nächsten stellte.

Zunächst trat der in der Antwort Westhausens dem Legaten gewährte Ausschuss zusammen. Wir wissen über ihn nicht mehr und nicht weniger, als dass er existierte. Weder die Namen der Mitglieder — nur dass der Abgeordnete Kursachsens nicht darin sass — noch Notizen über seine Sitzungen sind bekannt; die einzige Meldung, die wir über den Inhalt seiner Verhandlungen erhalten, müssen wir als irrig zurückweisen. Sarpi berichtet nämlich, ²⁾ der Ausschuss habe von dem Legaten Reformation des Clerus gefordert, habe aber nur eine solche des unteren Clerus, nicht die Abstellung der Missbräuche der Curie erreicht. Nun waren allerdings die bereits einigemal erwähnten Gravamina zweierlei Art; sie wurden bezeichnet als die gegen den römischen Stuhl und

¹⁾ Förstemann p. 153.

²⁾ Polani Historia Conc. Trident. (Francofurti 1621) p. 35. Er erzählt dann weiter, dass der Legat im Verlaufe des Reichstags diese Reformation wirklich gegeben habe; sie sei aber von den Ständen eben wegen jener Beschränkung auf den unteren Klerus nicht angenommen worden.

die der Weltlichen gegen die Geistlichen.¹⁾ Dass die Stände in dem Ausschusse beide Gravamina stark betont und Abhilfe gefordert haben werden, so viel wird man annehmen dürfen; Westhausen hatte sie ja gleich in der Antwort auf die Begrüssungsrede erwähnt. Soweit wird man also Sarpi Glauben schenken können. Der Legat war aber auf vollkommene Ablehnung der Gravamina instruiert;²⁾ dies geht aus seiner zweiten Rede vor den Ständen, noch deutlicher aber aus einem an ihn gerichteten päpstlichen Breve vom 14. April hervor.³⁾ Wie er in einer späteren Eingabe an die Stände, circa 17. April,⁴⁾ bestimmt behauptet, eine Reformation des

¹⁾ Gedruckt unter diesem Titel bei Hortleder, Handlungen und Ausschreiben von den Ursachen des deutschen Krieges I (1645) p. 9—23. Siehe den § 32 des Reichsabschieds 1524.

²⁾ Pallavicino, istoria del concilio di Trente II, X, § 9 sagt zwar das Gegentheil: offerendosi alla riforma di quegli abusi nel Clero i quali scandalezzavano il popolo, aber er kennt auch die Instruction Campeggis nicht. Das Alean- dersche Gutachten hatte gerathen, einige der Beschwerden abzuschaffen: Döllinger, l. c. p. 249.

³⁾ Clemens VII an Campeggi. 14. April 1524. Balan, Mon. Saec. XVI. I, p. 14. Dieses Breve ist ausserordentlich wichtig. Sein Inhalt ist: Campeggi habe gemeldet, dass schätzbare deutsche Fürsten die Reformation des Clerus wünschten. Dies sei dem Papste lieb, der bisher in seinen Bestrebungen für den Frieden unter den Grossmächten, für die Vermeidung der Türkengefahr und für die Heilung des deutschen Religionszwiespaltes an diesen Punct heranzugehen gar nicht gewagt habe. Campeggi solle deshalb, wenn alle deutschen Fürsten in dem Wunsche einer Reformation des Clerus einig seien, einen dies bezweckenden Convent veranstalten und ihm präsidiren, wozu ihm die Vollmacht mit übersendet wird. (Balan, Mon. Saec. XVI. I p. 16.). Seien aber nicht alle Stände einig, so solle er mit 6—8 Fürsten Particularconvente verabreden. — Diese neue Instruction zeigt, dass der Legat anfänglich überhaupt keine Instruction über die Gravamina mitbrachte und ferner, da dieselbe erst nach Schluss des Reichstags an Campeggi gelangte, dass der Regensburger Convent noch nicht auf dem Reichstage vorbereitet wurde.

⁴⁾ Siehe unten p. 109.

Clerus sei unnöthig, die darüber bestehenden Verordnungen dürften nur ausgeführt werden, so wird er diesen Standpunct auch schon in den Ausschussverhandlungen innegehalten haben. Als er damit in keiner Weise durchdringen konnte, mag er dann Ende März oder Anfang April die Bitte um neue Weisungen über die Reformation des Clerus, die ihm von schätzbaren und treu altgläubigen Fürsten nahe gelegt worden sei, nach Rom gerichtet haben, um wenigstens in dem minder gefährlichen Theile der Gravamina den Ständen willig zu erscheinen.

Ein Blick auf die späteren Verhandlungen Campeggis auf dem Reichstage macht es zu einer der Gewissheit nahe kommenden Vermuthung, dass er in den Ausschussverhandlungen bei den Entwicklungen seiner zweiten Rede stehen geblieben und den deutschen Forderungen in keiner Weise entgegen gekommen ist. Die Ausschussverhandlungen scheinen also resultatlos gewesen zu sein.

Am 31. März war, wie Feilitzsch berichtet, ¹⁾ noch nichts von ihnen bei den Ständen bekannt; nichtsdestoweniger war bereits eine Sitzung über die lutherische Angelegenheit abgehalten worden, von der wir leider wiederum nichts mehr wissen, als dass Feilitzsch, den Befehl seines Herrn pünktlich befolgend, sich weigerte, an den Verhandlungen überhaupt theilzunehmen. Nach und nach wurde bekannt, in welcher Weise der Reichstag seine Beschlüsse fassen werde; eben mit dem 31. März beginnen die Vermuthungen Planitz's und Feilitzsch's, dass es zu einer neuen Verurtheilung Luthers kommen möchte. ²⁾

Am 4. April fand eine weitere Sitzung der Stände über die Religionsangelegenheit statt; es kam zu fol-

¹⁾ Förstemann p. 174.

²⁾ Förstemann p. 174. 176. 180.

gendem Beschlusse: ¹⁾ in Anbetracht des Umstandes, dass die Stände durch den Kaiser an die Vollziehung des Wormser Mandates erinnert worden und dass sie darin zum Gehorsam verpflichtet seien, hätten sie beschlossen, demselben, soviel als ihnen möglich, nachzukommen und es zu vollziehen. Es trat also ein, was die kursächsischen Räte ahnten. „Dach haben Churf. „f. vnnd stennde fur noturfftig bedacht bey Bestlichen (!) „h. legaten vnnd (um) ein gemein oder Nacional Concilium velichss am furderlichsten vnnd am geschicklichsten erhalten mag werden anzuhalten vnnd sich der „Zeit vnnd malstet des selbigen mit seiner hochwirden „als bald alhie zuuergleichen.“ Für dieses allgemeine oder nationale Concil sollten die Fürsten von ihren Universitäten und Gelehrten Gutachten über die streitigen Punkte abfassen lassen, damit man daselbst zu einem endlichen Beschlusse kommen und das Gute neben dem Bösen nicht unterdrückt werde. Ebenso sollten auf dem geplanten allgemeinen oder nationalen Concile die Beschwerden gegen die Curie und die Beschwerden der Weltlichen gegen die Geistlichen verhandelt werden.

In dem Beschlusse schliesst sich an die Anerkennung des Wormser Mandates ²⁾ unmittelbar die Weiter-

¹⁾ May, Albrecht von Mainz I, p. 586 nennt den 4. April als Datum einer Sitzung. Siehe Förstemann p. 180. Den Ständebeschluss, Fr. RTA. 39. fol. 374 setze ich hierher, weil von einer weiteren Sitzung über den Gegenstand nichts bekannt ist und schon am 12. April ein Abschiedsentwurf fertig war, dessen Grundlage eben dieser Beschluss ist.

²⁾ Man sollte es doch nicht so stark betonen, dass die Stände, wie in diesem Beschluss, so auch im Abschied versprechen, das Wormser Mandat „soviel als möglich“ zu exequieren. Die Phrase kommt auch sonst vor, wo man durchaus keine Hintergedanken vermuthen kann, z. B. in der Städteeingabe Förstemann p. 150. Sie kann recht gut als besondere Bekräftigung des guten Willens der Stände angesehen werden. An der Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Wormser Mandates ändert sie ausserdem gar nichts.

bildung und Wiederholung der romfeindlichen Beschlüsse des letzten Jahres an! Und nicht unbedeutende Weiterbildungen sind es: neu tritt die Forderung des Nationalconcils auf, das den Ständen ebenso recht sein wird, wie das allgemeine. Massregeln für das bevorstehende Concil werden bereits getroffen.

Der Beschluss muss denjenigen geradezu als ein Räthsel erscheinen, welche meinen, dass es damals schon in Deutschland die beiden geschlossenen Religionsparteien der Katholiken und Protestanten gegeben habe. Der Beschluss muss ihnen um so mehr als ein Räthsel erscheinen, als die Annahme, dass etwa die Luther günstigen Punkte in dem Beschlusse von der einen, die ihm feindlichen von der andern Partei ausgegangen seien, durch den Hinweis auf die Zusammensetzung des Reichstages und auf das passive Verfahren Kursachsens ohne weiteres widerlegt wird. Die Städte waren an dem Ständebeschluss nicht betheiligt. Derselbe kann nach der Lage der Dinge kein Compromiss zwischen zwei einander etwa gleich stark gegenüber stehender Parteien gewesen sein: er ist vielmehr das einheitliche Werk einer in den Ständen vorhandenen Richtung, welche weder Luthern unbedingt folgen, noch der Curie absolute Beherrschung der deutschen Kirche, in der bisher geübten Weise zugestehen mochte; er entspricht derjenigen weit verbreiteten Tendenz, deren Wesen Gegnerschaft gegen Rom ist. Man beachte, dass bei der Anerkennung des Wormser Mandates allein die kaiserliche Forderung erwähnt wird, ohne dass des gleichen Anbringens der Curie gedacht würde. Man beachte ferner die Thatsache, dass der Antrag auf ein Nationalconcil, den man, weil er der Curie am widerwärtigsten war und weil er von den Städten nicht bekämpft wurde, am ehesten geneigt ist für ein Werk der Lutheraner zu halten, von Baiern gestellt, mindestens unterstützt wor-

den ist ¹⁾ und zwar mit der Begründung, dass ein allgemeines Concil zu viel Zeit kosten würde, und dass die Sache doch nur die deutsche Nation angehe.

Ein Gutachten der Städtegesandtschaften, ²⁾ offenbar die Antwort derselben auf den genannten Ständebeschluss, der ihnen übermittelt worden war, bringt diesem gegenüber den Standpunct der lutherischen Partei entschieden und klar zum Ausdruck. Sie erwähnten das Wormser Mandat gar nicht, sie bestanden aber bestimmt auf dem Abschiede und dem Mandat vom vorigen Jahre; daran hätten sie sich gehalten, darüber hinauszugehen und Veränderungen daran zuzulassen seien sie auf keinen Fall gesonnen, da der gemeine Mann zu begierig auf das Evangelium sei und bei Verhinderung der Ausbreitung desselben Aufruhr entstehen müsse, den die Städte am meisten fühlen würden. Seien Hinzufügungen zu den vorjährigen Bestimmungen durchaus erwünscht, so wollten sie ein „frey kristenlich concilium „oder ein andere cristenliche verhor durch erber ver„stendig cristenlich personen geistlichs vnd weltlichs „stands“ innerhalb deutscher Grenzen zu halten bewilligen; für die Zwischenzeit solle bestimmt werden, dass jeder Christ predigen und handeln dürfe, wie er wolle, falls ihm nicht aus der heiligen Schrift das Falsche seines Thuns nachgewiesen würde! — Unter dem Concil, in welches die Städte willigen, haben wir das Nationalconcil zu verstehen, denn das Gutachten bezeichnet den Vorschlag und die Bewilligung desselben als den Versuch einer Vervollständigung des vorjährigen Reichstagsbeschlusses. Aber selbst in diesem, dem einzigen

¹⁾ v. Druffel, die bairische Politik im Beginne der Reformationszeit 1519—1524. Abhandlungen der k. bair. Academie der Wissenschaften. 3. Classe. Bd XVII (1885) p. 659. Anm. 3.

²⁾ Förstemann p. 150. 151. — Janssen, Gesch. des deutschen Volks II, p. 330 und 331. Anm. 1 vermischt dieses Städtegutachten mit dem späteren vom 14. April.

Puncte des Einverständnisses zwischen den beiden Körperschaften, Städten und Ständen, liegen noch Verschiedenheiten vor. Die Städte fassten das Nationalconcil anders auf, als die Stände. Das Wort „Verhör,“ ¹⁾ welches das Gutachten der ersteren mitgebraucht, lässt vermuthen, dass sie an Disputationen zwischen den beiden Parteien dachten; ihr Vorschlag über die Massregeln in der Zwischenzeit zeigt, dass nur die Bibel als Fundament gelten sollte. Das lag durchaus nicht in den Worten des Ständebeschlusses. Fürwahr, wünschten Städte wie Stände ein Nationalconcil, so machte sich jede Partei von dem gewünschten Concile ein anderes Bild.

Das Gutachten der Städte ist im Fortgang des Reichstags vollkommen unbeachtet gelassen worden; nicht ein Punct aus ihm findet sich in den späteren Verhandlungen und Actenstücken. Darüber, wie sich der Legat zu dem Ständebeschluss zunächst stellte, wissen wir nichts directes; sicherlich wird man nicht irren, wenn man die Abweichungen, welche die nächste Formulierung des Ständebeschlusses von der früheren bietet, zum Theil von der Thätigkeit des Legaten herleitet. Am 12. April wurde nämlich ein zweiter Abschiedsentwurf fertiggestellt, welcher neben anderem auch den Beschluss über die neue Lehre enthielt. ²⁾ Er bezeichnet einen Fortschritt in den Verhandlungen inso-

¹⁾ Die Instruction der Strassburger Gesandten, Virck, I, p. 87. 88., setzt ebenfalls die Worte „concilium“ und „verhor“ neben einander. Die Gesandten Strassburgs waren auch instruiert eventuellen Beschwerden über die religiöse Haltung der Stadt durch den Hinweis darauf zu begegnen, dass sich die evangelischen Prediger zu einer Disputation erboten hätten.

²⁾ Fr. RTA. 39. fol. 376—384. — Die Stelle über die Religionssache fol. 381. 382. Dieselbe liess sich der Kardinallegat von dem Dr. Ribeyssen übersetzen und notariell beglaubigen, um sie nach Rom zu senden: Balan, MRL p. 330—332.

fern, als er die Zustimmung Ferdinands und Hannarts aufweist, die vielleicht ebenfalls die Abweichungen von der früheren Fassung verlangt haben. Er beruht aber doch auf dem Ständebeschluss vom 4. April. Zuerst wird in den wörtlichen Ausdrücken des genannten Ständebeschlusses die Anerkennung des Wormser Mandates durch die Stände ausgesprochen und im Anschluss daran — was jener übergang — das Verbot der lutherischen Flugschriften und Schmähbilder vom vorigen Reichstage wiederholt. Dann geht der Abschiedsentwurf auf die Concilsfrage über, und hier findet sich eine starke Aenderung des Ständebeschlusses.¹⁾ Während in diesem das allgemeine und das nationale Concil als gleichgesehen auftraten, und die Frage, welches von beiden veranstaltet werden solle, nur nach dem Gesichtspuncte behandelt wurde, welches am leichtesten bewerkstelligt werden könnte, ist in dem Abschiedsentwurfe das allgemeine Concil als dasjenige hingestellt, welches die Streitfragen definitiv regeln würde; das nationale ist zwar nicht aufgegeben, seine Beschlüsse sollten aber

¹⁾ Beschluss des 4. April: „Dach haben Churf. f. vnnd „stennde fur noturftig bedacht bey Bepstlichen h. legaten vm „ein gemein oder National Concilium velichss am furderlich- „sten vnnd am geschicklichsten erhalten mag werden anzu- „halten.“

Abschiedsentwurf vom 12. April: Orator Statthalter und Stände haben sich mit Päpstlicher Heiligkeit Legaten als fur hoch nothdürftig eines gemeinen freien Universalsconcilii der ganzen Christenheit vereinigt und soll nichtsdestoweniger mittler Zeit auf St. Martins Tog schierst gegen Speier eine gemeine Versammlung deutscher Nation geschehen und darauf wie obgemeldet bedacht, erwogen und berathschlagt werden, wie es bis zu Anstellung eines gemeinen Conciliums gehalten werden soll.

Die Anmerkung Baumgartens II, 1, p. 340 über das „bis zu“ gegenüber Walchs (und Lünigs) „bei“ kann ich aus der Handschrift des Reichsabschiedes im Dresdner Archiv bestätigen. Die lateinische Uebersetzung, die er anführt, ist nur ein Entwurf.

nur interimistisch bis zu dem allgemeinen Concile Geltung haben. Es war das selbständig entscheidende Nationalconcil gefallen; der Entwurf vermeidet auch das Wort und setzt dafür: „gemeine Versammlung deutscher Nation.“ Diese sollte am 11. November 1524 in Speier zusammentreten. Zur Vorberathung sollten die Fürsten Gutachten über die neue Lehre sammeln; dort sollte auch über die Beschwerden gegen Rom und die der Weltlichen gegen die Geistlichen gehandelt werden. Die Festsetzung des Tages für die nationale Kirchenversammlung tritt auch neu in dem Abschiedsentwurf auf.

Jedenfalls hatte der Legat das nationale Concil rund von der Hand gewiesen; daher die Aenderung. Im übrigen ist in der Fassung der Concilsforderung durchweg die Ausdrucksweise des obigen Ständebeschlusses innegehalten; z. B. ist die Phrase: „damit das Gute neben dem Bösen nicht unterdrückt werde“ geblieben. Der ganze Abschiedsentwurf stimmt nach Anordnung und Inhalt des in der Religionsangelegenheit Beschlossenen vollkommen überein mit den §§ 30—32 ¹⁾ des nachherigen definitiven Reichsabschiedes. Als die Städte, welchen der Entwurf vom 12. April mitgetheilt wurde, am 14. mit einer Eingabe kamen, welche noch deutlicher, als die erste, ihre lutherische Gesinnung documentierte, ²⁾ liess man sie wieder ohne Beachtung. Wort

¹⁾ Nach Walchs Abdruck. In dem der „Neuen Sammlung“ §§ 28. 29.

²⁾ Fr. RTA. 39. fol. 371. Sie verwerfen das Wormser Mandat. „Aber das mogen die Erbar Stedt leiden, das disser sachen vnd irrung halb eyn gemein fry cristlich versammlung vnd verhor von personen gaistlichs und weltlichs standts furgenommen vnnd darzu menniglich durchaus im gantzen Rö. Reich fry vnd stracks sicher darzu vnd dann von dannen widerumb an sein gewarsam zukommen verglaitet vnnd in sollicher Versamlung vnd verhore furgenommen werden wie es bis zur anstellung eyns gemeynen fryen Conciliums vnd das Wort gottes halben soll gehalten werden“.

für Wort stimmen der Entwurf vom 12. April und der definitive Abschied überein — bis auf eine kleine, aber interessante Stelle. Der Entwurf sagt: die Stände hätten sich mit dem Legaten über ein allgemeines Concil geeinigt; der Abschied aber: die Stände hätten sich über ein Concil geeinigt und der Legat habe versprochen, seinerseits dasselbe bei der Curie zu fördern. Die kleine Aenderung lässt deutlich erkennen, wie sehr Campeggi darauf bedacht war, keine bindenden Erklärungen über die Stellung der Curie zum Concil abzugeben.

Der Legat war überhaupt mit dem ganzen Beschluss höchst unzufrieden. Als am Sonntage Jubilate, 17. April, in allgemeiner Ständerversammlung der Gesamtabschied verlesen wurde, langte ein Schreiben von ihm an die Stände an,¹⁾ in welchem er seinen Standpunkt ausführlich darstellt und begründet. Mit der Anerkennung des Wormser Mandates stimme er überein, doch tadele er ausdrücklich den Satz: „damit das Gute neben dem Bösen nicht unterdrückt werde.“ Von einem allgemeinen Concile kann er nichts Heilbringendes erwarten, da sein Zustandekommen zuviel Zeit kosten würde, doch will er, wenn die Stände durchaus darauf beständen, sich in Rom darum bemühen. Dagegen ist an der Speierer Versammlung gar nichts gutes. Die Verhandlungen über den Glauben werden keinen Frieden schaffen, ja sogar dem allgemeinen Concile präjudicieren. Verhandlungen über die Reformation des Clerus sind unnöthig, da genug gute Gesetze längst vorhanden sind. Ueber die Beschwerden gegen den heiligen Stuhl wird sich viel besser in Rom, als in Speier ein Uebereinkommen treffen lassen. Beschlüssen, welche diesen Ausführungen irgendwie entgegen lauten, wird er, der Legat, seine Zustim-

¹⁾ Balan, MRL p. 332—334. Im Auszuge bereits bei Pallavicino II, 10, 19. Das Datum nach Förstemann p 192.

mung nicht geben. — Das Schreiben wiederholt an einigen Stellen, dass der Legat die darin ausgesprochenen Ansichten bereits den Ständedeputierten mitgetheilt habe: derselbe blieb also fest von Anfang bis zu Ende. Hannart und der Erzherzog aber willigten in den Abschied. Hannarts Instruction forderte in Religionssachen nur die Anerkennung des Wormser Mandates von den Ständen; diese war erreicht. So gab er denn, wie es scheint, ohne Schwierigkeiten die Versammlung von Speier zu: er rieth dem Kaiser, einen Professor der Universität Löwen dahin zu schicken. ¹⁾ Ferdinand scheint dagegen den Speierer Tag nur angenommen zu haben, um sich einen neuen Reichstag zu sichern. Die Stände hatten nämlich vor, die Verhandlung über die beharrliche Türkenhilfe, welche Ferdinand emsig betrieb, auf den Reichstag zu Martini in Speier zu verschieben. Er rieth wenigstens seinem kaiserlichen Bruder, durch Gesandte die Behandlung von Religionssachen auf jenem Tage zu verbieten. ²⁾

Das Schreiben des Legaten irrte die Ständeversammlung nicht. Sie nahm den Entwurf vom 12. April in den offiziellen Gesammtabschied auf, worauf jener noch einen kurzen Protest einreichte, in welchem er sich auf seine früheren Zugeständnisse bezog und bei ihnen verharren zu wollen erklärte. Uebrigens war der Legat nicht der einzige, welcher protestierte. Kursachsen und der Hochmeister verwarfen den ganzen Reichstag; ³⁾ einen besonderen Protest erliessen die Städte und die Grafen, ⁴⁾ doch nur wegen der Erneuerung des Wormser

¹⁾ Lanz I, p. 127.

²⁾ Instruction für Bredam. Arch. f. K. oe. G-Qu. I, 2, p. 142.

³⁾ Förstemann p. 192. Feilitzsch wiederholte am 17. April einen Protest vom elften.

⁴⁾ Lanz I, p. 127. Der Protest der Grafen ist gedruckt: Walch XV, p. 2697.

Mandates; die nationale Versammlung in Speier nahmen sie an.

In den letzten Tagen der Verhandlungen tauchte die Frage auf, ob die Wiederaufnahme des Wormser Mandats durch ein besonderes Edict bekannt gemacht werden solle, oder nicht. Planitz berichtet, ¹⁾ dass sogar der Legat die Publication eines besonderen Mandates aus Opportunitätsgründen widerrathen habe, dass aber der Erzherzog darauf bestehe. Die Stände erklärten, der Beschluss über das Wormser Mandat solle in den Abschied gebracht werden, ein besonderes Edict darüber solle aber nicht ausgehen. Es sei zu befürchten, dass daraus Aufruhr erwachse. Man fand einen Mittelweg: in das Ausschreiben zu dem Speierer Reichstage 11. November 1524, welches unter dem Datum des Reichsabschiedes, dem 18. April an die einzelnen Reichsstände erging, ²⁾ wurde der Beschluss über die Religionssache in Befehlsform eingefügt; die Publication eines selbständigen Edictes unterblieb.

¹⁾ Förstemann p. 189.

²⁾ Ueberaus oft abgedruckt z. B. Goldast, Rec. Imp. (1619) p. 152. Lünig, Pars Spec. Cont. I (1711) p. 594. Neudecker, Merkwürdige Aktenstücke aus dem Zeitalter der Reformation I. (1838) p. 6 — Von Luther ist das Ausschreiben zusammen mit dem Wormser Edict ediert und mit Noten versehen in: E. A. XXIV² (1883), p. 220. Walch XV, p. 2731.

B. Die Verhandlungen über die Türkenhilfe.

Während der Legat in dem Mittelpunkte der Verhandlungen über die Religion stand, die er zum Theil allein angeregt hatte, beschränkte sich seine Thätigkeit, wie dies kaum anders zu erwarten, in der Türkenfrage auf die Unterstützung der Bitten Ungarns und des Erzherzogs.

Die Gefahr vor dem Erbfeind der Christenheit war gerade in dem verflossenen Jahre mächtig gewachsen: Belgrad und Rhodus, Schlüssel zu Ungarn und dem Mittelmeere, waren in seine Hand gefallen; dass er sich damit nicht begnügen würde, war selbstverständlich; das schwache Ungarn war ein wenig ausreichendes Bollwerk des deutschen Reiches; schon durchstürmten streifende Züge Kärnthen und Istrien. Und das ganze Jahr 1523 über war in Deutschland zur Abhilfe gar nichts geschehen; nicht als ob man die Gefahr nicht gesehen oder sich nicht für verpflichtet gehalten hätte, — aber jeder Stand des Reiches klagte, dass er in den Anschlägen zur Türkenhilfe zu hoch eingeschätzt worden sei; nur wer wollte, zahlte. Die Abwehr der Türken blieb in der Hauptsache Aufgabe des nächstbedrohten Landesherren, d. h. des Kaisers oder Ferdinands. Letzterer hatte auch Maassregeln ergriffen: am 10. September 1523 hatte er mit dem König von Ungarn in Neustadt einen Vertrag abgeschlossen, der ihn zur Stellung eines ansehnlichen Heeres verpflichtete; ¹⁾ seit länger als einem Jahre stand

¹⁾ Wiener Jahrbücher Bd. 112 p. 36. Lanz I, p. 124: 8000 Mann zu Fuss, 10000 schwere, 1000 leichte Reiter und 30 Feldstücke.

er mit der Curie in Verbindung über die Besteuerung des österreichischen und benachbarten Clerus zum Zwecke der Türkenabwehr. Aber der betroffene Clerus machte Schwierigkeiten; auch mochten sonst die Hilfsquellen nicht allzu reichlich fließen: es galt das Reich zu einer ansehnlichen Unterstützung zu gewinnen.

Die Proposition Ferdinands und des Regimentes wies die Stände in der Türkensache auf die Beschlüsse des letzten Reichstages, die noch nicht ratificiert seien und welche das Regiment mit dem Ausschreiben zu dem Reichstag von St. Margarethen versendet hätte.¹⁾ Gegen eben diese Beschlüsse hatten die Städte durch ihre Gesandtschaft Klage beim Kaiser erheben lassen; sie wollten keine Anschläge, durch welche sie unverhältnismässig beschwerft zu werden glaubten, sondern einen „gemeinsamen Pfennig“ zur Türkenhilfe verwendet haben. Die kaiserliche Proposition Hannarts vom 4. Februar²⁾ wies diesen Vorschlag der Städte ab, da seine Durchführung zu lange dauern würde, sprach sich zur Geschäftsordnung dahin aus, man solle erst über eine eilende, nachher über eine beharrliche Türkenhilfe berathen und schlug vor, die in Worms bewilligte Romzugssteuer — die Hälfte davon war auf dem letzten Reichstage für den Türkenkrieg in Aussicht genommen worden — und, wenn der Papst es erlaube, auch die Annaten gegen die Türken zu verwenden.

Die Stände beeilten sich mit der Verhandlung keineswegs; erst die Ankunft des Legaten und einer ungarischen Gesandtschaft brachten die Sache in Fluss. Die letztere ritt am 16. März³⁾, zwei Tage nach dem Legaten, in Nürnberg ein; die Unterhändler waren der

¹⁾ Dresdner Archiv Loc. 10181 fol. 55.

²⁾ Fr. RTA. 39. fol. 234. 235.

³⁾ So Planitz. Förstemann p. 164. — v. Soden, Beitr. p. 176: 17. März. Creditiv der Gesandtschaft vom 4. Februar 1524. Förstemann p. 144.

Freiherr Ambrosius Sarkand'akoshaza und der Bischof von Raab, Johann Gosztonyi. Die grosse Sitzung der Stände, in welcher sie gehört wurden, fand vor dem 22 März, spätestens an diesem Tage, statt.¹⁾ Der Legat war anwesend und hielt eine Mahnrede; die ungarischen Gesandten stellten den Ständen die Hilflosigkeit Ungarns vor, der Erzherzog eröffnete ihnen die von ihm in Neustadt eingegangenen Verpflichtungen und bat sie, seine Anstrengungen zu unterstützen. Die Stände scheinen geantwortet zu haben, dass sie nach Abwicklung der Verhandlungen über das Regiment der Türkenfrage näher treten würden²⁾ — und vielleicht wirkte eben dies mit zu dem Entschlusse des Erzherzogs und Hannarts, jenen Abschiedsentwurf vom 30. März vorzulegen.

Um die Stellung der Stände zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass durch die Türkengefahr viel unmittelbarer das politisch-dynastische Interesse des Kaisers, als seine Verpflichtung als Vogt der christlichen Kirche berührt wurde. Für die Mehrzahl der deutschen Stände dagegen war es nur Christenpflicht, dem Türken Einhalt zu thun. Sie hatten zunächst nichts für ihre Gebiete zu besorgen, konnten aber wohl bemerken, dass dem Kaiser die Sicherung der Ostgrenze und Ungarns eine Machtverstärkung auch in den anderen europäischen Verwickelungen wurde, namentlich für seinen Krieg mit Frankreich. So konnte es kommen, dass die Verhandlung der Türkenhilfe im Reichstage zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen über die allge-

¹⁾ Förstemann p. 168. Das Regiment war in der Sitzung nicht anwesend. Die Rede der ungarischen Gesandtschaft, Fr. RTA. 39. fol. 308—316, ist nur stilistisch beachtenswerth. Das übrige nach Lanz, I. p. 124.

²⁾ Holzhausen schreibt am 29. März, Fr. RTA. 40. fol. 30. 31., nach Beendigung der Verhandlungen über das Regiment werde man über die Türkenhilfe verhandeln.

meine Politik des Kaisers führte. Als Hannart am Beginne des Reichstages die einzelnen Fürsten sondirte,¹⁾ meinten Trier, Kurpfalz, Kursachsen, eine Hilfe Deutschlands allein gegen den Türken führe zu nichts; es müsste ein allgemeiner Heereszug Westeuropas unternommen werden; sie stellten sich, als ob sie Lust hätten, die Vermittler des Friedens zwischen Karl V. und Franz I. zu spielen, da durch den Frieden erst die allgemeine Unternehmung möglich gemacht werden könnte. Hannart stellte damals diesen Ausführungen entgegen, dass der Zug Westeuropas gegen die Türken nur dann Nutzen bringe, nachdem der Friede in der Weise geschlossen, dass der Krieg nicht jeden Augenblick wieder ausbrechen könne; den Frieden habe der Kaiser immer gesucht; es sei aber kein ehrenvoller zu erreichen gewesen. Günstig konnte thatsächlich für den Kaiser eine Friedensvermittlung durch die Reichsfürsten nie ausfallen, selbst wenn er den Frieden nothwendig gebraucht hätte; aber eben während des Reichstages eroberte er Fuenterrabia und gleichzeitig begann sich das Glück in Oberitalien ihm zuzuwenden. In der Hauptsache ging ja auch der Plan von denen aus, die sich als Feinde des Kaisers schon durch den Angriff auf das Regiment bekannten: Trier und Pfalz; ja, der Erzbischof von Trier, Richard von Greifenklau, der eifrigste in diesen privaten Unterhandlungen, stand nach Hannarts Dafürhalten im Solde des Königs von Frankreich, mindestens in Verbindung mit ihm.

Solche Gelüste nach einer Intervention mussten gesteigert werden durch die Sprache des Papstes und des Legaten. Clemens VII. bezeichnete die Herstellung des Friedens zwischen dem Kaiser und Frankreich als seine nächste Aufgabe; seit seiner Erhebung arbeitete er

¹⁾ Anfang Februar. Lanz I. p. 104. (Erster Theil des ersten Berichtes.)

darauf hin.¹⁾ Die Legation Campeggis war sogar, wie es scheint, bestimmt, nebenher für dieses Ziel der päpstlichen Politik Anhänger zu gewinnen. Man kann sich diesem Eindrucke schwerlich entziehen, wenn man in dem Creditiv des Legaten für den Reichstag ausgesprochen findet, dass der sehnlich gewünschte Türkenkrieg ohne den Frieden in Europa gar keine Aussicht auf Erfolg biete, und wenn man in dem Schluss der zweiten Rede Campeggis die Aufforderung an die Stände liest, selbst auf Erreichung des Friedens zu denken.²⁾ Der Legat fand jedenfalls den günstigsten Boden für solche Aufforderungen. — Am 24. März war es in Nürnberg bekannt, dass der Cardinal von Capua seine Reise angetreten habe, um im Auftrage des Papstes den Frieden zu vermitteln.³⁾ Dazu kam noch, dass man von inneren Zwistigkeiten im türkischen Reiche hörte, und dass ebenfalls noch im März ein Bote von dem Perserschah in Nürnberg eintraf, der dem Kaiser ein Bündniss gegen die Türken antragen sollte.⁴⁾ So verringerte sich die

¹⁾ Baumgarten II., 1, p. 285. 286. Ehses, die Politik Clemens VII. bis zur Schlacht bei Pavia. Münchener histor. Jahrb. VI. (1885) p. 571.

²⁾ Credenzt Campeggis. Rom, 1. Februar 1524 (Fr. RTA. 39. fol. 313–324): der Türkengefahr sei nicht abzuhelfen bei der Zwietracht der christlichen Fürsten, quibus ita exacerbatis odio ita cruento inter se bello digladiantibus, ut adhuc non modo pacis vestigium nullum appareat, sed ne nomen quidem equis auribus admittant . . . non ignoramus spem unicum salutis firmamentum christianitatis in vobis etnobili ista invicta natione positum esse. — Ueber die zweite Rede des Legaten s. ob. p. 97. Siehe auch die neue Instruction an Campeggi, 14. April 1524 p. 101 Anm. 3.

³⁾ Förstemann p. 171. Der Erzbischof war zwischen dem 10. und 15. März von Rom abgereist, war Ende März in Blois, ging nach Spanien, wo er mit dem Kaiser conferierte, war am 11. Mai wieder in Blois, am 23. Mai in London. Ehses l. c. p. 571. 576.

⁴⁾ Förstemann p. 160. 178.

Wahrscheinlichkeit, dass der Türke in diesem Jahre einen Vorstoss machen würde; so entstanden Friedensaussichten; so kam es, dass der erste Beschluss der Stände über die Türkenhilfe vollkommen im Sinne Triers ausfiel.

Derselbe ist in der Zeit vom 1. bis 3. April gefasst worden.¹⁾ Er geht davon aus, dass der Zug gegen die Türken die Einigkeit Westeuropas voraussetze, und dass deshalb der Friede zwischen den Grossmächten wünschenswerth sei. Die Stände wollen deshalb zu vermitteln suchen und schlagen den Kurfürst-Erzbischof von Trier, die Herzöge Friedrich und Ludwig von Baiern und einen noch zu nennenden weltlichen Kurfürsten zu einer Gesandtschaft an die kriegsführenden Monarchen vor. So giebt Feilitzsch in einem Bericht an seinen Herrn den Beschluss; es scheint demnach im Wesentlichen nur die Forderung der Gesandtschaft darin ausgesprochen, die Vorschläge und Bitten der Regierung um eilende und beharrliche Hilfe kaum berührt worden zu sein. In der That ernannte erst die darauf gegebene Antwort des Erzherzogs und Hannarts²⁾ drei Mitglieder für eine zu bildende Commission; den Antrag der Stände, für den Frieden zu intervenieren, beantworteten sie zunächst nicht direct. Sie würden darüber, heisst es in der Antwort, noch mit den Ständen sprechen müssen. Sie waren gewiss damals schon entschlossen, die Friedensgesandtschaft auf keinen Fall zu Stande kommen zu lassen; sie fürchteten aber sicherlich, die Verhandlungen über die Hilfe abzuschneiden, wenn sie sofort mit ihrer Meinung hervorträten. Die Frage um die Gesandtschaft blieb einstweilen bei Seite.

Wer von den Ständen in dem Ausschuss vertreten

¹⁾ Feilitzsch an den Kurfürsten 3. Apr., Förstemann p. 179, ohne Datum anzugeben; sein letzter Bericht ist vom 31. März. Förstemann p. 174.

²⁾ Fr. RTA. 39. fol 360.

war, ist nicht bekannt; die Regierung hatte ihre bedeutendsten Rätthe dazu verordnet: Gabriel Salamanca. Cyriac von Polheim und Georg Truchsess. Am 6. April war der Ausschuss in der Arbeit.¹⁾ Die eilende Türkenhilfe mochte ziemlich leicht erledigt werden; dazu hatte der Kaiser auf die Romzugssteuer verwiesen. Aber wie die Mittel zu der beharrlichen Hilfe aufbringen? Gegen Anschläge waren die Städte schon der eilenden Hilfe gegenüber. Die Hoffnung der kaiserlichen Proposition auf die Annaten mag durch den Legaten zerstört worden sein; man hört gar nichts mehr davon. Einen neuen Plan des Kaisers, der während des Reichstages an den Erzherzog und Hannart gelangte, und der eine hohe Besteuerung des gesammten Clerus im deutschen Reiche wollte,²⁾ scheinen der Erzherzog und Hannart als aussichtslos ebenfalls bei Seite gelegt zu haben. Die Arbeiten des Ausschusses dauerten eine Woche; die Sache war am 12. April noch nicht reif, in den Abschiedsentwurf gesetzt zu werden. Doch lieferte der Ausschuss eben um den 12. April zwei Gutachten bei den Ständen ein; eines über die eilende, das andere über die beharrliche Türkenhilfe.³⁾

Das erstere Gutachten beantragt, den ganzen Romzug, d. h. 20000 Mann, auf 6 Monate zu bewilligen, das Geld nach dem alten Anschlage sofort durch Mandate mit Strafandrohungen einzufordern; die Städte sollen Geld vorschiesen. Die Reichshilfe soll unter dem Commando des Hochmeisters, der sich durch seine Kenntniss der orientalischen Verhältnisse und durch sein Amt empfehle, zu dem Heere Ferdinands stossen und in Ungarn oder wo sonst die Türken einbrechen würden, verwen-

¹⁾ Förstemann p. 181.

²⁾ Lanz I, 80—83. Dieselbe soll mit oder ohne Bestätigung des Papstes vorgenommen werden.

³⁾ Das Gutachten über die eilende Hilfe Fr. RTA 39. fol. 362—364, das über die beharrliche fol. 364—369.

det werden. — Das Gutachten über die beharrliche Hilfe ist ausführlicher. Es beginnt mit der augenscheinlich richtigen Bemerkung, dass man die eilende Hilfe gar nicht nöthig hätte, wenn die Stände nur die beharrliche beschliessen wollten, denn käme der Türke diesen Sommer, so müsste man doch eine Anleihe bei den Städten machen. Darauf folgen zwei Vorschläge einer allgemeinen Besteuerung, von welcher niemand, auch Adel und Geistlichkeit, ja nicht einmal die Reichsstände, ausgenommen sein sollte. Entweder sollen von jedem Gulden Capital ein Heller — von dem im Handel angelegten ein Pfennig — erhoben werden, oder es sollen je 100 Gulden Zinsen 2 Gulden Steuern zahlen. Höhere Besteuerungssätze sollen bei Juden, noch höhere bei den Reservationen und Pensionen, „wie sie gewöhnlich den Geistlichen unverdient zufielen“ gelten. Bei den Kaufleuten und Gastwirthen soll ein Unterschied gemacht werden zwischen ihrenwerbenden und ihren liegenden Gütern. Die Einnahme soll in der Weise vor sich gehen, dass jeder sich selbst einschätzt, damit er sein Vermögen nicht zu offenbaren brauche. Sie soll von den Landesherren geregelt und beaufsichtigt werden. Ist von der Steuer niemand eximiert, so soll die Gewährung derselben auch keine Freiheiten und Gerechtsame aufheben; diese werde der Statthalter und Orator jedem gern verbriefen. Die Verwendung des Geldes soll öffentlich bekannt gemacht werden. Ueber die Aeusserlichkeiten und die Organisation der Türkenbekämpfung soll erst verhandelt werden, nachdem über das Vorgeschlagene Beschluss gefasst worden ist.

Keines von den beiden Gutachten wurde von den Ständen angenommen. Als sie am 13. April über dieselben verhandelten, ¹⁾ lehnten sie die Gewährung des ganzen Romzugs für die eilende Hilfe ab und blieben

¹⁾ Fr. RTA. 39 fol. 385—387.

bei dem Beschlusse des letzten Reichstages, der nur die Hälfte davon bewilligte.¹⁾ Ausdrücklich betont der Ständebeschluss, dass die Hilfe an Leuten, nicht in Geld geleistet werden solle. Auch die Verwaltung des Geldes und die etwaige Werbung der Truppen behielten die Stände eifersüchtig in der Hand: von den Bürgermeister von Augsburg, Nürnberg und Frankfurt, die das Geld nach dem vorjährigen Anschlage einsammeln sollten, erhielten es die Herzöge von Baiern und der Bischof von Augsburg, die, wenn die Türken kämen, die Truppen werben und dem Erzherzog zur Verfügung stellen würden. Kämen die Türken nicht, so solle das Geld bis zum nächsten Reichstage zusammenbleiben, wo von der beharrlichen Hilfe gesprochen werden solle; würde diese aufgerichtet, so seien die Summen an die Stände wieder zurückzuzahlen. Ueber die beharrliche Hilfe jetzt zu verhandeln lehnten die Stände ab; sie seien in zu geringer Anzahl anwesend und die ganze Lage der Dinge sei nicht danach. Das Gutachten des Ausschusses sei aber gedruckt an alle Stände zu versenden, damit darüber endlich auf dem Reichstage zu Speier am 11. November 1524 verhandelt werden könne. Eigentlich war der ganze Beschluss nichts anderes, als eine Ablehnung; was über die eilende Hilfe vereinbart wurde, war genau dasselbe, wasschon vor einem Jahre bestimmt worden war. Man focht nun den letzten Reichsabschied nicht gerade an, da man aber den Passus des Ausschussgutachtens, der für den Fall der Noth Anleihen bei den Städten empfahl, unberücksichtigt liess, konnte man sicher sein, dass auch dieses Jahr keine Unterstützung Ferdinands zu Stande kam. Auf Neues aber liess man sich gar nicht ein.

Die Städte wurden um ihre Meinung befragt. Sie

¹⁾ Hannart berechnet diese Hälfte, die eigentlich 10000 Mann betragen sollte, zu 7000—8000 Mann.

gingen in der Ablehnung noch weiter: ¹⁾ wenn einzelne Stände gegen ihre Veranschlagung zur eilenden Türkenhilfe klagten, seien diese Klagen zu berücksichtigen! Der Vorschlag zu der beharrlichen Türkenhilfe sei ganz unleidlich, und wenn die Stände dabei blieben, ihn gedruckt ausgehen zu lassen, so würden sie protestieren. Ihre Eingabe wurde, wie viele andere vor ihr, nicht beachtet.

Der Beschluss der Stände bot der Regierung zu wenig, als dass sie sich damit hätte zufrieden geben können. Am 14. April erschienen die ungarischen Gesandten, der Erzherzog und der Legat aufs Neue vor den Ständen, um noch einen gemeinsamen letzten Versuch zu wagen. ²⁾ Es kam nicht zur Verständigung. Der Erzbischof von Trier führte, wie es scheint, das Wort der Stände am schärfsten: zu ihm trat der Erzherzog am Ende der Sitzung und mahnte ihn, an seine eigene Ehre zu denken. Aber Nachgiebigkeit, grössere Bewilligungen waren nicht zu erreichen; es musste für Ferdinand und Hannart nunmehr die einzige Aufgabe werden, wenigstens die Friedensintervention zu verhindern.

Die Stände waren auch in diesem Punkte bei ihren Ansichten geblieben. Der ganze Plan berührte sich mit dem Wunsche Georgs von Sachsen, den er in der Instruction Packs aussprach: den Kaiser durch eine Gesandtschaft zu bitten, er möge in Deutschland residieren. Die Stände entwarfen schon Anschläge zur Deckung der Kosten der Legation. ³⁾ Es waren schon Kleinigkeiten geordnet. ⁴⁾

¹⁾ Am 14. April übergeben. Fr. RTA. 39. fol. 371. 373.

²⁾ Förstemann p. 184. Der Brief ist von F. am Kopfe falsch datiert.

³⁾ Gedruckt bei v. Harpprecht IV, 2, p. 220.

⁴⁾ 150 Pferde sollte die Gesandtschaft führen: Lanz I, p. 125. Der Kurfürst von Trier sollte in Frankreich bleiben: v. Bucholtz II, p. 49. Die Nachricht aus Rom, 22. Apr.,

Noch einmal, [am 16. April, ¹⁾] machte der Erzherzog persönlich den Versuch, die Stände umzustimmen. Als er damit keinen Erfolg hatte, bat er um eine geheime Unterredung mit den persönlich anwesenden Fürsten. Dieselbe wurde sofort in einer besonderen Stube des Rathhauses anberaumt. Ferdinand sprach hier in eigener Person und sehr bestimmt, dass er niemals in die Gesandtschaft der drei Fürsten willigen könne, die seinem Bruder schade und seiner Ehre entgegen wäre. Er schloss damit, falls die Stände auf ihrem Vorhaben bestehen wollten, so würde er gezwungen, etwas zu thun, was er nicht gern thun würde. Die Worte des jungen Fürsten wirkten, vielleicht gerade durch ihre glückliche Dunkelheit: die Fürsten liessen den Plan der Gesandtschaft fallen, die Stände folgten ihnen ²⁾ und gaben ihrerseits eine Erklärung ab, in welcher sie sich verwahrten, falls aus der Unterlassung der Gesandtschaft ein Unglück für Deutschland entstehen sollte. Darauf erklärte am folgenden Tage der Erzherzog seine Worte, die nicht unbedeutende Erregung veranlasst zu haben scheinen, dahin, dass er gegebenen Falls die Gesandtschaft im Namen des Kaisers untersagt haben würde.

Ferdinand hatte durch sein kräftiges Auftreten seinem Bruder zweifelsohne einen wesentlichen Dienst geleistet. Er war sich dessen wohl bewusst und mit Befriedigung kommt er in seinen Berichten an den Kaiser oft auf diesen seinen Erfolg zurück. ³⁾

Thomas no. 84, dass Ludwig von Baiern nach Frankreich, die andern zum Kaiser reisen sollte etc., enthält auch andere Irrthümer.

¹⁾ Lanz I, p. 126. Förstemann p. 187.

²⁾ Schon vorher hatte der Erzherzog und Hannart die Zusage Feilitzschs erlangt, dass er gegen die Gesandtschaft stimmen werde. Förstemann p. 186.

³⁾ Nürnberg, April 1524 (Wiener Jahrb. Bd. 112. no. 14).

Die von den Ständen ihm zugemessene eilende Türkenhilfe wurde freilich dadurch nicht grösser; ja die Freude über die Vereitelung der Gesandtschaft wurde noch einmal sehr getrübt. Als am 17. April der Gesamtabschied berathen wurde, wendeten sich die Prälaten von Salzburg, Passau, Regensburg, Freisingen, Laibach, Brixen und Gurk, die von der dem Erzherzog mittlerweile vom Papste gewährten Drittelsteuer betroffen wurden, an den Reichstag mit der Bitte, derselbe möge mit den Legaten und dem Erzherzog über eine Ermässigung der Steuer verhandeln, sonst müssten sie gegen den Reichsabschied protestieren.¹⁾ Ob der Protest wirklich erfolgt oder durch Unterhandlungen beseitigt worden ist, kann mit Bestimmtheit nicht gesagt werden; das letztere ist wahrscheinlicher, denn Hannart spricht in seinem zweiten Berichte nur davon, dass von den Geistlichen Schwierigkeiten gemacht worden seien.²⁾

Nachdem Ferdinand den Plan einer Friedensgesandtschaft zu Falle gebracht hatte, waren die Unterhandlungen über die Türkenfrage beendet. Eine Mehrforderung konnte Ferdinand nun nicht mehr stellen; er konnte und musste zufrieden sein, dass die Stände die kaiserliche Politik ihren Weg allein gehen liessen. Der Reichsabschied vom 18. April enthält in den Artikeln über die Türkenhilfe³⁾ genau das, was der Ständebeschluss vom 13. April bietet und nur zwei Stellen, in denen der Hoffnung auf den Frieden zwischen den Grossmächten Ausdruck gegeben wird, erinnern an die hochflie-

Freiburg (?) 28. April: v. Bucholtz II, p. 49. Noch in der Instruction für Bredam spricht er breit davon.

¹⁾ Siehe oben p. 113. Förstemann p. 191.

²⁾ Lanz I, p. 128.

³⁾ Walch: §§ 33--37. Neue Sammlung §§ 30--34.

genden Pläne der Stände und an ihren doch recht kläglichen Rückzug.

Durch besonderes kaiserliches Mandat wurde unter dem 18. April die Zahlung von zwei Vierteln Romzugshilfe laut des Ständebeschlusses den Ständen befohlen.¹⁾

¹⁾ Das an Frankfurt befindet sich Fr. RTA. 40. fol. 40. —
Siehe Weller no. 3040.

Die übrigen Reichstagsverhandlungen.

In den Verhandlungen über das Regiment, die Religions- und die Türkenfrage erschöpft sich die Thätigkeit des Reichstages; die Beschlüsse, welche er ausser diesen zu Wege gebracht hat, sind kaum der Rede werth. Wie mannichfaltige Gesetzentwürfe legte die Proposition Ferdinands und des Regiments zur Ratification und zur Behandlung vor! ¹⁾ Reichsexecution, Halsgerichtsordnung, Luxus- und Monopoliengesetz, Münzgesetz, Zusammenfassung der Landfriedensordnungen zu einer einheitlichen und allgemeinen! Das Zweckdienliche in all' diesen Plänen liegt auf der Hand; aber da von ihnen allen in der kaiserlichen Proposition nur die Monopol- und die Münzgesetzgebung erwähnt, beziehentlich gewünscht wurde, mussten die anderen weichen: die Verhandlungen über die Religion traten an ihre Stelle.

Im Reichsabschiede gar nicht einmal erwähnt wurden das Luxusgesetz, die Halsgerichtsordnung ²⁾ — die selbständig zu publicieren das Regiment schon durch den letzten Reichsabschied befugt war! — und die Zusammenfassung der Landfriedensordnungen. Die Paragraphen im Reichsabschiede, welche den Beschluss über die Execution enthalten, ³⁾ besagen nichts anderes, als dass man über dieselbe wohl berathen wollte, es aber nicht gethan hat; sie verweisen einfach den Statthalter und das Regiment, im gegebenen Falle nach der Wormser Kammergerichtsordnung vom Jahre 1521 zu verfahren. In der Monopoliensache ⁴⁾ wurde der Wunsch des

¹⁾ S. oben p. 36.

²⁾ Ausführlicher darüber: Güterbogk, die Entstehungsgeschichte der Carolina (1876) p. 82—84.

³⁾ Walch §§ 24—26. Neue Sammlung § 34.

⁴⁾ Walch § 29. Neue Sammlung § 27.

Kaisers, das Gesetz aufzuheben und die Regelung der Sache dem Erzherzog und Hannart zu überlassen, insofern gebilligt, dass, wenn die Regelung nicht binnen einem Jahre, bis zur nächsten Frankfurter Fastenmesse gelungen sei, alsdann der Kölner Abschied vom Jahre 1512 wieder in Kraft treten solle. Also im Grunde auch hier nichts, als die Ablehnung des geplanten Gesetzes und ein Beruhenlassen der Dinge auf den alten Gesetzen, die eben ein Jahr vorher als nicht mehr ausreichend bezeichnet worden waren.¹⁾ Was endlich die Münze betrifft, so lassen sich wenigstens Verhandlungen darüber erkennen, wenn auch das Resultat mässig ist. Kurfürst Friedrich betheiligte sich daran, — der Punct stand ja in der Proposition des Erzherzogs — indem er Tabellen dazu schickte.²⁾ Man suchte eine für ganz Deutschland gemeinsam geltende Münze festzustellen; ein Vorschlag, der gemacht wurde, lautete, zwölf Groschen sollten einen rheinischen Gulden ausmachen; man berieth über die Form des neuen Geldstückes.³⁾ Doch blieb es in der Hauptsache bei den Berathungen. Der Beschluss war: ein Regimentstag sollte unter Zuziehung von Sachverständigen die Angelegenheit weiterführen. So bestimmte es der Abschied,⁴⁾ der auch den Wunsch nach einem Verbote der Ausfuhr gemünzten Silbers aussprach und, als einzigen endlichen Beschluss das Verbot brachte, künftighin Batzen weiterzuprägen. Dieses Inhaltes scheint gleich der erste Ständebeschluss vom

¹⁾ Aus einem eigenthümlichen Grunde ist Hannart mit diesem Beschluss zufrieden. Ferdinand bekomme dadurch die vom Fiskal wegen Ueberschreitung der Monopolgesetze verklagten Grosskaufleute in die Hand. Entweder würde ihr Process niedergeschlagen, oder sie würden verurtheilt: beide Fälle würden Geld einbringen! Lanz I, p. 121.

²⁾ Förstemann p. 172.

³⁾ Thomas p. 44. 45.

⁴⁾ Walch §§ 27. 28. Neue Sammlung §§ 25. 26. — Vergl. Pückert, das Münzwesen Sachsens 1518–1545. (1862) p. 46.

6. oder 7. April gewesen zu sein; ¹⁾ in dem zweiten Abschiedsentwurfe vom 12. April ist nämlich die Stelle genau so, wie im Abschiede selbst enthalten. Dem Ständebeschlusse, wie dem Abschiedsentwurfe stimmten die Städte zu, nur dass sie ein besonderes Memorandum einreichten, welches vor dem Silberausfuhrverbote warnte. Sie thaten darin dar, dass es noch Jahre dauern könne, ehe die neue Münze eingeführt werde, und dass sich dann, bestände jenes Verbot, das Silber in Deutschland so häufen werde, dass man den Silberbergbau einstellen müsse. Diejenigen Fürsten, welche ausserhalb Deutschlands Gruben hätten, würden dadurch ungebührlich bevorzugt, — der grösste Schaden wäre aber der, dass alle Waaren, die Deutschland nicht selbst produciere, mit baarem Golde, das Deutschland wiederum nicht selbst grabe, bezahlt werden müssten. — Auch diese Forderung der Städte blieb unberücksichtigt; der Abschied wurde so, wie oben gesagt, abgefasst und enthält den Wunsch des Silberausfuhrverbotes.

Die Art und Weise, in welcher Execution, Monopolen und Münze behandelt wurden, zeigt die Hast der Stände, endlich mit den Geschäften fertig zu werden. Die Regierung mag der Mühe genug gehabt haben, die Stände so lange zusammenzuhalten: die Gerede, dass der Reichstag bald aufhören würde, beginnen fast an seinem Anfange. Es blieben auch nicht alle Fürsten bis zum Ende: Wilhelm von Baiern ritt am 17., Casimir von Brandenburg Ende März aus Nürnberg ab. Ludwig von Baiern ging auch eher, als der Abschluss erreicht war. ²⁾ Am Ende des Reichstages waren von

¹⁾ Das Datum des ersten Ständebeschlusses ersieht man aus der Antwort der Städte auf den Entwurf vom 12. April, Fr. RTA. 39. fol. 370—373 (14. April), wo ein vor 8 Tagen ihnen übergebener Ständebeschluss erwähnt wird. — Das Memorandum gegen das Silberausfuhrverbot: Fr. RTA. 39. fol. 341. 342.

²⁾ Förstemann p. 164. 175. v. Druffel p. 659. Anm. 2.

weltlichen Fürsten nur noch der Kurfürst bei Rhein und Pfalzgraf Friedrich anwesend. —

Wir sind in der Lage, das allmähliche Entstehen des Reichsabschiedes äusserlich zu verfolgen. Bis zum Ende des März galten die Verhandlungen des Reichstags allein dem Regiment. Sie wurden nur zum Empfang des Legaten am 17. März und der ungarischen Gesandtschaft ca. 22. März unterbrochen; sie wurden in den Hauptsachen beendet durch den ersten Abschiedsentwurf vom 31. März (§§ 1—20). Dann begann das Treiben und Hasten; Religions- und Türkenfrage, Execution und Münze, kurz alles, was in dem Abschiede Erwähnung finden sollte, wurde neben einander verhandelt. Der zweite Abschiedsentwurf vom 12 April brachte neben einem Nachtrag zur Regimentssache (§§ 21—23) die endgültige Formulierung der Ständebeschlüsse über alle Gegenstände ausser der Türkenangelegenheit, welche allein sich noch hinzog. (§§ Walch, 24—32. N. S. 24—29). Der Beschluss über diese wurde (als §§ 33—37 nach Walch, 30—34 nach der N. S.) den ersten beiden Beschlusssammlungen angefügt. Ein letzter Artikel (§ 38 Walch § 35 N. S.) des Gesamtabschiedes wies den Fiscal an, gegen säumige Anschlagzahler einzuschreiten und erneuerte die Zusicherungen von Gratificationen, welche bereits der letzte Reichstag dem Vorsitzenden des Reichskammergerichts Adam von Beichlingen und dem Pfalzgrafen Friedrich als dem früheren Vorsitzenden des Regiments gemacht hatte.

Der offizielle Reichsabschied trägt das Datum 18. April. Mit grosser Willkür wurden die Namen aller, die nur irgendwie mit dem Reichstage zu thun gehabt hatten, als Unterzeichner unter den Abschied gesetzt. So die kurbrandenburgische Gesandtschaft und Otto von Pack, bei denen von einer Theilnahme an den Geschäften keine Rede sein kann. Auch die Namen derer, die insgesamt oder gegen einzelne Beschlüsse protestiert

hatten, stehen unter dem Schriftstück, ohne dass ihre Proteste erwähnt würden: so Feilitzsch, so die Gesandtschaften der Grafen und der Städte. Die Besiegelung des Abschieds freilich konnte von den letzteren nicht erlangt werden; dagegen hat der Hochmeister, der nach Feilitzsch's Bericht noch in der Discussion des Generalabschiedes am 17. April gegen den ganzen Abschied protestierte, schliesslich doch noch sein Siegel zu geben eingewilligt. ¹⁾

Obwohl die Edicte, durch welche den Ständen die Befolgung der Reichsbeschlüsse anbefohlen wurde, das Datum des 18. April tragen, sind sie doch erst viel später den Ständen zugestellt worden. Georg von Sachsen erhielt sie erst am 14., Kurfürst Friedrich am 18. Juli.

Die Reichstagsarbeit war gethan; die wenigen, welche sich bis zum Ende daran betheiligt hatten, verliessen nunmehr Nürnberg. Am 27. April brachen auch der Erzherzog und der Legat auf, ²⁾ um sich zunächst nach den Württembergischen Ländern zu wenden.

Der Reichstag von 1524 ist nicht nur hinsichtlich der auf ihn gefassten Beschlüsse, sondern auch hinsichtlich der Stände, die ihren Willen durchsetzten, das gerade Widerspiel von 1523. Auf diesem hatte, wie das Zollproject und der Beschluss in der Religionsangelegenheit zeigt, durchaus die brandenburgisch-sächsische,

¹⁾ Siehe darüber ausser den Subscriptionen selbst, Förstermann p. 193, wo Planitz auch erzählt, dass der Kurfürst von Köln und der Bischof von Bamberg nicht hätten siegeln wollen. Der Abschied nennt als Siegelnde überhaupt nur Trier, Kurpfalz, den Hochmeister und den Pfalzgrafen Friedrich.

²⁾ Förstermann p. 216. Notizenblatt II, p. 116.

³⁾ v. Soden, p. 176.

dem Regiment günstige Partei den Ton angegeben, während die rheinischen Fürsten protestierten; jetzt hielten sich Brandenburg und beide Sachsen — aus verschiedenen Gründen — zurück: das Zollproject und die kaiserliche Declaration fielen; das Regiment und die lutherische Partei erlitten Niederlagen, und die rheinischen Fürsten dominierten. ¹⁾ Das gute Einvernehmen zwischen Ferdinand und Kursachsen hatte durch die Annahme der kaiserlichen Proposition einen starken Stoss erlitten. Ferdinand scheint sich, trotzdem dass Salamanca sein Minister blieb, das Vertrauen des Kaisers wieder erworben zu haben, aber er stand nach dem Reichstage den Ständen gewissermassen isoliert gegenüber. Die Verbindung mit Kursachsen war erschüttert, eine Anlehnung an die rheinische Fürstenpartei kaum gewonnen. Auf die Zusammenkünfte dieser letzteren bei einem „Armbrustschiessen“ in Heidelberg und sonst ²⁾ sah er mit gleich misstrauischem Auge, wie auf die Annäherung Kursachsens an Mainz, die schon während des Reichstages Gegenstand von Verhandlungen zwischen Planitz und dem Bischof von Trient gewesen war. ³⁾

Es war selbstverständlich, dass wie die rheinischen Fürsten den Beschluss des letzten Reichstages, so die diesmalige Minorität den diesjährigen Beschluss anfechten würde. Vor allen Dingen jedoch kam es darauf an, ob der Kaiser, der sich von vornherein die Ratification vorbehalten hatte, den Reichsabschied gutheissen würde.

Der Kaiser erklärte in einem Schreiben vom 26. Mai

¹⁾ Es sei nochmals auf die hervorragende Stellung hingewiesen, die gerade der Kurfürst-Erzbischof von Trier einnahm: durch den Sikkingenschen Krieg stand er in der Regimentsfrage in dem Vordergrunde; als einziger anwesender Erzbischof hatte er gerade den engsten Verkehr mit dem Legaten; die Friedensintervention betrieb er am lebhaftesten.

²⁾ Instruction für Bredam. Arch. f. K. oe. GQu. I, 2, p. 105. v. Bucholtz II, 67. 68.

³⁾ Förstemann p. 165.

seine grosse Zufriedenheit mit der Erhaltung des Regiments; ¹⁾ ihm konnte der Sturz der Regimentsräthe, der für Ferdinand eine starke Einbusse bedeutete, gleichgültig sein. Der Erzherzog musste zufrieden sein: ihm war durch den Fortbestand des Regiments die Möglichkeit der Einwirkung auf die deutschen Stände geblieben; vielleicht liess es sich später auch einmal verwerthen, dass er während der Vakanz des Regiments die interimistische Regierung Deutschlands allein führte. Nach dem Reichsabschiede sollten Regiment und Kammergericht in Esslingen am Pfingstdienstag (18. Mai) ihre Thätigkeit wieder aufnehmen. Das Reichskammergericht war pünktlich am Platze und seit dem 23. Mai bei der Arbeit. ²⁾ Das Regiment war nicht so schnell beisammen: der Kurfürst-Erzbischof von Köln, der erste, der persönlich anwesend sein sollte, langte erst im August an; der Statthalter Philipp von Baden erst am 3. October. Dem neu zusammentretenden Regimente war, wie wir oben gesehen haben, die Frage praktisch zu beantworten vorbehalten, ob Mitglieder des alten Regiments in das neue wieder eintreten dürften oder nicht. Kursachsen und Kurbrandenburg schickten ihre früheren Regimentsabgeordneten Planitz und Taubenhain, die erst in Ingolstadt mit dem Erzherzog, dann in Esslingen am Regiment unterhandelten (Juli). Beide stritten gegen den Reichsabschied überhaupt an, der von zu wenig Ständen gefasst und gegen den Beschluss über das Regiment insbesondere, weil durch ihn die Wormser Ordnung verletzt worden sei. Aber sie wurden nicht aufgenommen und reisten nach wenigen Tagen wieder von Esslingen ab. ³⁾ Gleichzeitig damit fallen

¹⁾ v. Bucholtz II, p. 52.

²⁾ v. Harpprecht V, p. 57.

³⁾ Die Hauptquellen für die ersten Monate des Esslinger Regiments sind: Notizenblatt II, verstreut; Förstemann p. 194—218 verstreut; Balan MRL. p. 363. 367. — Im Dresdener

Unterhandlungen Balthasars von Wolfsthal mit dem Kurfürsten von Sachsen, von welchem der Erzherzog neben anderem auch das wünschte, dass er nicht mehr den Planitz zum Regimente verordne. Auch diese Unterhandlungen blieben resultatlos; im October war das Regiment vollzählig bis auf Vertreter von Kursachsen und Kurbrandenburg zusammen. Noch im December war die Angelegenheit nicht geregelt.

Ebenso verharrte in der Religionssache die Opposition in der einmal eingenommenen Stellung auch nach dem Reichstage. Dem Drängen Ferdinands antwortete der Kurfürst von Sachsen, er wolle sich um Luther gar nicht bekümmern, und die Städte erneuerten auf dem Städtetage zu Speier, St. Margarethen 1524, ihren Beschluss, das Wormser Mandat nicht auszuführen.¹⁾ Die nationale Versammlung in Speier aber liess sich auch die lutherische Partei gefallen. Um so energischer sträubten sich dagegen wiederum der Legat und die Curie. Während der erstere, nachdem allerdings erst nach Reichstagsabschluss neue Instructionen eingetroffen waren, durch private Verhandlungen und Zusammenkünfte dem nationalen Concil wenigstens theilweise den Stoff zu entziehen versuchte, wurde in Rom angestrengt gearbeitet, dieses nationale Concil von Speier durch die Intervention des Kaisers, Englands, ja sogar Frankreichs zu hintertreiben. Am 16., 17. und 22. Mai wurden Breven in diesem Sinne an die abendländischen Könige versendet; um dieselbe Zeit den Nuntien in England und Spanien neue Instructionen gegeben. Der Schwerpunkt der letzteren beruht durchaus in dem Wunsche, dass die Speierer Nationalversammlung nicht

Archiv, Loc. 10300 Bd.: Religionszwiespalt mit Dr. Martin Luther und andere Sachen 1521—45, fol. 130, ein Zettel mit Namen damaliger Regimentsabgeordneten.

¹⁾ Förstemann p. 217. 211.

zu Stande kommen möge. ¹⁾ In der Art und Weise, wie die Gravamina und die Forderung des allgemeinen Concils nur vorsichtig und verdeckt aufgenommen werden, zeigt sich so recht, wie die Curie den beiden deutschen Wünschen durchaus ablehnend gegenüber stand. Sei es nun, dass der Kaiser durch den Hinweis darauf, dass durch solche Beschlüsse sein eigenes Ansehen leide, oder durch die Hoffnung, den Papst für seine weltliche Politik zu gewinnen, bestimmt wurde: genug, er ging auf die römischen Forderungen ein. ²⁾ Schreiben des Kaisers an die Stände (Juni 1524) verboten die Betheiligung an einem allgemeinen oder nationalen Concile, überhaupt Verhandlungen über den geistlichen Stand. Warum der Erzherzog, dem es anheim gestellt wurde, diese Edicte zu publicieren, dies unterliess, ist klar: durch Edicte in dieser Form wäre auch der Regensburger Convent verboten worden. Ein zweites kaiserliches Edict vom 15. Juli 1524 verbietet darauf in bestimmterer Fassung die Nationalversammlung von Speier, nimmt für den Kaiser das Recht, ein Concil im Verein mit dem Papst zu berufen, in Anspruch, tadelt die Stände ihrer Selbständigkeit wegen, gewährt aber doch gnädig das allgemeine Concil, dessen Zusammentritt nunmehr der Kaiser mit dem Papste ordnen wird. Publicierung oder Unterdrückung dieses Edictes war wiederum dem Erzherzog freigestellt; nach kurzer Ueberlegung — am 28. August gelangte es in Wien an, am 31. August wurde es an das Regiment geschickt — entschied sich Ferdinand für die Publication. Im September gelangte es zur Kenntniss der einzelnen Reichsfürsten. Seinen Zweck

¹⁾ Ueber die Anstrengungen der Curie:

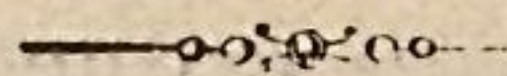
Thomas no 88. Pallavicino II, x, § 23 ff. Balan MRL. p. 335—346. Raynaldus a 1524 § 15—20.

²⁾ Ueber die kaiserlichen Edicte:

Notizenblatt II, p. 97—100. 245. Förstemann p. 204—206. Balan MRL. p. 367.

erreichte das Edict vollkommen: Widerspruch dagegen ist nicht von einer einzigen Seite bekannt. Niemand machte auch nur den Versuch, die beschlossene Nationalversammlung zu halten. Das von jetzt an in der Religionsangelegenheit allein geltende Gesetz war das Mandat von Worms.

Mit grossem Ungestüm hatten die Stände auf dem Reichstage von 1524 die Initiative ergriffen; hochfahrende und weitausblickende Pläne waren in ihrer Mitte aufgetaucht und energisch verfochten worden. Und was ist das Resultat von den Absichten auf Umänderung der Reichsregierung, auf Nationalconcil, auf Eingreifen in die allgemeine europäische Politik? Als welthistorisch wichtig kann man höchstens das Drängen nach dem nationalen Concile ansehen, denn dies hat bei dem Kaiser den Entschluss gereift, ein allgemeines Concil der ganzen Christenheit auch gegen den Willen des Papstes zu betreiben.



Lebenslauf.

Ich, Ernst Arwed Richter, bin am 20. Juli 1862 in Niederoderwitz bei Zittau als Sohn des Kantors und Kirchschullehrers Friedrich Ernst Richter und dessen Gattin Clara geb. Schniebs geboren und bin evangelisch getauft. Von meinem Vater und den Herren Pastoren Mättig (†) und Kiessling vorbereitet, wurde ich Ostern 1875 in die Quarta des Gymnasiums zu Zittau aufgenommen. Ostern 1882 bestand ich das Maturitätsexamen an dem genannten Gymnasium und bezog die Universität Leipzig, der ich mit Ausnahme des Sommersemesters 1884, das ich in Berlin verbrachte, bis Ostern 1887 angehört habe.

In Berlin hörte ich Vorlesungen bei den Herren Proff. Droysen (†), Kirchhoff, Scherer (†), Weizsäcker; in Leipzig: die der Herren Proff.: Arndt, Curtius (†), Drobisch, Gardthausen, Hermann, Heinze, Hildebrandt, Hahn, Maurenbrecher, v. Noorden (†), Ribbeck, Richter, v. Richthofen, Springer, Voigt, Wundt, Zarncke. Ich war Mitglied des germanistischen Instituts und des historischen Seminars; auch habe ich an Uebungen theilgenommen, die die Herren Proff.: Arndt, Gardthausen, Maurenbrecher, v. Noorden, Richter, v. Richthofen und Zarncke abhielten.

Indem ich allen meinen Lehrern danke, fühle ich mich zu besonderem Danke Herrn Prof. Maurenbrecher verpflichtet, unter dem ich meine Studien beendet habe, und der auch die vorliegende Arbeit mit Rath und That gefördert hat.

Lebenslauf.

Ich, Ernst Wilhelm Richter, bin am 2. Juli 1803
in Berlin geboren. Ich habe die hiesige
Hochschule besucht und habe die
Fächer der Philosophie, der Naturgeschichte
und der Mathematik studiert. Ich bin
am 1. März 1821 in die
Provinz Brandenburg versetzt worden.
Ich bin am 1. April 1821 in
Potsdam angekommen und habe
am 1. Mai 1821 meine
Amtseinführung begeben. Ich bin
am 1. Juni 1821 in
Potsdam angekommen und habe
am 1. Juli 1821 meine
Amtseinführung begeben.

Ich bin am 1. August 1821 in
Potsdam angekommen und habe
am 1. September 1821 meine
Amtseinführung begeben. Ich bin
am 1. Oktober 1821 in
Potsdam angekommen und habe
am 1. November 1821 meine
Amtseinführung begeben. Ich bin
am 1. Dezember 1821 in
Potsdam angekommen und habe
am 1. Januar 1822 meine
Amtseinführung begeben.

Ich bin am 1. Februar 1822 in
Potsdam angekommen und habe
am 1. März 1822 meine
Amtseinführung begeben. Ich bin
am 1. April 1822 in
Potsdam angekommen und habe
am 1. Mai 1822 meine
Amtseinführung begeben.

Ich bin am 1. Juni 1822 in
Potsdam angekommen und habe
am 1. Juli 1822 meine
Amtseinführung begeben.

